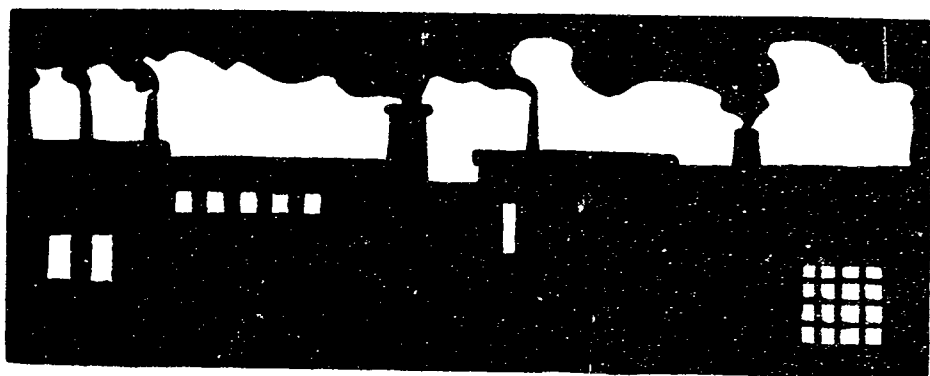




11. Heft / 3. Juni 1909

GERHARD HILDEBRAND · WELTPOLITISCHE BILANZ

PROBLEME wie die deutsch-englische Rüstungsfrage werden nicht dadurch erledigt, dass man erklärt: hierüber darf nicht gesprochen werden. Und die Deutschenhetze in England nicht durch eine Revisionistenhetze in Deutschland. Es ist nämlich nicht wahr, dass die Deutschenhetze in England nur das Gegenstück zur Engländerhetze in Deutschland ist. In Deutschland identifiziert sich keine einzige der grossen Parteien mit den antienglischen Scharfmachern, und, was man auch sonst gegen die *nationalen* Parteien einwenden mag, ihre offizielle Sprache in Englandfragen ist vorsichtig und meistens sogar versöhnlich. Man denke an die Behandlung der Interviewgeschichte. In England aber wird fast ununterbrochen durch eine grosse Partei das ganze Parlament, das ganze Volk in Atem gehalten und in Spannung versetzt. Heute sind es falsche Angaben über das deutsche Marineprogramm, morgen ist es das Gespenst einer deutschen Invasion, dann kommt die Mär eines grossen deutschen Militärtransports in englische Gewässer, dann wieder törichte Phantasieen über die Möglichkeit deutscher Luftangriffe. Fast allwöchentlich gibt's im Oberhaus oder im Unterhaus eine sensationelle Interpellation antideutscher Tendenz. Zugegeben, dass das nicht alles auf Konto der Konservativen im ganzen gehört. Aber die Liberalität, die es ermöglicht, dass innerhalb der Partei und innerhalb des Parlaments fast ununterbrochen in tollen Übertreibungen von der deutschen Gefahr geredet werden kann, schafft doch diesem Gerede ein weit grösseres Auditorium, eine viel nachhaltigere Wirkung als sie unseren Englandhetzern zu Gebote stehen. Wenn Londoner Korrespondenten deutscher sozialdemokratischer Blätter uns davon überzeugen wollen, dass das alles nur der Widerhall des deutschen Chauvinismus ist, so sollen sie uns vor allem auch darüber Sicherheit geben, dass dieser *Widerhall* in England keine grössere Wirkung erzielt als der Hall in Deutschland. Die deutschen Englandhetzer werden, soweit sie eine aggressive Politik betreiben, keinen Erfolg haben. Dafür bürgt — abgesehen von allen sachlichen Gründen — auch die traditionelle Politik der beiden grossen Agrarparteien. Diese werden ihre geschichtlich ererbte Machtstellung nicht einer Attacke opfern, bei der sie selbst im günstigsten

Falle nichts für die von ihnen vertretenen Schichten gewinnen können. Die Agrarierherrschaft bildet bei uns, solange die Sozialdemokratie noch nicht stark genug ist, um die Führung an sich zu reißen, eine sichere Gewähr gegen den Versuch einer katastrophalen Ausdehnung weltpolitischer Experimente. Es ist viel eher möglich, dass sich die deutschen Bauern mit den Arbeitern verbinden, um nicht die Zeche für kapitalistische Expansionstollheiten zahlen zu müssen, als dass sie im entscheidenden Fall solchen Expansionstollheiten das Kanonenfutter liefern. Wünschenswert wäre freilich, dass wir unsererseits weniger als bisher den Anschein erweckten, als ob wir den politischen Einfluss der Bauern ausschalten wollten. Welche Garantie aber besteht in England dagegen, dass das *Echo* der antienglischen Hetze zu kopflosen politischen oder gar kriegesischen Aktionen führt? Der Friedensdruck der internationalen Wirtschaftsverflechtung auf Industrie und Handel ist zweifellos höher, viel höher einzuschätzen als es in der Regel geschieht. Und wenn das Wasser der deutschen Konkurrenz dem englischen Handel wirklich schon so bis an die Kehle stände, wie es oft behauptet wird — wahrscheinlicher ist, dass der Konkurrenzdruck die technischen und kaufmännischen Methoden der englischen Exporteure verbessert, dass also eine Energiebelebung eintritt, die auch die Sorge wieder vermindert —, so wäre die zollpolitische Abwehr immer noch ein Mittel, das mit geringeren Unkosten die grössere Erfolgsicherheit verbände, zunächst wenigstens innerhalb des Imperiums selbst. Was aber die ausserbritische Welt betrifft, so kann man einem Gegner auf kriegesischem Wege zwar Länder, aber keine Märkte abnehmen. Abnehmen könnte uns Grossbritannien vielleicht die Kolonien und die Handelsflotte, nicht aber die überseeischen Wirtschaftsbeziehungen. Jede ruhige Kalkulation muss zugeben, dass ein solcher Teilerfolg weder die wirtschaftlichen noch die politischen Schäden aufwiegen könnte, die sich England selbst durch eine kriegesische Offensive gegen Deutschland zufügen würde. England als Räuber der deutschen Handelsflotte würde die ganze Welt zwingen sich ihm entgegenzuwerfen. England als Räuber der deutschen Kolonien würde Holland und Belgien, wahrscheinlich sogar Frankreich, uns in die Arme treiben. England als Zerschmetterter des deutschen Seehandels würde uns nötigen die Rheinmündungen unter Kontrolle zu nehmen, die sich in diesem Falle auch auf Antwerpen ausdehnen müsste. Es ist gar nicht auszudenken, wie gefährlich, wie vernichtend für Englands mitteleuropäische Handelsbeziehungen sein Sieg über Deutschland wäre. Selbst wenn es sich mit Frankreich in den Kolonialraub teilen wollte, um dieses auf Tod oder Leben an sich zu ketten: die Politisierung der Rheinmündungen würde es einfach nicht ertragen können, daran würde es wirtschaftlich und politisch zu grunde gehen müssen. Denn auch die deutsche Arbeiterschaft würde einen Sieg Englands nur damit beantworten können, dass sie von Gent und Antwerpen bis Memel und Tilsit die grosse Sperrmauer gegen den *nationalen Feind* errichten hülfle. Man soll doch nicht glauben, dass es in England eine verantwortliche Partei geben könnte, die in einem Nachbarvolk von 65 Millionen diese nationale Leidenschaft entfesseln möchte.

Was England allein will und allein wollen kann, ist, dass es in seinen weltpolitischen Plänen durch uns nicht gestört wird. England rechnet seit vielen Jahren mit dem politischen Verfall der Türkei und Persiens. Wie es in der ägyptischen Okkupation jeden Schritt vorwärts mit der selben be-

kümmerten Miene, aber auch mit der selben unermüdlichen Zähigkeit gemacht hat, so fühlte es sich auch zur Rettung der Türkei und Persiens berufen. Hier war der Gegenspieler erst Frankreich, dann Russland, schliesslich daneben in der Türkei das Deutsche Reich. Es geht nicht an, sagte sich England, dass Kleinasien und Mesopotamien durch jemand anderen als durch mich vor dem weiteren Verfall geschützt wird. Wie es Frankreich durch wenig sanften Druck aus Ägypten und dem Sudan herauskomplimentiert hat, so war es bereit jede andere Macht aus der Türkei und aus Persien herauszukomplimentieren. Das ist nun gewiss sehr wenig freundlich von den englischen Kapitalisten gegen die deutschen Kapitalisten gehandelt. Aber liegt hier ein Lebensinteresse des deutschen Wirtschaftslebens und damit der deutschen Arbeiterklasse vor, das den gegenwärtigen Rüstungsaufwand rechtfertigt? Die deutsche Flotte wird angeblich zum Schutz der deutschen Überseeinteressen gebaut, in Wirklichkeit, um die englische Machtstellung in Vorderasien zu paralysieren. Der ganze deutsch-englische Gegensatz ist ein Gegensatz nicht des europäischen Deutschland und des europäischen England und auch nicht des Welthandel treibenden Deutschland und England, nicht einmal des Kolonien besitzenden sondern des Kolonien erobrenden Deutschland und England. Vielleicht, dass die Flotte einmal bei der portugiesischen Kolonialliquidation eine Rolle spielen soll, sicher, dass sie es bei der erträumten und so gründlich zu Wasser gewordenen ostasiatischen sollte: gewiss aber weiter, dass sehr viele Leute auch an Vorderasien gedacht haben, als der deutsche Kaiser im Juli 1900 erklärte, er sei nicht der Meinung, dass unser Volk vor dreissig Jahren unter der Führung seiner Fürsten »gesiegt und geblutet hat, um sich bei grossen auswärtigen Entscheidungen bei Seite schieben zu lassen«, und es sei seine Pflicht und sein schönes Vorrecht »hierfür die geeignetsten und, wenn es sein muss, auch die schärfsten Mittel rücksichtslos anzuwenden«. Wenn schon damals nach des Kaisers Meinung »ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine grosse Entscheidung mehr fallen« durfte, so liegt es auf der Hand, dass das Flottengesetz von 1900 zu nichts anderem bestimmt sein konnte als dazu die englische Weltpolitik zu durchkreuzen, den deutschen Anteil an der Beute zu sichern. In diesem Sinne aufgefasst schien das Flottenprogramm von 1900 auch seine guten Gründe für sich zu haben, und ich meinesteils schäme mich keineswegs damals Nationalsozialer gewesen zu sein. Die Regenerationsfähigkeit Chinas war um diese Zeit sehr viel weniger erwiesen als es heute die Persiens ist. Die japanische war noch nicht erprobt, und an die türkische konnte niemand auch nur im Traum glauben. Es gab einfach die europäischen Herrschaftsvölker und rings umher die weite, grüne Weltweite. Es gab die Möglichkeit den Engländern, Russen und Amerikanern die Welt zu überlassen oder sich zwischen ihnen und wenns drauf ankam gegen sie den Platz an der Futterkrippe zu erobern. Wer etwas abhaben wollte, musste sich eben dazuhalten; besonders das Schwergewicht der Nahrungs- und Rohstoffversorgung für die Industrieländer schien für die Dauer auf dem überseeischen Eigenbesitz zu beruhen. Aber indem sich die Expansion neue Objekte der Betätigung suchte, schuf sie neue Subjekte des wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs. Seit dem russisch-japanischen Krieg liefert die Weltgeschichte von neuem den Beweis, dass der Marxismus recht hat, wenn er die ökonomischen Potenzen als Grundlage des Geschehens ansieht und die Rassenpotenzen vergleichsweise gering bewertet: Die neue Produktionstechnik

und Verkehrswirtschaft schafft, wo sie hinkommt, neue Menschen, neue Völker. Damit aber verschiebt sich das Schwergewicht der wirtschaftlichen Austauschbeziehungen immer stärker von der Basis der mit ihren kolonialen Dependenz selbstgenügsamen Herrschaftsstaaten auf die Basis politisch unabhängiger, aber wirtschaftlich auf einander angewiesener Handelsstaaten.

In China ist Deutschland heute nicht nur gleichberechtigt sondern in dem Masse als es sein Geschäft versteht bevorrechtet: Siehe Tientsin-Pukow- und Kanton-Hankau-Tschöngtu-Bahn. In Südamerika krümmt uns die Monroedoktrin wirtschaftlich kein Haar. In Vorderasien werden wir unsere Wirtschaftsbeziehungen ausdehnen, je mehr die Türkei erstarkt und je unbequemer ihr die politischen Aspirationen Englands fühlbar werden. Die Türken würden politischen Selbstmord begehen, wenn sie auch nur 100 Kilometer Bagdadbahn vom Persischen Golf aus unter englischer Finanzführung bauen liessen. Der russische Markt birgt für uns unbegrenzte Möglichkeiten, und wenn Russland halb Persien verschlucken will — die persische Frage ist aber durchaus noch nicht entschieden —, können wir ihm nur guten Appetit wünschen, selbst auf die Gefahr hin, dass die Engländer den Rest nehmen. Denn unser russischer wie unser englischer Markt dehnen sich dadurch aus, die politischen Schwierigkeiten aber, die sich beide Staaten zwischen Kaspischem Meer und Persischem Golf schaffen, entlasten Europa wie Ostasien von ihnen, und die Umklammerung durch sie entfremdet ihnen die Türkei noch stärker als bisher zu unseren Gunsten. Über die afrikanischen Gewinnmöglichkeiten, die wir mit unserer Flotte England gegenüber ausnutzen könnten, spreche ich gar nicht erst. Die sind im Verhältnis zum Ganzen der deutschen Überseebeziehungen gar zu untergeordneter Natur als dass sie auch nur den Rüstungsdruck, geschweige denn eine ernstliche Kriegsgefahr rechtfertigen könnten. Ob wir das Stück Ostafrika zwischen Nyassa, Shire, Sambesi und Indischem Ozean bekommen könnten und vielleicht gar noch einen Teil von Angola zur Komplettierung unseres Owambobestandes, das sind keine Fragen, die eine dauernde deutsch-englische Verstimmung lohnen. Afrika wird gewiss die europäische Vormundschaft am längsten tragen, aber es ist eines europäischen Krieges auch am wenigsten wert.

Vom Standpunkt der deutschen Wirtschaftsinteressen aus gibt es also nach der Regeneration Ost- und Westasiens keine englische Gefahr mehr, die nicht bei demokratischer Wehrverfassung, wie wir sie erstreben und mit Einschluss der Küstenverteidigung selbstverständlich einstweilen noch gebrauchen, jedoch ohne die antienglische *Dreadnought*flotte, beschworen werden könnte. In England kennt man aber die innerpolitische Struktur Deutschlands nicht genug, um sich darüber klar zu sein, dass für aggressiven Gebrauch der deutschen Schlachtschiffe im deutschen Volk kein ausreichender Boden gewonnen werden kann. Infolge unserer energischen Wirtschaftsausdehnung und unserer energischen Redepolitik hält man uns vielmehr zu allem fähig. Kann man uns deshalb einige freundliche Nachbarn auf den Hals hetzen, um sich dadurch von uns zu entlasten, so geschieht das nicht mehr als gern. Aber auch hier ist die Furcht vor dem wirklichen Zustandekommen einer *Einkreisung*, wie sie bei uns besteht, je länger desto weniger begründet. Ein diplomatischer Einkreisungsversuch bedeutet, wie die serbische Entscheidung gelehrt hat, noch lange keine militärische Bedrohung. Russlands derzeitige Unfähigkeit

zur Offensive war ja nicht schwer zu erkennen. So häufig sich der Tagespolitiker über die Ungewissheit der Lage aufregen mochte: sobald man sich von den Aufregungen der Stunde freimachte, konnte man das Endergebnis der russischen Politik kaltblütiger abwarten als die Furcht vor etwaigen Dummheiten der österreichisch-deutschen Politik bezähmen. Aber auch für die Dauer ist Russland kein Faktor, mit dem England im antideutschen Sinn rechnen kann. Wer die Dinge nicht sehr aufmerksam verfolgt, wird sich schwer eine zutreffende Vorstellung von den russischen Verlegenheiten in Asien machen können. Russland liegt heute in Ostasien buchstäblich an der Kette. Der Traum einer russischen Mongolei und eines russischen Ostturkestan oder gar Tibet ist längst ausgeträumt. China — gleichviel ob chinesisch oder mandschurisch regiert — entwickelt ein meisterhaftes Geschick in der Behandlung seiner innerasiatischen Tributärfürsten. Seine Bauernkolonnen ergießen sich über die Mandschurei, nach Transbaikalien, in die Amurprovinz hinein. Vergebens bemühen sich die Japaner ihre Auswanderung nach Korea zu leiten, aber der chinesische Menschenstrom flutet, flutet, flutet ununterbrochen, unaufhaltsam in die ostsibirischen Flusstäler und Steppen hinein. Und doch ist dieser Strom erst im Entstehen begriffen. Was bedeutet die Beweglichkeit der Menschen im Zeitalter der transmongolischen Karawanenstrassen und ihrer Verkehrsbedingungen gegenüber der jetzt beginnenden Bahnverfrachtung. Schon das indische, polynesische und amerikanische Auswandererquantum Chinas beweist die Stärke der chinesischen Expansion: Die Dampfschiffe in die Fremde bringen aber nur die Vorhut, zeigen nur das Vorspiel. Die Eisenbahnen nach dem heimischen oder vorgelagerten Norden, bald ganz China in mächtigen Furchen durchpflügend, überall die eng gepferchten Massen auflockernd, mit sich fortreissend, treiben unwiderstehliche Keile in den sibirischen Osten hinein. Die mandschurische Bahn, die geschaffen worden ist, um für Russland den Zugang zum Stillen Ozean zu erschliessen, ist jetzt dazu da Russland aus Ostsibirien zu verdrängen. Die transmongolische Bahn Peking-Kjachta, im ersten Stück vollendet, ist im ganzen beschlossen und im Stadium der Tracierung. Sie wird den Baikalsee chinesisch machen, die russische Amurbahn politisch entwerten. Russland ist rettungslos dazu verurteilt die allerstärkste Defensivkraft im fernen Osten zu entfalten. Es kann weder in Vorder- noch in Mittelasien wirklich ernste Konflikte durchfechten, weil jede Festlegung an diesen Stellen es im Osten wehrlos macht. Mit jedem weiteren Jahr chinesischer Modernisierung — und jedes weitere Jahr ist für China heute Modernisierung — wächst für Russland die *gelbe Gefahr*, wächst seine ostasiatische Fesselung. Russland ist für alle Zukunft europäische Macht zweiten Ranges geworden. Es kann uns noch unbequem werden, aber nie mehr gefährlich. Es kann, wenn wir in China vernünftig sind, nicht einmal seiner Bündnispflicht gegen Frankreich genügen, geschweige denn sich zum Handlanger englischer Einkreisungsfreundlichkeiten machen. Unsere Stellung in Europa, Arm in Arm mit Österreich, wird dadurch geradezu beherrschend. Kein Gedanke, dass wir den durch England verstärkten Zweibund zu fürchten hätten: dieser hat vielmehr uns zu fürchten. Frankreich aber, das, um der Rache für Sedan willen, an Russland seine Milliarden, an England Ägypten und den Sudan abgetreten hat, ist beide Male um seinen Geschäftsgewinn betrogen worden. Das sind Tatsachen, die heute erst wenigen deutlich sind. Aber es sind Tatsachen, die uns verpflichten jeden Schein einer Offensivpolitik zu

vermeiden, die Rüstungsbeschränkungen mit aller Kraft zu unterstützen, immer wieder den Nachweis zu führen, dass keinerlei wirtschaftliche Interessen den Aufwand rechtfertigen, den die *Dreadnoughts* erfordern, und die Unruhe, die sie verbreiten. Die sozialdemokratische Friedenspolitik ist heute aus dem Stadium der Doktrin und der Vorwegnahme zukünftiger Entwicklungsreihen heraus, sie ist durch die Tatsache gerechtfertigt, dass wir heute von niemandem mehr einen Angriff auf die Lebensinteressen des deutschen Volks zu befürchten haben. Sie ist ganz unabhängig von allen besonderen Klasseninteressen unmittelbarste nationale Notwendigkeit geworden.

XX

HERMANN MATTUTAT · ZUR FRAGE DER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG



AR die Frage der Arbeitslosenversicherung während der günstigen Geschäftskonjunktur der letzten Jahre etwas in den Hintergrund gedrängt worden, so gewann sie mit Eintritt der wirtschaftlichen Krise infolge der Notlage weiter Arbeiterkreise wieder besondere Bedeutung und Aktualität. Besonders sind es die grösseren Gemeinden, die sich mit diesem Gegenstand zu beschäftigen haben, denn das seither in Anwendung gebrachte Mittel dem Eintritt umfangreicherer Arbeitslosigkeit durch Vornahme von sogenannten *Notstandsarbeiten* zu begegnen genügt in keiner Weise. In richtiger Würdigung dieser Tatsache haben auch zahlreiche Gewerkschaftskartelle, unter anderen in Nürnberg, Karlsruhe, Stuttgart, Fürth, Magdeburg, Offenbach, Erlangen, München und Dresden, an die Gemeinden das Ersuchen gerichtet die Arbeitslosenfürsorge nicht nur auf Notstandsarbeiten zu beschränken sondern auch der Notlage der qualifizierten Arbeiter, denen auf diesem Wege nicht geholfen werden kann, durch Subventionierung der Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften Rechnung zu tragen. Das gleiche Verlangen wurde auch in einer Reihe von Orten von unseren Genossen in den Gemeindekollegien gestellt, in einigen Fällen sogar mit Erfolg. Auch in verschiedenen bundesstaatlichen Parlamenten, wie in Bayern, Württemberg und Baden, kam die Arbeitslosenversicherungsfrage zur Besprechung, und in Bayern ist man ihr bereits praktisch näher getreten. Mit diesem Vorgehen ist die Aussicht geschaffen, dass dieser Gegenstand nicht mehr bei Seite geschoben werden kann, dass er vielmehr einer endlichen allgemeinen Erledigung entgegengeführt werden muss.

Bis jetzt ist in Deutschland auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung so gut wie nichts geschehen. Soweit nicht die Gemeinden durch Notstandsarbeiten und Armenunterstützung eingriffen, blieb es den Arbeitern selbst überlassen sich mit den Folgen der Arbeitslosigkeit abzufinden. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind dieser Aufgabe auch in weitestem Umfang nachgekommen, indem sie die Arbeitslosenunterstützung für ihre Mitglieder einführten. Welche Belastung für sie daraus erwächst, zeigt der Umstand, dass die freien Gewerkschaften nach den vorläufigen Feststellungen des Reichsarbeitsblatts allein im Jahre 1908 nicht weniger als 7786318 Mark an ihre Arbeitslosen zu zahlen hatten. Von seiten des Reichs hat man es mit der Erhebung Genüge sein lassen, die aus Anlass einer am 31. Januar 1902 vom Reichstag angenommene Resolution über die vorhandenen Einrichtungen zur

Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit vorgenommen wurde. Als Resultat dieser Erhebung ergab sich, dass das Ausland dem Deutschen Reich auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung sehr erheblich voraus war. Inzwischen ist hierin auch keine wesentliche Änderung eingetreten.

Am ältesten ist die Arbeitslosenversicherung in der Schweiz, wo die Stadt Bern, veranlasst durch die starke Arbeitslosigkeit im Jahre 1893, eine Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit gründete. Eine Verpflichtung zum Beitritt bestand nicht; beitragsberechtigt war jeder sich in Bern aufhaltende Bürger unter 60 Jahren. Die Aufbringung der Mittel erfolgte durch Beiträge der Mitglieder, der Arbeitgeber und freiwillige Gaben, wozu die Gemeinde einen jährlichen Zuschuss von 12 000 Francs leistete. Der Mitgliedsbeitrag betrug 70 Centimes monatlich, die Unterstützung nach 8monatlicher Beitragsleistung bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit 1,5 bis 2 Francs täglich. Ähnliche Einrichtungen auf fakultativer Basis wurden in Basel und Genf geschaffen, doch gelangten sie zu keiner Bedeutung. In Genf haben sich beispielsweise in den letzten zwei Jahren nur 4 Aktivmitglieder einschreiben lassen. Man trägt sich deshalb dort mit der Absicht eine Umwandlung der Kasse nach dem bekannten Genter System vorzunehmen. Ein Versuch zur Einführung der Arbeitslosenversicherung auf obligatorischer Grundlage wurde in den Kantonen Sankt Gallen, Basel und Zürich unternommen, aber nur in der Gemeinde Sankt Gallen zur Ausführung gebracht. Die Arbeitslosenkasse trat dort am 1. Juli 1895 ins Leben. Beitrittspflichtig waren alle Lohnarbeiter, soweit ihr durchschnittlicher Tagelohn nicht 5 Francs überstieg. Der Wochenbeitrag war entsprechend der Lohnhöhe auf 15 bis 30 Rappen festgesetzt, die Unterstützung auf 1,80 bis 2,40 Francs pro Tag für die Dauer von 60 Tagen innerhalb des Kalenderjahres. Die Beiträge gingen aber schon im ersten Jahre schlecht ein. Noch ungünstiger war das zweite Jahr, wo 5700 Francs Beiträge rückständig blieben und grösstenteils nicht beigetrieben werden konnten. Auf grund der gemachten ungünstigen Erfahrungen wurde bereits 1897 die Kasse wieder aufgehoben. In den beiden Jahren ihrer Wirksamkeit hatte die Stadt an Zuschuss und Verwaltungskosten einen Aufwand von 22 135 Francs, der Staat einen solchen von 6000 Francs geleistet. Versuche ähnlicher Art wurden an anderen Stellen nicht mehr gemacht. Nicht erheblich mehr Bedeutung erlangte eine auf Selbsthilfe basierende Arbeitslosenversicherung in der schweizerischen Textilindustrie durch die Einrichtung von sogenannten *Krisenkassen*. Beteiligt sind daran die Arbeiter durch ihre Organisationen und die Unternehmer ohne Beihilfe des Staats oder der Kommunen. Es bestehen zurzeit 3 Kassen, wovon sich 2 an die schweizerischen Handstickerverbände anlehnen. Aus diesen Kassen, die durch jährliche freiwillige Beiträge, Geschenke und sonstige Zuwendungen ihre Mittel zusammenbringen, erhalten die genannten Organisationen Zuschüsse zu der von ihnen gewährten Arbeitslosenunterstützung, und zwar bis zu 50 % ihres Aufwands.

Nächst der Schweiz ist Belgien mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung zuerst vorgegangen. Die Gemeinde Gent gab dazu den Anstoss, indem sie seit dem Jahre 1901 den Arbeiterorganisationen, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, eine jährliche Beihilfe nach Massgabe ihres Aufwands gewährt. Zu diesem Zweck stellt die Gemeinde jährlich 100 000 Francs in ihren Etat. Dem Beispiel Gents sind die Gemeinden Brügge, Loewen, Megeln.

Antwerpen, Alop, Lierre, Sanct Nicolas, Ostende und Brüssel gefolgt. Das von der Gemeinde Gent gewählte System wurde anfangs von den Gewerkschaften warm begrüßt, allmählich ist aber eine Wandlung eingetreten, und jetzt gibt man dem Lütticher System den Vorzug. Die Provinz Lüttich hat nämlich mit dem System der Erstattung des für den einzelnen Arbeitslosen verursachten Aufwands gebrochen und zahlt den Gewerkschaften eine allgemeine Beihilfe, deren Höhe sich nach der im letzten Jahre bezahlten Arbeitslosenunterstützung und der für die Arbeitslosenkasse gezahlten Beiträge bemisst. Diese Regelung hat den Vorzug der Einfachheit und entbindet sowohl von einer lästigen Kontrolle als auch von ins einzelne gehenden rechnerischen Nachweisungen. Neben den Beihilfen an die Gewerkschaften werden in Belgien Subventionen auch an einzelne Arbeiter und Arbeitersparvereine gewährt. Die damit gemachten Erfahrungen sind aber keine guten und der Zweck, den man mit dieser Einrichtung befolgen wollte, auch den unorganisierten Arbeitern eine Unterstützung für die Zeit der Arbeitslosigkeit zukommen zu lassen wurde nicht erreicht. Sie führte vielmehr zu parasitischen Vereinsgründungen, die sich die für die Allgemeinheit bestimmten Vorteile in der Weise aneignen, dass sie in guter Jahreszeit Einlagen machen und diese im Winter mit dem Gemeindegzuschuss zurückziehen. Für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung bestehen gemeindliche und provinzielle Arbeitslosenfonds, und zwar sind zurzeit 14 vorhanden, denen im Jahre 1907 27 Gemeinden und 284 Gewerkschaften angeschlossen waren. An Subventionen wurden in diesem Jahre 74 199 Francs an 9750 Arbeitslose mit 113 726 Arbeitslosigkeitstagen gezahlt.

In Holland kommt nur Amsterdam in betracht, das den Arbeiterorganisationen einen Zuschuss in Höhe von 75 % ihres Aufwands für Arbeitslosenunterstützung ersetzt. Vorübergehend kann eine Erhöhung des Zuschusses auf 100 % stattfinden.

Während man sich in der Schweiz und den Niederlanden auf die Unterstützung der Arbeitslosen durch die Gemeinden oder die provinziellen Verbände beschränkt, ist man in Frankreich einen Schritt weiter gegangen. Durch Etatsgesetz vom 22. April 1905 stellte die Kammer dem Handelsminister 100 000 Francs als jährlichen Fonds zur Verfügung, aus dem den Kassen der Arbeiter, die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung zahlen, eine Subvention gewährt werden kann. Anfänglich betrugen die Zuschüsse für die lokalen Organisationen 16 %, für diejenigen Gewerkschaften, deren Tätigkeit sich auf mindestens 3 Departements erstreckte, und die wenigstens 1000 Mitglieder zählen, 24 % des Aufwands. Auf grund eines Dekrets des Präsidenten vom 3. Dezember 1908 wurden aber diese Sätze auf 20 respektive 30 % erhöht. Die verhältnismässige Schwäche der französischen Gewerkschaftsbewegung bringt es mit sich, dass von dieser Darbietung des Staats in nur geringem Umfang Gebrauch gemacht wird. Im Jahre 1907 kam nur ein Drittel des von der Regierung zur Verfügung gestellten Betrags zur Verwendung. Unterstützt wurden 7041 Arbeitslosigkeitsfälle mit insgesamt 82 000 Arbeitslosigkeitstagen. Der Aufwand stellte sich für die Gewerkschaften auf 155 281 Francs und 32 240 Francs staatliche Subvention. Neuerdings treten auch die Gemeinden und andere öffentliche Verwaltungskörperschaften in Frankreich der Frage der Arbeitslosenversicherung näher. So haben neben dem Departement Tarn et Garonne die Gemeinden Lyon, Dijon, Limoges, Cherbourg, La Rochelle und Roubaix Arbeitslosenver-

sicherungskassen gegründet. In La Rochelle werden Unterstützungen an organisierte und unorganisierte Arbeiter gewährt. Gleichzeitig sucht die Stadt das Sparen durch Zuschüsse zu den Spareinlagen zu fördern. Der Unterstützungsfonds wird von einer vom Gemeinderat gewählten Kommission von 10 Mitgliedern verwaltet, wovon die Hälfte von den Arbeitern in Vorschlag zu bringen sind. Lyon gewährt nach dem Genter Vorbild den Gewerkschaften Zuschüsse bis zu 50 % ihrer Aufwendungen. Die Gemeinde Roubaix hat seit dem Jahre 1902 einen gemeindlichen Arbeitslosenfonds gebildet und seit 1907 die Arbeitslosenversicherung eingeführt. Sie gewährt den Organisationen einen Zuschuss von gleicher Höhe wie Lyon, wozu 5000 Francs pro Jahr in den Etat aufgenommen wurden. Von den Arbeitgebern wird ein Zuschuss von 20 000 Francs und von den Arbeitgeberbesitzern des Gewerbegerichts ein solcher von 2000 Francs geleistet.

Zunächst probeweise setzte die Gemeinde Luxemburg im Jahre 1904 1500 Francs zur Subvention der Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften und Vereine aus, und der gleiche Betrag wurde für unorganisierte Arbeitslose vorgesehen. Die Unterstützung der letzteren war in der Weise gedacht, dass sie an eine von der Gemeinde zu errichtende Arbeitslosenkasse je nach der Höhe ihres Verdienstes einen Wochenbeitrag von 15 bis 30 Centimes zahlen sollten. Die Unterstützungsdauer war auf 90 Tage pro Kalenderjahr vorgesehen. Das Projekt kam aber nicht zu stande, weil sich keine unorganisierten Arbeiter zur freiwilligen Versicherung bereit fanden. Es blieb daher nur die Subventionierung der Gewerkschaften übrig, die inzwischen zur ständigen Einrichtung geworden ist.

Eine sich über das ganze Land erstreckende Arbeitslosenversicherung besteht in Norwegen. Auf grund des Gesetzes vom 21. Juni 1906 werden den Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften und sonstiger Vereine Zuschüsse geleistet, die ihnen ein Viertel ihres Aufwands ersetzen. Dabei besteht jedoch die Bedingung, dass die Organisationen den Arbeitern des selben Berufs, soweit sie nicht Mitglieder sind, gestatten sich bei ihnen zu den gleichen Bedingungen wie die Verbandsmitglieder zu versichern. Ferner haben die Organisationen mindestens die Hälfte der Einnahmen ihrer Arbeitslosenkassen durch Mitgliederbeiträge zu decken. Die Unterstützung der Arbeitslosen, die die Höhe des durchschnittlichen Tagelohns nicht überschreiten darf, wird nach einer mindestens 26wöchentlichen Beitragszeit nur für 90 Tage innerhalb eines Kalenderjahrs gewährt. Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen ist ausgeschlossen. Die Subventionierung erfolgt durch den Staat, von dessen Aufwendungen diejenigen Gemeinden, in denen sich der Unterstützte während der letzten 5 Jahre wenigstens 6 Monate aufgehalten hat, zwei Drittel zu zahlen haben. Wo ein solcher Unterstützungswohnsitz nicht besteht, zahlt der Staat den Zuschuss allein. Die den Gewerkschaften gewährte Subvention betrug anfänglich nur ein Viertel ihrer Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, sie ist aber im Jahre 1908 auf ein Drittel erhöht worden, wogegen sich die Gewerkschaften bereit erklärten ihre Arbeitslosenversicherung im Zusammenwirken mit Staat und Gemeinde auszubauen.

Auf gleicher Basis beruht die Arbeitslosenversicherung in Dänemark. Der Staat leistet den anerkannten Arbeitslosenkassen, die beruflich oder örtlich begrenzt sein müssen, Subventionen in Höhe von einem Drittel der von den

Mitgliedern gezahlten Beiträge, wozu die Gemeinden noch ein Sechstel zuschiessen können. Für diesen Zweck sind in den Etat für 1909 400 000 Kronen eingestellt, gegenüber 250 000 Kronen im vergangenen Jahr. Wie in Norwegen darf von den Gewerkschaften Nichtorganisierten die Aufnahme in die Arbeitslosenkasse nicht verweigert werden. Die Arbeitslosenunterstützung wird nach 1-jähriger Mitgliedschaft bei über 6 Tage dauernder Arbeitslosigkeit für die Dauer von 70 Tagen innerhalb eines Jahres gewährt. Sie darf nicht unter 50 Oere und nicht über 2 Kronen täglich betragen. Sämtliche staatlich subventionierten Arbeitslosenkassen unterstehen einem Arbeitsloseninspektor. Staatliche Zuschüsse erhalten zurzeit 40 gewerbliche Verbände mit zirka 75 000 Mitgliedern. Da die Gesamtzahl der Arbeiterschaft Dänemarks zirka 200 000 beträgt, wovon etwa 90 000 gewerkschaftlich organisiert sind, so erstreckt sich die Arbeitslosenversicherung auf ungefähr ein Drittel der Gesamtarbeiterschaft.

Von den übrigen Staaten des Auslands ist wenig zu sagen. Nur in Italien finden sich noch Anfänge einer kommunalen Arbeitslosenversicherung. So zahlt die Stadt Mailand den Berufsvereinen der Arbeiter für ihre Arbeitslosenunterstützung einen Zuschuss von 50 % für höchstens 60 Tage im Jahre. Ausserdem haben noch Bologna und Venedig Versuche mit Einführung einer fakultativen Arbeitslosenversicherung gemacht, die auf dem Prinzip des Sparbuchsystems beruhen. Diese Versuche sind aber gescheitert.

Als die Denkschrift der deutschen Reichsregierung über die Frage der Arbeitslosenversicherung in Deutschland erschien, bestanden kommunale Einrichtungen dieser Art nur in Köln und Leipzig. Die Kölner Arbeitslosenversicherungskasse wurde im Jahre 1894 gegründet, hat aber zu keinen befriedigenden Ergebnissen geführt. Es besteht freiwillige Versicherung. Wer in der Zeit von April bis Juni in die Kasse eintritt und den für gelernte Arbeiter auf 45, für ungelernte auf 35 Pfennig pro Woche festgesetzten Beitrag mindestens 34 Wochen lang zahlt, erhält für eine in die Zeit vom 15. Dezember bis zum 15. März fallende Arbeitslosigkeit eine Unterstützung. Es handelt sich somit nur um eine Winterversicherung, die vorwiegend für die Bauarbeiter Interesse hat. Die Stadt leistet einen jährlichen Zuschuss von 20 000 Mark. Gleich unbefriedigend und bedeutungslos ist das Ergebnis der Leipziger Arbeitslosenkasse, einer privaten Gründung. Die Versicherung ist ebenfalls eine freiwillige. Nach dem Geschäftsbericht für 1905-1906 besass die Kasse aber nur 162 Mitglieder und hatte während des Jahres ganze 13 Arbeitslose zu unterstützen. Ein Projekt des Magistrats München eine Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System einzurichten und zu diesem Zweck einen jährlichen städtischen Zuschuss von 35 000 Mark auszuwerfen kam nicht zur Ausführung. Dagegen setzte die Stadt Strassburg im Elsass den Betrag von 5000 Mark in den Etat für 1907 ein, um durch Zuschüsse nach dem Genter System die Arbeitslosenversicherung zu begünstigen. Anspruch auf Unterstützung hat jeder Arbeiter, der 1 Jahr in Strassburg wohnt und Mitglied einer Arbeitslosenunterstützung zahlenden Berufsvereinigung ist. Der städtische Zuschuss beträgt 50 % der gewerkschaftlichen Unterstützung. Die Bauarbeiter sind von der Versicherung wegen ihrer regelmässigen Arbeitslosigkeit im Winter ausgeschlossen. Ein Ausgleich wird für sie durch die von der Stadt angeordneten Notstandsarbeiten geschaffen. Dem Strassburger Vorgehen ist

die Stadt Erlangen gefolgt. Es wurden von ihr zunächst versuchsweise 1200 Mark in den Etat eingestellt, die zur Unterstützung arbeitsloser gelernter Arbeiter dienen sollen, die sich infolge ihres Berufs oder ihrer körperlichen Beschaffenheit nicht für die üblichen Notstandsarbeiten eignen. Unverheiratete müssen am Ort heimatberechtigt sein, Verheiratete seit mindestens 3 Jahren am Ort wohnen. Die Unterstützung wird nur solchen Arbeitslosen gewährt, die bereits einer Arbeitslosenversicherung angehören, und beträgt die Hälfte der hieraus bezogenen Unterstützung, höchstens aber 60 Pfennig pro Tag auf die Dauer von 6 Wochen.

Einen anderen Charakter haben die Aufwendungen, die von den Städten München, Mainz und Karlsruhe für die Unterstützung Arbeitsloser gemacht worden sind. Es kommt bei diesen keine Förderung der Arbeitslosenversicherung sondern nur eine vorübergehende Unterstützung in Frage. Trotzdem ist es zu begrüßen, dass man sich dort von der blossen Anordnung von Notstandsarbeiten freigemacht und durch die Gewährung von Barunterstützungen an die **Arbeitslosen anerkannt hat**, dass auf andere Weise den vorhandenen Bedürfnissen nicht genügt werden kann.

Eine wesentliche Förderung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland bedeutet das Vorgehen Bayerns. Angeregt durch die sozialdemokratische Fraktion hat der Landtag die Regierung beauftragt eine Konferenz der Interessenten einzuberufen und in dieser die Einführung der Arbeitslosenversicherung in Bayern zu beraten. Die erste Konferenz hat im November 1908 in München unter dem Vorsitz des Ministers des Innern von Brettreich stattgefunden, während ihr eine zweite im März folgte. Das Ergebnis der Beratungen war, dass mit 10 von 15 Stimmen beschlossen wurde, den Städten sei eine Arbeitslosenversicherung zu empfehlen, in der sie die Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften subventionieren und auch den unorganisierten Arbeitslosen in irgend einer Form die Vorteile der städtischen Unterstützung zu gewähren haben. Die Regierung wurde ersucht ein Musterstatut für eine kommunale Arbeitslosenversicherung ausarbeiten zu lassen.

Auch dem württembergischen Landtag lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, der die Regierung ersuchte solchen Gemeinden Staatsbeiträge zu gewähren, die an Berufsvereine von Arbeitern und Angestellten Zuschüsse zu deren Arbeitslosenunterstützungen zahlen. Die Staatsbeiträge sollen die Hälfte der von den Gemeinden jährlich für diesen Zweck verwendeten Gelder betragen. Dieser Antrag wurde zwar bei der Beratung, die Ende April stattfand, abgelehnt, dafür aber ein Antrag des Zentrums, in dem die Kammer der Regierung ihre Bereitwilligkeit erklärt in einem Nachtragsetat Mittel zu Staatsbeiträgen an diejenigen Gemeindeverwaltungen zu bewilligen, die die Unterstützung der Arbeitslosen in geeigneter Weise organisieren, mit 48 gegen 31 Stimmen angenommen. Freilich will der angenommene Antrag nicht allzu viel besagen, denn aus eigener Initiative werden sich die Gemeinden kaum in nennenswertem Umfang mit der Arbeitslosenunterstützung befassen. Damit erhalten indes die gewerkschaftlichen Organisationen eine neue Aufgabe zugeteilt. Sie wird darin bestehen die für die Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung erforderliche Initiative bei den Gemeindeverwaltungen zu wecken und vorwärts zu treiben. Dass dann auch praktische Resultate folgen werden, steht ausser Zweifel. Auch die badische zweite Kammer beschäftigte sich

mit der Erörterung der Frage der Arbeitslosenversicherung; wobei der Minister des Innern die kommunale Versicherung befürwortete und erklärte, dass er einer staatlichen Regelung freundlich gegenüberstehe.

Auf das, was seither auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung in Deutschland wie auch im Ausland geschehen ist, kritisch einzugehen fehlt bei dieser Gelegenheit der Raum. Es sollte nur gezeigt werden, was von staatlicher und kommunaler Seite zurzeit besteht, um der aus der Arbeitslosigkeit entspringenden Not weiter Arbeiterkreise entgegen zu wirken. Es ist das — und namentlich in Deutschland — noch herzlich wenig. Gleichwohl lässt sich nicht verkennen, dass die Arbeitslosenversicherung aufhört eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit zu sein, und dass man mehr und mehr dazu gelangt in ihr eine Frage von allgemeinem Interesse zu erblicken. Wie die Erfahrung im Ausland zeigt, haben die Gewerkschaften bei einer staatlichen oder kommunalen Unterstützung der Arbeitslosenversicherung ihre Ausschaltung nicht zu befürchten. Im Gegenteil, man ist auf ihre Mitwirkung in hervorragendem Masse angewiesen, wenn in dieser Richtung ein praktisches Resultat erzielt werden soll. Nach der gewerkschaftlichen Statistik für das Jahr 1907 hatten von 61 Verbänden der freien Gewerkschaften 41 die Arbeitslosenversicherung für ihre Mitglieder eingeführt. Kommt es in Deutschland oder vorerst in einigen Bundesstaaten zu ähnlichen Massnahmen wie in Belgien, Frankreich, Dänemark und Norwegen, so werden auch die übrigen Gewerkschaften genötigt der Einführung der Arbeitslosenunterstützung näher zu treten. Für die Mehrzahl von ihnen dürfte eine solche Ausgestaltung ihrer Unterstützungseinrichtungen keine besonderen Schwierigkeiten verursachen. Im Interesse ihrer Mitglieder wie auch in dem einer allgemeinen Regelung der Arbeitslosenversicherungsfrage liegt es freilich, dass die in dieser Beziehung noch rückständigen Organisationen die Arbeitslosenunterstützung möglichst bald in den Bereich ihrer Tätigkeit ziehen.

ADOLF HEPNER · VOM DEUTSCHTUM IN AMERIKA



IN und wieder hört oder liest man, dass in den Vereinigten Staaten 7 Millionen Deutsche leben, also ein Germane unter 10 Landesbewohnern. Wenn man alle Mitglieder der von deutschen Einwanderern mitgebrachten und draussen begründeten Familien bis zum dritten Grad mitrechnet, dann mögen die 7 Millionen wohl herauskommen. Aber schon die zweite Generation gehört uns nicht mehr an; gleichviel ob sie unsere Sprache radebricht oder bemeistert; ob die Kinder draussen geboren oder in zartem Alter mit den Eltern hinübergegangen sind oder zur Zeit ihrer Auswanderung bereits einige deutsche Elementarschulkenntnisse besaßen und sogleich nach ihrer Landung in die Armee der Broterwerber eintraten.

Verweilen wir einen Augenblick bei letzterem Fall: Eine Familie aus dem Dorf oder der kleinen Stadt kreuzt den Ozean; der Sohn zählt 13 Jahre, hat hier lesen, schreiben und rechnen in der Schule gelernt, die Bibel und auch einige Erzählungen für die Jugend gelesen; weiss manches aus der Naturgeschichte und gewisse Daten der Weltgeschichte. Indes, eine halbwegs kor-

rekte Vorstellung von der Grösse und dem Wesen seines Vaterlands besitzt er bei der Auswanderung gewiss nicht; speziell ist ihm die intellektuelle Höhe der massgebenden Schichten aller Klassen des Reichs absolut unbekannt. Nun landet er in Amerika, kommt mit seinen frischen, jungen Kräften in ein völlig anders geartetes Milieu hinein, das seine höchste geistige Spannung erfordert: er geht zur Arbeit, er lernt dort im Verkehr mit anderen Jungen sehr bald die primitivsten Konversationselemente der Landessprache und vervollkommen sein Englisch in der unentgeltlichen öffentlichen Abendschule während der Wintermonate. Es währt nicht lange, und er kauft sich jeden Abend auf dem Heimweg von der Arbeit wie Zehntausende anderer sein *Centblatt*. In zwei Jahren ist er beinahe *amerikanisiert*, wenn er auch von der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten herzlich wenig weiss; jedenfalls interessiert ihn alles, was er darüber aufzuschnappen Gelegenheit findet, ungleich mehr als die Reichspolitik, die ihm bei seiner damaligen Unreife ein Buch mit sieben Siegeln war. Wenn er — was ihm gestattet ist, da er als Minorenner landete — bei vollendetem 18. Lebensjahr seinen Bürgerbrief verlangt, spricht er, falls er das Kind ungebildeter Leute ist, in der Regel besser Englisch als Deutsch, in jedem Fall aber ebenso fliessend Englisch wie Deutsch, auch wenn er im elterlichen Haus Anregung fand sein Deutschtum zu erhalten.

Was hier von dem 13jährigen Knaben gesagt ist, gilt in weit höherem Grad vom 6- bis 7jährigen Kind, das in der amerikanischen Volksschule aufwächst; es ist fast in jeder Beziehung dem in Amerika geborenen deutschen Sprössling gleich zu stellen; denn durch den jähen Umgebungswechsel verwischen sich sehr bald die Eindrücke der früheren Zeit, wenn sie nicht im Elternhaus durch häufige Rückerinnerungen an die alte Heimat systematisch aufgefrischt und wach erhalten werden. Aber auch von den zwischen dem 16. und 24. Jahr Eingewanderten gehört später nur ein Teil uns an: diejenigen nämlich, die beruflich oder geschäftlich vielfach mit Deutschen zu verkehren haben, bei ihnen in Stellung oder Arbeit sind und eine Frau aus landsmannschaftlicher Familie heimführen. Arbeiter, die nicht Gelegenheit haben rasch Englisch zu lernen oder zur Zeit ihrer Landung in einem Alter sind, in dem die Erlernung einer fremden Sprache dem ans Studium nicht Gewohnten bedeutende Schwierigkeiten entgegensetzt, bleiben in der Regel lange, wenn nicht zeitlebens, *Deutsche*. Jüngere Leute dagegen, die bei einigem Fleiss innerhalb Jahresfrist so viel kapieren, dass sie, auch ohne die Bedeutung jeder englischen Vokabel genau zu kennen, eine Zeitung in der Landessprache zu lesen vermögen, amerikanisieren sich schnellstens, um ihre Erwerbsfähigkeit zu erweitern. Denn alle Geschäftssprache ist Englisch, selbst bei den deutschen Firmen. Ein junger Deutscher, der in seinem Erwerbszweig Karriere machen will — gleichviel ob als Arbeiter oder Handlungsgehilfe oder Buchhalter —, ist es sich selbst schuldig möglichst rasch deutscher Exklusivität zu entsagen, in geselligen Verkehr mit Amerikanern zu treten, sich mit der Geschichte des Landes und dessen Gegenwartsfragen bekannt zu machen. Mancher nun versteht es das eine zu tun, ohne das andere zu lassen: Englisch zu lesen, ohne sein Deutsch zu vernachlässigen; er versieht sich mit fremdsprachlicher Lektüre, ohne die Literatur seines Mutterlandes bei Seite zu schieben. Aber nicht jeder hat diese Geschicklichkeit; bei vielen vollzieht sich die Amerikanisierung daher auf Kosten ihres Deutschtums, sobald sie

Englisch verstehen. Es sind das meistens Leute, die in ihrer alten Heimat dem öffentlichen Leben fern standen, oder als Dörfler und Kleinstädter zu Haus in ihren Jugendjahren von den gewaltigen Regungen des deutschen Geistes nur wenig erfahren haben. Heiraten sie vielleicht eine Amerikanerin oder eine Deutschamerikanerin, die unsere Sprache nicht völlig beherrscht, dann hört bei ihnen alles deutsche Empfinden auf, besonders wenn sie auch geschäftlich oder beruflich in amerikanische Kreise hineingewachsen sind.

Deutsch bleiben also erstens die, die es müssen, das heisst, wie angedeutet, die Wenig- oder Ungebildeten älterer Jahrgänge, denen das Englischlernen schwerfällt, und denen ihre mangelhafte Bildung ein Kennzeichen aufdrückt, das an ihnen haften bleibt, auch wenn sie sich die fremde Sprache zu eigen gemacht haben. Zweitens die Gebildeten, die einen Schatz deutschen Wissens mitbringen. Drittens unter den minder Gebildeten die Bildungsfähigen, deren Verstand weit genug reicht, um sie den Wert der Konservierung ihres Deutschtums erkennen zu lassen. Die erste Kategorie war natürlich bisher die überwiegend stärkste; mit ihr aber können wir, alles *Deutschtums* ungeachtet, in Amerika keinen Staat machen, wenn auch ein gewisser Prozentsatz dieser Landsleute es mit der Zeit zu Wohlhabenheit oder Reichtum brachte. Die zweite und dritte Kategorie (die der Gebildeten und Bildungsfähigen, die den Kulturen beider Länder gleichmässiges Interesse entgegen bringen) rechne ich unter das *gute Deutschtum*; es findet sich in allen Ständen und Schichten, nur leider nicht massenhaft genug; es wird vom ungebildeten Deutschtum überschattet. Ich darf bei dieser Gelegenheit das Bekenntnis ablegen, dass mir, als Sozialisten, der bessere Teil der deutschamerikanischen Bourgeoisie immer sympathischer war als die nämliche Creme der reichsdeutschen, weil er grosszügiger und menschenfreundlicher ist.¹⁾

Kehren wir nun zum Ausgangspunkt meiner Darlegungen zurück, zu der Stelle, an der ich bemerkte, dass uns die zweite Generation schon nicht mehr angehört. Die zweite Generation versteht zwar meistens Deutsch, spricht es aber ungern — von Ausnahmen abgesehen, die ich sogleich erwähnen werde —, und noch weniger gern liest sie Deutsch, schon wegen unserer, den Nichtdeutschen unbequemen Drucktypen. Die Söhne und Töchter der Acht- und Neunundvierziger sprachen alle gut Deutsch, und die Kinder der aus dem Reich eingewanderten tüchtigen Sozialisten bringen ebenfalls dem deutschen Geist gebührenden Respekt entgegen. Gebildete Kaufleute wie gebildete Arbeiter, die es vorziehen gutes Deutsch statt gebrochenen Englisch mit ihren Kindern zu reden und ihnen den Wert gründlicher fremder Sprachkenntnis beizubringen wissen, erzielen in der Regel mindestens so viel, dass in der zweiten Generation das Deutsche, solange die Eltern leben, nicht verpönt ist. Nicht alle diese Kinder sprechen ein reines, fehlerfreies Deutsch, aber doch gut genug, dass sie sich ungeniert unserer Sprache bedienen können. In oberflächlich gebildeten und erst recht in kulturell niedrig stehenden Familien dagegen antworten die Kinder mit der Zeit Englisch, wenn sie von den Eltern Deutsch angedredet werden. Schliesslich bequemen die Alten sich zu radebrechendem Englisch in der Familie, und so büsst die zweite Generation dieser Klasse dann auch das bisschen Deutsch ein, dessen sie in früher Kind-

¹⁾ Die psychologische Erklärung und Begründung dieses Satzes, die hier zu weit ablenken würde, muss in einem anderen Aufsatz erfolgen.

heit mächtig war. Aus dem Gesagten erhellt, dass das jeweilige Mass von Deutschtum der zweiten Generation lediglich vom Status der Eltern abhängt. In Amerika bedeutet Deutschverstehen und Deutschsprechen noch lange nicht deutsche Art lieben oder deutsches Wesen würdigen oder deutschen Geist ehren und deutsche Literatur pflegen. Hierzu ist vor allem erforderlich, dass die Eltern oder auch die nächste Verwandtschaft ihre alte Heimat würdig repräsentieren, bei den Kindern die besten Eindrücke deutscher Zivilisation hervorrufen, so dass diese mit der Achtung vor den Eltern auch die vor der deutschen Sprache und der in ihr geschaffenen Geistesdenkmäler verbinden. So ist es denn erklärlich, dass viele Abkömmlinge unserer landsmännischen Einwanderer insofern nur Deutsche sind als sie in Gemeinschaft mit den Alten an deutschen Geselligkeitsvereinen und -veranstaltungen teilnehmen, ein Lied in unserer Sprache mitsingen, unser Theater zeitweilig mitbesuchen. In den Zwischenpausen und nach Schluss der Vorstellung hört man mehr Englisch als Deutsch reden. Es sind, wie gesagt, verhältnismässig nur wenige aus der zweiten Generation, denen einiges *deutsches Empfinden* zu eigen ist, und deren Literatur erstreckt sowie auf tiefgehende Sympathie mit der Gesamtnation ihrer Väter und Mütter. Nicht selten ist wahrzunehmen, dass die Kenntnis von Land und Leuten Germanias in der zweiten Generation nur folgende drei Dinge umfasst: dass die Hessen vor 150 Jahren nach Amerika kamen, im schmachvollen Mietsdienst Englands, von ihrem Landesfürsten an Albion verkauft, um den Unabhängigkeitskampf der Kolonien ersticken zu helfen; dass die Deutschen teils Soldaten ersten Ranges teils grosse Gelehrte sind, zum Teil aber auch höchst unpraktische Leute, da nur wenige der Eingewanderten sehr reich werden, und die überwiegende Mehrzahl es niemals zu etwas Erklecklichem bringt; endlich, dass der deutsche Kaiser von aller Welt als *War Lord* gefürchtet wird: nur von Amerika nicht, das im Stande ist in 2 Minuten die ganze Welt in die Pfanne zu hauen²). Die unselige Erinnerung, die sich an den Waffendienst der Hessen knüpft, und die heute, nach 5 Generationen, noch bei vielen Amerikanern geheimen Groll gegen den *Dutch* Lust sich mit Deutschlands jetziger Weltstellung zu beschäftigen oder sich in demonstrativer Weise als Deutschenabkömmling zu bekennen.

Die dritte Generation ist, wie sich aus dem Vorhergehenden leicht ergibt, ganz und gar amerikanisch, bis auf die sehr seltenen Ausnahmen, die sich auf jene Kreise beschränken, in denen das an Geistes- und Gemütsart beste Deutschtum von der ersten auf die zweite Generation verpflanzt wird, und die dritte aus der Ehe gleicher Elemente dieser Kategorie erwächst. Ausser diesen wenigen Deutschgesinnten der dritten Generation gibt es unter den 7 Millionen selbstverständlich noch zahlreiche Abkömmlinge des dritten.

² Seit dem Krieg mit Spanien existiert dieses Bramarbaswort *We can beat the whole world within 2 minutes*. Und der Ausdruck *War Lord* (Kriegsherr) ist eine falsche Übersetzung von *Oberster Kriegsherr* = Chef von Heer und Flotte des Landes. Als zu Beginn der Regierung des jetzigen Kaisers im Ausland Besorgnisse ob seiner kriegerischen Gesinnung laut wurden und er in seinen häufigen Ansprachen an Rekruten und Soldaten den Ausdruck *Ich, euer oberster Kriegsherr* gebrauchte, entstand durch die unzulängliche Übersetzungskunst eines Kabelkorrespondenten jenes Quidproquo, das in die technische Bezeichnung *Oberster Kriegsherr* den Sinn von *War Lord*, Lord des Kriegs, das heisst *Kriegslustiger Herr* hineinlegte. Noch immer führt der Kaiser in amerikanischen Zeitungsüberschriften den Titel *War Lord*, der teils in schmeichehaftem teils in unfreundlichem Sinn gemeint ist.

Grades, die Deutsch verstehen und auch mit Englisch redenden Deutschen gern verkehren: in ihrem innersten Wesen aber stehn sie uns fern. In der dritten Generation stirbt das Deutsch in der Familie aus, wofern nicht Sprachunterricht in der höheren Schule für Erhaltung eines Restes sorgt, der aber naturgemäss keinen höheren Wert hat als die französischen Brocken des ehemaligen deutschen Obertertianers. Bemerkt sei hierbei, dass sich in französischen Familien die Muttersprache zwei Generationen länger erhält als in deutschen. Die Ursache dieser Erscheinung liegt offenbar in dem höheren Interesse, das die Geschichte Frankreichs im 18. Jahrhundert herausfordert.



NACHDEM wir nun einigermaßen Klarheit über den Begriff *Deutschtum in Amerika* erlangten, wird es nicht schwer sein uns ein ungefähres Bild von der deutschamerikanischen Presse zu machen. Es gab in der Periode stärkster deutscher Einwanderung zirka 400 deutsche Wochenblättchen — ich sage *Blättchen*, obwohl manche in *Bettuchformat* (Originalausdruck des *Anzeigers des Westens* in Saint Louis) erscheinen — auf dem Land und in den Städten mit geringer deutscher Bevölkerung und nahezu 70 Tageszeitungen in Städten mit zahlreicher deutscher Einwohnerschaft. Über jene Wochenblätter ist nicht viel Ernsthaftes zu sagen. Unter den 70 Tageszeitungen der Einwanderungshausseperiode waren 7 sozialistische, eine Ziffer, die längst auf 3 reduziert ward. Dies sind die *New Yorker Volkszeitung*, das *Philadelphiaer Tageblatt* und die *Chicagoer Arbeiterzeitung*.³⁾

Die deutschen Tageszeitungen sind in den letzten 15 Jahren von 70 auf etwa 50 herabgegangen, und hiervon sind es etwa 15, die mir als *Tauschblätter* der Beachtung wert erschienen — abgesehen von den genannten 3 Arbeiterzeitungen, die tagtäglich fast etwas enthalten, wovon Freund und Feind mit Nutzen Kenntnis nehmen kann. In nachfolgendem will ich mich nur mit der bürgerlichen deutschen Presse Amerikas befassen, weil mein Thema *Vom Deutschtum in Amerika* lautet, und die sozialdemokratische Presse dort wegen ihrer kosmopolitischen Haltung nicht als spezifische Vertreterin des Deutschturns gelten kann; sie ist hieran schon dadurch gehindert, dass ein starker Prozentsatz eingewanderter Deutscher lebenslang *Deutschtum* mit angestammter deutschmonarchistischer Gesinnung identifiziert. Ausserdem trennt die Sozialisten und ihre Presse vom *Patentdeutschtum*, wie es in dem vor etwa 8 Jahren gegründeten *Deutschen Nationalbund*, dem Zentralverband aller deutschen Geselligkeits-, Nützlichkeits-, Wohltätigkeits- und Bildungsvereine, zum Ausdruck kommt, der Umstand, dass dessen Kampf wider amerikanisches Muckertum und für persönliche Freiheit so lange donquixotisch bleiben muss wie die lieben deutschen Spiessbürger bei den Wahlen republikanisch oder demokratisch stimmen.

New York hat 3 bürgerliche deutsche Zeitungen deren eine, die *New Yorker Staatszeitung*, der gesamten reichsdeutschen Presse wohlbekannt ist. Ihr Titel

³⁾ Alle 3 Blätter bestehen seit mehr denn einem Menschenalter; die *New Yorker Volkszeitung* darf als marxistisch, das *Philadelphiaer Tageblatt* als revisionistisch, die *Chicagoer Arbeiterzeitung* als quasianarchistisch bezeichnet werden. Die Spalten dieser 3 Organe sind aber abweichenden Meinungen niemals verschlossen. Jedes dieser Blätter hat seine Pionier-, Heroen- und Märtyrergeschichte — von der die deutsche Sozialdemokratie sich nichts träumen lässt —, seine eigenartigen Verdienste und Leistungen aufzuweisen, die niemals zur Kenntnis der reichsdeutschen Sozialdemokratie gelangt sind.

bedeutet übrigens nicht etwas Offizielles sondern ist nur eine unbeholfene amerikanische Verdeutschung des englischen Ausdrucks *New York State Gazette* und will besagen: Zeitung für das Volk im Staat New York. Offizielle Blätter wie hier gibt es in Amerika nicht. Die *New Yorker Staatszeitung* war und ist das reichste, einflussreichste und verbreitetste deutsche Blatt in den Vereinigten Staaten. Sie ist jedoch ein striktes demokratisches Parteiorgan und sagt daher politisch nur einem Teil der Deutschen zu, da sie wie jedes amerikanische Organ einer der beiden alten korrupten Parteien zu gelegentlichem Schuhnägelfressen verurteilt ist. Sie hat seit vielen Jahren einen Kabelkorrespondenten in Berlin und für Ereignisse in Amerika, die das Deutschtum des Landes besonders angehen, in jedem deutschamerikanischen Blatt einen telegraphischen Berichterstatter. Publizistisch ist sie jetzt ein Blatt im grossen amerikanischen Stil und literarisch in ihrem Sonntagsblatt ziemlich wertvoll, da sie Originalarbeiten gut bezahlt und bei deren Auswahl hinsichtlich der Persönlichkeit des Mitarbeiters keine Parteigrenzen gelten lässt.⁴⁾ Jeder, der etwas Schönes oder Interessantes bringt, ist dem unpolitischen Sonntagsblatt willkommen. Als politische Führerin des bürgerlichen Deutschtums dagegen lässt die *Staatszeitung* sehr viel zu wünschen übrig, nicht nur wegen ihrer Abhängigkeit von der Parteiparole sondern auch durch ihre in den letzten Jahren mehrfach zu tage getretene Manie die Gunst des deutschen Kaiserhauses zu erringen.

Ausser der *Staatszeitung* gibt es eine billige *Gross New Yorker Zeitung* von nur lokaler Verbreitung und das *Morgenjournal*. Dies ist das einzige deutsche Blatt, das einem Amerikaner gehört, dem Besitzer der gelben Zeitung *Morning Journal* oder *New York American*, dem Erzdemagogen Randolph Hearst, der seit Jahren abwechselnd Bürgermeister von New York und Präsident der Vereinigten Staaten werden will. Um das *Morgenjournal*, das in gebildete deutsche Kreise keinen Eingang findet, zu schärferer Konkurrenz gegen die *Staatszeitung* zu befähigen, hat sich Hearst einen der frechsten und skrupellosesten Zeitungshumbugger der Welt, John Schröers aus Saint Louis, verschrieben. Seinen Ruf als tüchtiger Geschäftsmann verdankt er dem Umstand, dass es ihm im Jahre 1897 gelungen ist 2 Blätter — darunter das unsrige —, die seinen Raubplänen im Wege waren, durch unlauteren Wettbewerb zur Betriebseinstellung zu zwingen, und dann ein Jahr später ein deutsches Zeitungsmonopol zu schaffen, das ihn in stand setzte die Kommune beim Druck der *Stadtanzeigen* binnen 10 Jahren um 100 000 Dollars zu pressen. Als die Sache — unter Vertuschung ihrer kriminellen Natur — im letzten Sommer von der Saint Louiser *Post Dispatch* enthüllt wurde, musste die Firma ihren Goldfinder anstandshalber entlassen. Dieses Juwel von einem *Manager* hat also Hearst jetzt für sich gewonnen.

Vor 20 Jahren noch gab es in Amerika 2 ausgezeichnet redigierte Tageszeitungen, die die deutsche Journalistik sehr würdig repräsentierten und bei

⁴⁾ Auch das Sonntagsblatt der *New Yorker Volkszeitung* hat vortreffliche Mitarbeiter, wie den Reisebeschreiber Crola, dessen Südkaliforniaserie zum Beispiel eine hervorragende Leistung auf diesem Gebiet genannt werden darf, ferner den vielgewandten und viel gewanderten Chagrin, der auch den Gewerkschaftsorganen der Metallarbeiter und der Bergarbeiter Deutschlands häufig wertvolle Beiträge sendet; den rastlos forschenden und lehrenden, nun 80-jährigen Naturwissenschaftler Gundlach in New York (eine der herrlichsten Erscheinungen deutschamerikanisch-freieitlichen Geisteslebens); ferner eine Anzahl poetisch begabter Sozialisten (Straubenmüller, Bieden-kapp, Dr. Rosenberg etc.); literarisch tätige Sozialistinnen, wie die Damen Romm, Ruge und Greie.

allen gebildeten Deutschen ohne Unterschied der Partei in verdientem Ansehen standen: die *Illinois Staatszeitung* in Chicago und den *Anzeiger des Westens* in Saint Louis. Diese beiden Blätter genossen eine ziemlich lange Prosperitätsperiode; schliesslich aber unterminierte neue Konkurrenz, die in den Einwanderungshochflutjahren entstanden war, ihren Boden. Der eine Redakteur starb, der andere verliess das Land, um sich zur Ruhe zu setzen; beide Zeitungen verloren durch die Kombination gedachter Umstände an Bedeutung, und ihre Rentabilität verringerte sich mit Abnahme der Einwanderung. Schliesslich wurde sie vor 13 Jahren von finanzkräftigeren, aber geistig minderwertigen Zeitungen zur Amalgamierung angekauft und auf diese Weise verkrüppelt. Die Abnahme der Einwanderung sowohl wie auch die ungeheure Konkurrenz der amerikanischen Presse, die trotz grösseren Quantums ihren Verkaufspreis reduzieren konnte, führte an vielen Orten zu Konsolidierungen von deutschen Zeitungen, um der drohenden Unrentabilität zu entgehen. Doch besitzt Chicago aus dem Anfang der neunziger Jahre ein sehr anständiges, politisch unabhängiges kleinbürgerliches Blatt, die *Abendpost* des Fritz Glogauer, der in früher Jugend Sozialist war, in Amerika jedoch *praktisch* wurde.

Versuchen wir nun uns eine Vorstellung von dem Wirkungskreis und dem Einfluss der deutschamerikanischen Presse innerhalb der angeblichen 7 Millionen Deutscher wie innerhalb des amerikanischen Gemeinwesens zu machen. Aus dem Vorhergehenden wissen wir bereits, dass selbst viele im reiferen Jugendalter Eingewanderte nach Verlauf mehrerer Jahre die deutsche Zeitung fallen lassen, weil sie nun ganz und gar mit dem amerikanischen Leben, seiner Politik und seiner geschäftlichen Entwicklung verwachsen sind. Werden ihre Kinder gross, dann muss in jeder, auch der deutschestgesinnten Familie eine englische Zeitung gehalten werden, weil unsere Blätter ausschliesslich auf den älteren Jahrgang der Eingewanderten zugeschnitten sind. Jedes grosse amerikanische Blatt ist nicht nur an kaufmännischen Mitteilungen und Anzeigen reicher sondern bringt täglich auch aus dem ganzen Gebiet der Union Spezialdepeschen, deren exorbitante Kosten für die deutsche Presse — ausgenommen die *New Yorker Staatszeitung* — unerschwinglich sind. Dies involviert, dass jeder intelligente Deutsche, wenn er, wie sich's gebührt, auf dem laufenden bleiben will, neben der deutschen eine englische Zeitung lesen muss. Auch ohne dass seine Kinder ihn hierzu nötigen, wird er sich beizeiten mit englischer Tagesliteratur versehen; sind seine ökonomischen Verhältnisse aber derart, dass sie die Ausgaben für 2 Tageszeitungen nicht gestatten, dann wird er in sehr vielen Fällen das kostspieligere deutsche Blatt aufgeben und dem billigeren englischen den Vorzug geben, wenn die Kinder noch nicht in der Lage sind auf eigene Kosten sich letzteres zu beschaffen.

Der Amerikaner kauft in der Regel täglich 2 Zeitungen, zunächst sein Parteiorgan fürs Haus oder zur Lektüre während der Fahrt ins Geschäft. Für den Heimweg nimmt er ein Nachmittags- oder Abendblatt, gleichviel welcher Parteirichtung, um die neuesten Depeschen und Lokalneuigkeiten zu lesen. Vor zwei Jahren haben Experten in einer amerikanischen Wochenschrift berechnet, dass ausserhalb New Yorks und Chicagos die amerikanischen Blätter in den bedeutenderen Städten eine Gesamtauflage haben, die den Zirkulationsumfang der deutschen Presse des Ortes um das 25fache übersteigt. Anders

steht es in New York, wo der Strassenverkauf und der stete Zuzug deutscher Neulinge — von denen viele sich längere Zeit dort aufhalten, ehe sie ins Land gehen — der deutschen Presse einen wesentlich stärkeren Absatz sichern. Nächst New York hat auch Chicago Strassenverkauf für deutsche wie englische Zeitungen, während in allen anderen Städten die deutsche Presse nur auf Abonnement beruht, weil die Strassenverkäufer sich mit den deutschen Blättern des geringen Absatzes wegen nicht abgeben mögen. Es darf also gesagt werden, dass der Umsatz deutscher Zeitungen in New York 6 %, in Chicago 5 %, sonst überall nur 4 % oder weniger vom Gesamtumsatz der amerikanischen Presse des Ortes beträgt. Die amerikanische Presse ist über die verhältnismässig geringe Zirkulation der deutschen naturgemäss wohl-orientiert und ignoriert daher das deutsche Tauschblatt redaktionell, obwohl im Sanktum jeder grossen amerikanischen Zeitung mindestens ein Mann sitzt, der im *College* oder auf der Universität Deutsch gelernt hat und es zu lesen vermag. Das deutsche Tauschblatt wird gar nicht in die Hand genommen; man hat nicht das geringste Bedürfnis zu erfahren, wie die deutsche Presse über diese und jene Frage sich äussert, obwohl es für Amerikaner manchmal von grossem Nutzen wäre die Stimmen naturalisierter Bürger zu vernehmen, die eine Kenntnis gewisser Dinge vom Ausland mitgebracht haben und über amerikanische Zustände mitunter ein freimütigeres, unbefangeneres Urteil abzugeben im stande sind als Amerikaner von Geburt, die nur zu häufig mit der regierenden Partei durch dick und dünn gehen oder als ihre Gegner sie aufs ungerechteste beföhden. Nur in der Wahlsaison, in der das deutsche Votum von den Parteien stark begehrt wird, erweist die amerikanische Tagespresse der gleichgesinnten deutschen bisweilen die Ehre sie zu zitieren, mit der selbstgefälligen, schmeichlerischen und unwahren Bemerkung natürlich, dass das erwähnte deutsche Blatt die politische Gesinnung der gesamten naturalisierten Bürgerschaft deutscher Abstammung repräsentiere. Die einzige amerikanische Publikation, in der bisweilen die deutschamerikanische Presse zu Gehör kommt, ist *The Literary Digest*, und zwar dann, wenn Tagesfragen vorliegen, bei denen deutsche Interessen — seien es reichsdeutsche oder solche der germanischen Adoptivkinder Amerikas — ins Spiel kommen.

In politischer Beziehung ist der Einfluss der deutschamerikanischen bürgerlichen Presse, obgleich sie von Anbeginn nicht wenige Journalisten ersten Ranges in ihrer Mitte zählte, fast immer bedeutungslos gewesen. Sie erhob sich zwar nicht selten zu scharfem Widerspruch gegen Missetaten ihrer Partei, doch hütete sie sich stets sorgfältig es zu einem Bruch mit den Lenkern und Leitern ihrer politischen Maschine kommen zu lassen. Es ereignete sich zwar höchst selten, dass ein deutsches Blatt an kommunaler Missverwaltung direkt interessiert war; es ist aber kein Fall bekannt, dass ein deutsches Blatt seine Leserschaft zur offenen Rebellion gegen die eigene Partei wegen der municipalen Misswirtschaft getrieben hätte. Diese Nachgiebigkeit und Schwäche offenbart sich allemal dann besonders, wenn ein *Landsmann* in Frage kommt: namentlich, wenn dieser es verstanden hatte sich durch *Jovialität* Gönner oder Freunde in deutschen Turn- und Gesangsvereinen zu erwerben, findet er in der parteigenössischen deutschen Zeitung als *guter Deutscher* immer eine politische Stütze. Die Kämpfe der sozialistischen deutschamerikanischen Arbeiterpresse gegen diese Sorte von *gutem Deutschtum* bilden in deren Ge-

schichte ein besonderes und so reichhaltiges Kapitel, dass hier nur flüchtig folgendes angedeutet werden kann: Jeder deutsche Sozialist in Amerika der sich journalistisch oder agitatorisch betätigt, sah es bis auf den heutigen Tag als eine seiner Hauptaufgaben an das Eindringen gewissenloser landsmännischer Streber in amerikanischen Verwaltungskörper im Interesse der Ehre des deutschen Namens möglichst zu verhindern. Tatsächlich prangen an der Spitze mancher deutschamerikanischen Geselligkeitsvereine, Nützlichkeits- und Wohltätigkeitsunternehmungen Namen von anrühriger politischer Vergangenheit. Wenn Sozialisten es ablehnen an einer sonst guten Sache teilzunehmen, weil sie durch schlechte Elemente, die sich in die Führung eingeschlichen haben, geschädigt wird, wirft man ihnen spießbürgerlicherseits Mangel an deutscher Gesinnung vor, während doch grade allenthalben in Amerika die deutschen Sozialisten es sind, die durch unentwegtes Bemühen um Säuberung der bürgerlichen Amtsverwaltung dem deutschen Namen am meisten nützen. Wie wenig die deutsche Presse und die deutschen Politiker im Rat ihrer Partei vermögen, das beweist am besten die Tatsache, dass die Tausende und Aber-tausende von donnernden Leitartikeln, tapferen Reden und scharfen Reso-lutionen, die seit vierzig Jahren gegen puritanische Sonntagsheiligung, über das Ausschankgesetz und seine behördliche Auslegung erschienen, an den Missstän- den noch kein Jota geändert haben. In einem Staat der Union sind die Repu- blikaner die Rückwärtser, in dem andern die Demokraten; ihre deutschen Parteianhänger toben in der deutschen Presse und in deutschen Massenver- sammlungen gar gewaltig gegen die Massnahmen der Muckerreaktion, die ihr Geselligkeitsbedürfnis einschränken. Naht jedoch die Wahl, so wird Order pariert wie zuvor, wenn die Führung der deutschen von der amerikanischen Parteileitung das Versprechen erhält, dass unter der Verwaltung ihrer Partei das Sonntags- und Ausschankgesetz nicht so streng gehandhabt werden solle; dass man es daher auf sich beruhen lassen solle, weil man sich mit der Kirche nicht verfeinden könne. In dieser und ähnlicher Weise hat sich das bürger- liche Deutschtum Amerikas bis auf den heutigen Tag nasführen lassen, ohne jemals einen ernsten Versuch zu machen mit Hilfe des liberaleren Teils des amerikanischen Bürgertums eine neue politische Organisation zu schaffen. Und es wird und kann es niemals tun, weil die deutsche Kirche aller Kon- fessionen es hieran hindert; sie mag sich mit der amerikanischen Kirche nicht überwerfen und weigert sich daher zu gunsten des *deutschen Sonntags* die Ver- mittlerrolle zu übernehmen. So muss denn in diesem Punkt alles beim alten bleiben, bis die Sozialisten in grosser Anzahl Einzug in die gesetzgebenden Körper halten und die veralteten *blauen Gesetze* reformieren.

XX

LUDWIG RADLOF · MAIFEIERFONDS?

NACHDEM der Nürnberger Parteitag /1908/ beschlossen hat, dass nochmalige Erwägungen mit der *Generalkommission der Gewerk- schaften* über die Art der Durchführung der Maifeier stattfinden sollen, sind einige Wahlkreise zu einer selbständigen Lösung der Frage übergegangen. In diesen Wahlkreisen, besonders Schleswig- Holsteins, macht sich eben der Wunsch geltend aus dem Stadium der Erwä- gungen herauszukommen und Wege einzuschlagen, die eine befriedigende Lösung ermöglichen. Den Ausweg aus dem Dilemma sieht man in der Schaffung von

Maifeierfonds. In gemeinschaftlichen Sitzungen von Parteivorstand und Gewerkschaftskartell sucht man die Frage der Maifeier teils lokal teils zentral zu regeln. Diejenigen, die am 1. Mai arbeiten und ihren Lohn erhalten, sollen 50 Pfennig, 1 Mark oder noch mehr an den Maifeierfonds abliefern, diejenigen, die am 1. Mai feiern, aber ihren Lohn doch weiter beziehen, sollen diesen ganz an diesen Fonds abführen. Setzen wir nun den Fall, in einer Stadt mit 50 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen würden 40 000 am 1. Mai arbeiten, dann müssten — 1 Mark Zuschuss angenommen — 40 000 Mark für den Maifeierfonds zusammenkommen. Die übrigen 10 000 Arbeiter — deren Tagelohn ich mit 4 Mark ansetzen will — würden ebenfalls 40 000 Mark aufbringen. Die betreffende Stadt würde also 80 000 Mark für den Maifeierfonds zur Verfügung haben, um den Aussperrungsgelüsten der Unternehmer entgegenzutreten. Die praktische Durchführung dieses Vorschlags würde aber sicher auf bedeutende Hindernisse stossen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die grosse Masse der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter kein Verständnis für diese Art der Durchführung der Maifeier haben würde. Tatsächlich würden also in dem oben angegebenen Falle längst nicht einmal die 80 000 Mark zusammenkommen; und wenn ich 50 000 Mark an Einnahmen für den Maifeierfonds annehme, so dürfte das schon reichlich hoch sein. Was aber sind 50 000 Mark, wenn eine grössere Aussperrung perfekt werden sollte? Rechnet man im Falle einer solchen infolge der Maifeierbeteiligung nur 2 Mark tägliche Unterstützung auf jeden Ausgesperrten, so wären für 5000 Ausgesperrte schon 10 000 Mark täglich erforderlich. Und nun berücksichtige man, dass vielleicht eine 10tägige Dauer der Aussperrung dekretiert, und dass wahrscheinlich die Zahl der Ausgesperrten nicht unbeträchtlich höher sein würde. Ich habe nun eine verhältnismässig grosse Stadt mit einem Elitekorps organisierter Arbeiter im Auge gehabt. Wie aber wird es in zahlreichen kleineren Städten sein, wo die Arbeiter mit wesentlich ungünstigeren Verhältnissen rechnen müssen? Eine Arbeitsruhe in grossem Stil ist da überhaupt nicht durchführbar, und sollte sie, wie in Neumünster, dennoch zu stande kommen, dann gehen die Unternehmer rücksichtslos mit Aussperrungen vor, ohne auf die Summen zu achten, die ihnen dabei verloren gehen, denn es handelt sich ja für sie um eine Machtfraße. Vor einiger Zeit haben sich die schleswig-holsteinischen Unternehmer ernstlich mit der Maifeierfrage befasst und dabei der Meinung Ausdruck gegeben, dass man zwar am Siege des Unternehmertums nicht zweifeln könne, da die Masse der Arbeiter sich nicht mehr um die Maifeier kümmere, dass man es aber auch klipp und klar aussprechen müsse, dass man nicht gewillt sei nachzugeben.

Die Ansammlung von Maifeierfonds soll doch nun auch nützliche Folge für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai haben. Würden sich unsere Propagandisten der Maifeier das nicht versprechen, so hätte der Maifeierfonds wenig Sinn. Die Zahl der Maifeiernden soll wachsen. Der Mut und Idealismus gestärkt werden. Indes, wir drehen uns hier in einem Kreise. Ein schleswig-holsteinischer Parteiführer meinte kürzlich, der Idealismus sei das Hauptmoment in der deutschen Arbeiterbewegung. Gewiss, der Idealismus weckt, fördert und steigert die Kräfte der Genossen. Aber entscheidend bleibt doch immer die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Faktoren und deren Beeinflussung durch unsere Organisationen. Und was will man

haben heute jedenfalls eine sehr schwierige Stellung in der Partei. Sie teilen das Los all derer, die die Richtigkeit und Zweckmässigkeit mancher heute in der Partei geltenden Grundsätze und Methoden bezweifeln: man sieht mit Argwohn und Misstrauen auf sie. Die Ansichten der Parteimehrheit kommen natürlich auch in den Gewerkschaften zur Geltung und machen den Angestellten dort das Leben schwer. Die Ursachen dieser von jedem Standpunkt aus bedauerlichen Erscheinung liegen in der derzeitigen politischen Erziehung. Es trifft zweifellos zu, dass der in der vordersten Linie des Klassenkampfes stehende Arbeiterführer, also der Gewerkschaftsbeamte, ganz besonders für die Aufnahme reformistischer Ideen disponiert ist. Seine Tätigkeit erfordert wesentlich andere Maximen als sie heute von uns im politischen Kampf angewendet werden. Wenn er zum Beispiel das zum Überduss immer wieder gefällte Verdammungsurteil über die Kompromisse für sich und seine Tätigkeit gelten liesse, dann könnte er diese getrost einstellen. Der Gewerkschaftsführer kommt eben nicht ohne Kompromiss aus. Er muss mit Organisationen Kompromisse schliessen, mit denen er tagtäglich in heftigem Kampf liegt, muss sich mit ihnen zur Erreichung eines bestimmten Zwecks verbinden oder muss auf den Zweck verzichten. Er muss mit unseren direkten Gegnern Kompromisse schliessen, wenn er nicht alles aufs Spiel setzen will. Dazu zwingt ihn die harte Notwendigkeit Erfolge zu erzielen. So ist, wie Robert Schmidt einmal treffend sagte, unser ganzes Leben ein Kompromiss. Und hat es der Erreichung der Zwecke bisher etwas geschadet, dass wir Kompromisse schlossen? Die Gewerkschaftsstatistik gibt die beste Antwort darauf. Was liegt nun aber näher als unter dem selben Gesichtswinkel auch den politischen Kampf zu beurteilen, der Meinung zu sein, dass auch hier durch taktische Bündnisse für einen bestimmten Zweck die Wucht der Aktion verstärkt würde? Diese Auffassung ergibt sich also aus der ganzen gewerkschaftlichen Tätigkeit, zumal man ja oft hören muss, dass für den Kampf der Arbeiterklasse einheitliche Grundsätze massgebend sein müssen.

Die Vertragspolitik führt den Gewerkschaftsführer auf die eigentlich reformistische Auffassung des gesellschaftlichen Werdens überhaupt. Er kann nicht mehr an die grosse Sündflut glauben, die einmal hereinbrechen und allen Unrat ins Meer der ewigen Vergangenheit schwemmen soll. Er sieht den grossen kontinuierlichen Prozess der sozialistischen Durchdringung des Wirtschaftslebens, an dem ja auch seine Tätigkeit mitwirkt, plastisch vor sich abspielen. Er sieht, wie langsam, nur dem Gebot der Notwendigkeit und Zweckmässigkeit folgend, das individuelle Moment durch das soziale abgelöst wird. Er betrachtet rückschauend, wie die ökonomische Umwandlung der Gesellschaft durch die Jahrhunderte hindurchgeht, in ihren Grundzügen wenig beeinflusst von den politischen Eruptionen, die nur das Mundstück sind, durch die die ökonomische Entwicklung kundgibt, dass sie wieder eine Hauptstation auf ihrem Zuge erreicht hat. Die ökonomische Gliederung aber zeigt ihm in ihrer Vielgestaltigkeit den ungeheuren Abstand zwischen dem zukünftigen Soll und dem gegenwärtigen Haben, und darum kann er nicht an nahe bevorstehende sozialistische Revolutionen glauben. Aber selbst wenn er gegen theoretisches Denken immun ist, wenn ihm diese Zusammenhänge nicht klar werden, so schlägt ihm doch das Gewissen, wenn man von ihm verlangt, er solle die Zunahme des Elends, des Drucks und der Ausbeutung als eine unwiderstehliche

Entwicklungstendenz der heutigen Gesellschaft hinnehmen. Sagte mir ein Gewerkschaftsführer das, so würde ich ihm raten die Auflösung seiner Gewerkschaft zu beantragen. Denn wenn es uns nicht möglich wäre die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur Herabdrückung der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse erfolgreich zu bekämpfen, dann wäre nicht einzusehen, warum wir uns eigentlich so darum bemühen. Ich weiss allerdings, dass selbst die unentwegtesten Vertreter des *Marxismus* diese Grundsätze in dieser Ausschliesslichkeit nicht mehr gelten lassen wollen. Wenn man aber in einer Parteiversammlung ihre Unhaltbarkeit zu konstatieren wagt, so erhebt sich darob grosse Entrüstung. Es kann keinen unterrichteten Gewerkschafter geben, der die Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse, soweit sie von der Organisation erfasst oder beeinflusst ist, leugnet. Die Verelendungstheorie ist auch nicht durch den Hinweis auf die Verteuerung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zu retten. Denn selbst diese eingerechnet ist, von Schwankungen abgesehen, ein Steigen des Realeinkommens nicht zu bestreiten. Darum glaubt der Gewerkschaftsführer an die Möglichkeit eines kulturellen Aufstiegs der Arbeiterklasse auch innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung. Er sieht den Aufstieg nicht als eine Wirkung der bestehenden Ordnung sondern als eine Errungenschaft, die ihr durch die Eigentätigkeit der Arbeiterklasse entrissen werden muss. Daraus fliesst ihm die Überzeugung von der Möglichkeit der Reformen, und diese Überzeugung lässt ihn in Verbindung mit der Auffassung vom gesellschaftlichen Werden die Reformen als die Moleküle des Erstrebten und die reformistische Methode als die zweckmässige Methode des sozialistischen Kampfes überhaupt ansehen.

Dem widerspricht auch die Entwicklung der Arbeitskämpfe nicht. Der Gewerkschaftsbeamte, der sich täglich damit befasst, sieht sehr wohl, vielleicht besser als mancher Theoretiker, mit welcher Geschwindigkeit und Gründlichkeit der Interessengegensatz zwischen dem Besitzer der Produktionsmittel und den besitzlosen Arbeitern die Mobilisierung aller Kräfte beider Lager besorgt. Es entgeht ihm durchaus nicht, wie der Zusammenschluss der Arbeiter in wirtschaftlichen Kampforganisationen auch den Zusammenschluss der Unternehmer herbeiführt und fördert, und wie dadurch die Konflikte um den Arbeitsvertrag immer grösseren Umfang annehmen müssen. Wie oft haben wir Gewerkschafter auf diese Erscheinung und ihre Bedeutsamkeit hingewiesen. Aber wir bestreiten, dass diese Entwicklung zu einer nahen sozialen Revolution führen muss, wie etwa K. Kautsky in einer Broschüre *Der Weg zur Macht* folgert. Wohl steht die heutige Gesellschaft im Zeichen, das heisst unter dem Einfluss dieses wachsenden Gegensatzes der Klasseninteressen, aber sie besteht nicht aus diesen gegensätzlichen Interessen allein. Es gibt auch etwas wie ein Gesamtinteresse, nennen wir es den Selbsterhaltungstrieb des Wirtschaftslebens, der durchaus nicht mit dem Interesse des Kapitals identisch ist. Wie diese Kraft bisher schon in ständig steigendem Masse kampferhütend gewirkt hat, so wird sie es auch weiter tun, um so mehr, je grösser die drohenden Kämpfe und damit die Gefahren für das Gesamtinteresse sind.

Diese nicht aus der Spekulation sondern aus der Erfahrung und der Wirklichkeit fliessende Erkenntnis lässt uns den *Revolutionarismus* ablehnen, und damit wird der Gewerkschaftsführer Reformist, manchmal, ohne dass er es selbst bemerkt. Aber ist es ein Unglück oder ein Verbrechen Reformist zu

sein? Leidet die Gewerkschaftsbewegung unter den Ansichten ihrer Beamten und Führer? Die Tüchtigkeit des Beamten hängt mit von der Wertschätzung ab, die er für sein Amt und für die Organisation hegt, der er dient, und diese Wertschätzung kann bei dem Reformisten nicht geringer sein als bei dem *Radikalen*. Gerade die reformistische Auffassung weist den wirtschaftlichen Organisationen wichtige Aufgaben in dem Kampf für die Sozialisierung und Demokratisierung zu, während doch mancher *Radikale* die gewerkschaftlichen Erfolge mit Misstrauen betrachtet. Auf keinen Fall hat doch der Reformist eine geringere Meinung von der gewerkschaftlichen Tätigkeit als der *Radikale*. Wohl aber fühlt er sich weniger von Vorurteilen eingeengt, ist unabhängiger von der traditionellen Denkweise und kann darum den Erfordernissen des Augenblicks mehr genügen als dieser. Seine hohe Auffassung von dem Wert und der Bedeutung der Reformen mag ihn — wenigstens halte ich das für möglich — manchmal verleiten die Errungenschaften eines Kampfes allzu wichtig zu nehmen, aber sie wird ihm andererseits auch ein Ansporn zu energischer Tätigkeit sein. Er wird vielleicht nicht so schwungvolle Reden über den nahen Zusammenbruch des Kapitalismus halten, aber er wird dafür um so eifriger um die Mehrung und Nutzbarmachung unserer Kräfte bemüht sein. Er wird keinen Kampf führen, um damit die *revolutionäre Tatkraft* zu wecken, wie es kürzlich ein norddeutsches Parteiblatt in einer Polemik gegen einen Reformisten forderte, aber er wird gewissenhaft die Erfolgsmöglichkeiten prüfen und, wenn er sie für den Kampf günstig findet, das Höchste an Opfermut und Disziplin von den Mitgliedern verlangen. Die Gewerkschaftsbewegung leidet also nicht unter den Anschauungen ihrer Beamten.

Und trotzdem versucht man seit längerer Zeit in manchen Kreisen immer wieder die Masse der Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre Organisationsleiter aufzubieten, obwohl diese, als Gesamtheit betrachtet, ihr Amt gut verstehen. Was die Gewerkschafter heute über Grundsätze und Taktik der Partei denken, ist ihre ehrliche Überzeugung, eine Überzeugung, die sie aus den Resultaten ihrer Tätigkeit gewinnen und — ich glaube das gezeigt zu haben — gewinnen müssen. Sollen wir die Überzeugung ächten? Überhaupt, wenn jene gegen die Gewerkschaftsführer gerichtete Strömung ein Ziel haben soll, so kann es nur deren Beseitigung sein; denn man wird doch nicht erwarten, dass es unter ihnen Leute gibt, die ihrer Stellung wegen ihre Überzeugung preisgeben. Was würde wohl geschehen, wenn jene Agitation Erfolg hätte? Man denke, die gegenwärtigen Gewerkschaftsbeamten seien entfernt und durch waschecht *radikale* Genossen ersetzt: Wenn die Gewerkschaftsmitglieder ihre Meinung nicht ändern, müssen sie die Reinigungskur in einigen Jahren wiederholen. Die *Radikalen* werden den selben geistigen Entwicklungsgang gehen, den Hunderte vor ihnen gegangen sind; die lebendige Praxis des Klassenkampfes ist eben der überkommenen *Theorie* über den Kopf gewachsen, die Gegenwart lässt sich ihr Recht nicht nehmen.

Kürzlich vertrat der *Vorwärts* in seinem gewerkschaftlichen Teil die Meinung, die Gewerkschafter hätten sich nicht um den Meinungsstreit in der Partei zu kümmern. Dieser Rat ist, wie die Dinge liegen, undurchführbar. Denn heute ist das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei doch so, dass jeder der beiden Teile die Haltung des andern den Gegnern gegenüber zu vertreten und moralisch zu verantworten hat. Die Sozialdemokratie ist die

gegebene politische Vertretung der Gewerkschaften wie der Arbeiterklasse überhaupt. Infolgedessen kann den Gewerkschaftern ihre Haltung doch nicht gleichgültig sein. Sie müssen das Recht haben sie von ihrem Standpunkt aus zu beeinflussen. Natürlich muss das in parteigenössischem Sinn geschehen. Der Takt des einzelnen muss da entscheiden können, wie, wo und wann das angängig und zweckmässig ist. Mit dem selben Recht wie die Gewerkschaften verlangen, dass die Partei bei den Lohnkämpfen den Standpunkt der Kampfleitung vertritt, kann die Partei diese Unterstützung von den Gewerkschaften bei ihren politischen Aktionen fordern. Das ist selbstverständlich. So wenig aber, wie sich die Partei bei der Diskussion allgemeiner Gewerkschaftsfragen, an deren Entscheidung sie interessiert ist, Schweigen auferlegt, so wenig kann sie das Umgekehrte von den Gewerkschaften fordern. Diese Frage ist übrigens von geringer praktischer Bedeutung; denn es wird wohl nur sehr selten geschehen, dass gewerkschaftliche Organe zu dem Richtungsstreit innerhalb der Partei das Wort nehmen. Indes, bei Angelegenheiten, die besonderes Interesse beanspruchen — die Veranlassung zu der Notiz im *Vorwärts* gab ein Artikel über die Budgetbewilligung im Almanach des Metallarbeiterverbands —, lässt sich das nicht vermeiden, weil wir eben Gewerkschafter und Sozialdemokraten sind und bleiben wollen.

XX

ERNST SCHUR · BAUERNKUNST



AN findet in fast allen Ländern Spuren jenes alten Kunstgewerbes, das wir als *Bauernkunst* bezeichnen. So lange diese Bauernkunst in abgelegenen Bezirken für sich existiert, entwickelt sie sich ungehindert und gibt dem bauerlichen Leben in seiner äusseren Erscheinung jene bunte Mannigfaltigkeit, die in dem abgeschlossenen Milieu besonders intim wirkt. Aber meist dauert es gar nicht lange, bis eines schönen Tags auch in diese entlegenen Kreise die städtische Kultur dringt, die ihren Geschmack zur Herrschaft bringt. Dann ist es schwer das Alte, Schöne, das so kräftig im eigenen Boden blühte, zu erhalten. Denn der Bauer zieht, wenn er erst einmal mit der städtischen Kultur in Berührung gekommen ist, wie sie auch immer sei, gar bald diese vor, da er sie von vornherein für das Wertvollere hält. Die künstlichen Versuche durch Vereine die Volkskunst zu erhalten zeugen von einer bewundernswerten Naivität; die Entwicklung lässt sich nicht aufhalten, und der Generationenwechsel bringt notwendig auch Veränderungen mit sich, die um so grösser werden, je mehr die modernen Verkehrsmittel einen Austausch erleichtern. Nivellierung ist dann nur eine unvermeidliche Konsequenz; das Charakteristische muss dem Allgemeinen weichen. Um unser Thema nun auf einer sicheren Grundlage zu besprechen, wird es nötig sein einmal nach den Wurzeln und Uranfängen der Bauernkunst zu forschen. Auf diese Frage gibt Dr. Robert Forrer eine Antwort¹⁾, die wohl wert ist, dass man ein wenig näher auf sie eingehe.

Eine bewusste Volkskunst gab es nach Forrer nie. Wo eine solche sich gebildet hat, ist sie stets aus einer Verwilderung der Stadtkunst hervorgegangen. Von der Stadt wird das Vorbild entnommen, das Urbild bald vergessen, die Kopie wieder und wieder kopiert, und schliesslich tritt uns nach mehr-

¹⁾ Siehe Forrer *Von alter und ältester Bauernkunst* (Esslingen 1906).

facher Umänderung das ursprünglich nur Nachgeahmte als ein scheinbar Neues entgegen. Bauernkunst ist eine Kunst, die der Stadtkunst nachhinkt. Nur dadurch, dass der Bauernkünstler die verschiedensten Elemente vermengt, erregen seine Erzeugnisse oft den Anschein des Phantasievolleren. Jeder Stil hat seine bauerlichen Ausläufer, schon seit viel längeren Zeiten als wir gewöhnlich annehmen. Hierzu bringt Forrer recht interessante Beispiele. So die mächtigen Schleifen der Elsässerinnen, die, je weiter wir ins 18. Jahrhundert zurückgehen, immer kleiner und kleiner werden, bis sie schliesslich von den kleinen Schleifen der elsässischen Stadtfrauen nicht zu unterscheiden sind. Diese aber übernehmen sie selbst erst von den Pariserinnen zur Zeit Ludwigs XIV., so dass schliesslich die elsässische Schleife, die so oft als ureigener Besitz des elsässischen Volkstums angesehen wird, auf eine Pariser Mode des 17. Jahrhunderts zurückgeht. Ebenso zeigen elsässische Bauernstühle aus dem Beginn des 19. Jahrhunderts Rokokoornamente aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, deren geschwungene Form sich wieder auf den alt-österreichischen Doppeladler zurückführen lässt. Der sogenannte *Grossvaterstuhl* ist der Renaissancelehnstuhl des 16. Jahrhunderts. Und ganz ähnliche Erscheinungen finden wir auch auf den anderen Gebieten des Kunstgewerbes. Schwarzwälder Tonfliesen ahmen Delfter Muster nach, indem sie sie vergrößern. Aus der Gotik finden wir bauerliche Nachahmungen von Hochzeitstruhen mit all den Ornamenten und Verzierungen wie sie der Städter liebte.

Besonderes Interesse in dieser Beziehung erregt Skandinavien dadurch, dass es den romanischen Stil noch beibehielt, als er in Deutschland längst der Gotik und der Renaissance gewichen war. Man kann sagen, dass das alte Skandinavien den anderen europäischen Ländern gegenüber die selbe Rolle spielt wie der Bauer dem Städter gegenüber. Geht man noch weiter zurück, so kann man die koptischen Funde zu einem grossen Teil als Zeugen einer Bauernkunst bezeichnen. Es sind vergrößerte Wiedergaben klassischer Vorlagen. Auch in der römischen Kaiserzeit blühte in Italien wie in Deutschland eine Bauernkunst, die Töpfereien, Reliefs, Graburnen nach römischen Vorlagen herstellte. Besonders sind es hier die Münzen der Germanen und Kelten, die deutlich die Vergrößerung und Umbildung antiker Münzen erkennen lassen, bis das Urbild völlig verloren geht. Dann fügte wohl der Stempelschneider einmal selbständig neue Motive hinzu, die um so kühner wurden, je weiter örtliche oder zeitliche Distanz ihn von dem Original trennte, bis schliesslich daraus wieder etwas original Einheimisches wurde. Aus Verrohung wird auf diese Weise Umbildung; aus der Umbildung Neuschöpfung. So viel aus dem Inhalt der Schrift, die das Problem nur kurz andeutet, Es wäre interessant genug gewesen, wenn die Sache nach allen Seiten hin etwas eingehender behandelt und ergründet worden wäre. Vielleicht wäre dann das Urteil etwas modifiziert worden. Denn besagen diese immerhin nur wenigen Beispiele wirklich so viel, dass man aus ihnen eine allgemeingültige Theorie herleiten könnte? Darüber muss man sich klar sein, dass man nur die eine Seite der Sache, und zwar die historische, zu sehen bekommt. Dennoch ist es gut, dass dies Verhältnis aufgedeckt wird. Wir bekommen aber nicht ein Ganzes sondern nur Teile in die Hand. Erst weitergehende Forschung könnte die Rechtfertigung bringen. Denn wer bürgt heute dafür, dass diese durch Nachahmung übernommenen Motive wirklich nur Akzidenzien

sind, die einer bestehenden Form naiv hinzugefügt wurden? Es ergeben sich da gleich eine Menge Fragen. Hört wirklich mit dem Weichbilde der Stadt das schöpferische Vermögen auf? In dem Augenblick erst ist eine freiere Betrachtung der Sachlage möglich, in dem wir gleichen Geist in Stadt- und Landkunst wirkend erkennen, bei der einen noch in primitivem Tasten, bei der anderen in bewusstem Schaffen. Geradezu die Entwicklung umkehren aber hiesse es, wollte man annehmen, die Kunst wäre erst in der Stadt entstanden und werde vom Lande nur nachgeahmt. Schliesslich sage ich doch auch über die Bauernkunst selbst herzlich wenig aus, wenn ich nur zeige, dass sie Motive von der Stadtkunst entlehne, da ich dann über dem Nebensächlichen, Äussern das Innere, die darin zu tage tretende Kraft, vernachlässige. Mächtig ist die Bauernkunst seit den Zeiten der blossen Nachahmung gewachsen und hat die Fesseln sklavischer Abhängigkeit abgeworfen, um stetig wachsend heute breit und stämmig vor uns zu stehen als etwas durchaus Freies, Eigenes. Sie ist etwas; etwas sehr Reales, mit dem die bewusste Kunst längst in lebhaftester Wechselwirkung steht, und gerade die Moderne hat aus der Bauernkunst Kräfte und Nahrung gesogen. Für die Unterstützung, die die Bauernkunst einst aus dem objektiven Bestand der Kultur erhalten, hat sie sich dankbar erwiesen, indem sie diesen Bestand selbst nachhaltig vermehrte.

So bleibt — und das ist der Mangel — solche Untersuchung, wie die Forrersche, im Historischen stecken, und das Künstlerisch-Psychologische wird vergessen. Denn wenn wir wissen, wie unter anderem die Bauernkunst entstand, so haben wir damit noch keine Kenntnis von ihrem eigentlichen Wesen. Wenn ich erfahre, wie etwas wurde, weiss ich noch nicht viel, was es ist. Immer deutlicher werden uns solche Erwägungen in einer Zeit, in der man aus dem blossen Historismus heraus zum Psychologismus strebt, der tiefer dringt, die Wesenheit überzeugender erfasst und das innerste Sein lebendiger begreift. Wenn man weiss, dass die griechische Kunst von Fremdem entscheidende Einflüsse und Anregungen übernahm, so ist damit nur das Äusserliche der Entstehung eines Ornaments, einer Form erklärt, ihr Entwicklungsgang aufgezeigt, aber noch nichts über das Wesen des Fertigen, das nun als etwas Bestehendes eine eigene Existenz führt, und noch weniger etwas über seine Bedeutung gesagt. Denn mit der Erklärung des Werdens eines Dinges, mit der wir uns allerdings so oft begnügen, ist der Kern des Seins, des Wesens dieses Dinges noch nicht berührt, haben wir nur ein Äusserliches, Zusammenhangloses in Händen, dem das Beste fehlt: die seelische schaffende Kraft, die die Erscheinung erst zu der macht, die sie ist. Und diese Seite kommt bei der Bauernkunst auch als Untergrund und Vorstufe des künstlerischen Schaffens in betracht. Nichts ist da ohne Beziehung zu einem Früheren. Alles steht in Zusammenhang mit einander, eins blüht aus dem andern hervor, und es fragt sich nur: erreicht das Neue einen solchen Grad von Vollendung, dass man es als Selbständiges zu begreifen willens ist?



ÜR die kunstpsychologische Betrachtung ist die Bauernkunst nicht nur eine reale Tatsache, über deren Wert man streiten kann, und deren Bedeutung dann damit erschöpft ist, sie ist vielmehr ein Problem von bedeutsam soziologischem Charakter, und sie berührt sich hier mit der Kunst primitiver Völker und mit den Äusserungen des Schaffenstriebes des Kindes.

Bei den Naturvölkern, bei denen von einer Übernahme städtischer Motive nicht geredet werden kann, tritt das Schöpferische des Primitiven offensichtlich zu tage, und es wird dadurch zugleich gezeigt, dass die Berührung mit fremden Kulturkreisen, die Fremdes bringt, nur ein Stadium der Entwicklung ist, dem ein eigenes Werden vorangeht.

Es ist an der Zeit die Schätze der ethnologischen Museen für das Kunstgewerbe fruchtbar zu machen. Man betont hier immer das Wissenschaftliche, das Kulturhistorische, und vergisst das Künstlerische. Hier, im Primitiven, liegen viel Anregungen, und in Farbe und Linie wirkt eine eigentümliche Kraft. Ein Gang durch ein Museum für Völkerkunde zeigt, wie sehr sich die Grenzen zwischen dem Ethnologischen und dem Kunstgewerblichen verwischen. Nur ein Beispiel, das ich willkürlich herausgreife, soll dies Problem beleuchten. Nehmen wir etwa die primitiven Völker des Karolinenarchipels, bei denen doch von einem fremden Einfluss nicht die Rede sein kann, und beginnen wir mit der Betrachtung ihrer Architektur. Das grosse Versammlungs- haus für die Männerbünde, das sogenannte *Bai*, zeigt uns die Art des Hausbaus. Auffallend ist der Schmuck in Schnitzwerk und Bemalung. Ein Schmuck, der immer instinktiv sicher im Flächigen, Dekorativen bleibt und in Form und Farbe, trotzdem inhaltlich erzählt werden soll — die Motive sind den Sagen und Märchen entnommen —, immer das Prinzip des Architektonischen wahrt. Figuren verbinden sich zu einem Kettenmotiv. Die Körperform ist geschickt herausgeschnitten und in Stellung und Bewegung das Charakteristische treffsicher herausgearbeitet. Unaufdringlich fügt sich dieser Schmuck der Architektur ein. Die Einheit des Stils ist so unbefangen festgehalten, dass trotz des ununterbrochenen Wechsels der Motive solch ein Fries nie unruhig wirkt. Zu dem hellen Holz stehen die Farben sehr gut: grauschwarz, hellrot, gelb und weiss, für das Auge sehr angenehm, festlich und doch diskret. Und als dekoratives Mittel beherrschen die Insulaner nicht nur das Figürliche, auch das geometrische Motiv verwenden sie geschickt. Langgezogene Vierecke sind als Fries angeordnet und machen in der gelbweissen Tönung, den eingefügten hellen Punkten, die die Flächen füllen, einen ganz modernen Eindruck. Das Primitive in der Ornamentik ist gerade so weit deutlich, um das Kraftvolle charakteristisch hervortreten zu lassen. Die Fassade schmücken geschnitzte und bemalte Stützpfeiler, deren Köpfe einen markanten Ausdruck haben. Dann der Hausrat. Was wir von diesen Dingen des täglichen Lebens lernen können, das ist die Sachlichkeit und Schönheit der Arbeit. Gerade diese Gebrauchsgegenstände sind oft vorzüglich gearbeitet. Glatte Holzteller zeigen eine feste, gefällige Form, Handtaschen sind geschickt und dekorativ aus Blattwerk geflochten. Sehr schön in der Farbe ist auch das Kostüm, vornehmlich das der Männer; mit schwarzem Umschlagetuch und orangefarbener Mütze. Feines Flechtwerk zeigen die Frauengürtel. Schnüre von jener dunkeln Orangefärbung, wie sie bei den Wilden so beliebt ist, jene matte, stumpfe Nuance, die so fein auf dem dunkeln Fleisch steht. Man bekommt Einblick in ein phantastisches Milieu und kommt auf den Gedanken, dass solche Gebiete nicht nur ethnologisch und bürokratisch auszubeuten seien, sondern auch künstlerisch wertvolle und erfrischende Anregungen geben können. Wir sind hier dem ersten Entstehen der kunsischöpferischen Triebe nahe, und darum geben uns diese originalen

Äusserungen wichtige Aufschlüsse. Wir nehmen den allmählichen Übergang der Stadien wahr und hüten uns jene oberflächliche Trennung beizubehalten, die früher die primitiven Versuche dieser Völker aus der Kunstgeschichte strich. Die Kunstpsychologie zieht sie in den Kreis ihrer Betrachtungen, und die Ästhetik, die die Notwendigkeit des Formalen sucht, wird sich ebenso intensiv mit ihnen beschäftigen.

Man kann sich diesem Problem noch von einer anderen Seite nähern. Auch das Kind zeigt diese Mischung von Aufnahme und Selbständigkeit, Kraft im Primitiven, die versagt, sobald sie mit der Welt der Erwachsenen zusammenstösst. Kein Mensch aber wird behaupten wollen, dass das Kind nur nachahme, es ist selbst schöpferisch, und die Übernahme fremder Vorbilder ist nur ein Akzidens, etwas, das in einem bestimmten Stadium hinzutritt. Freilich muss man sich vor der Übertreibung hüten das *Kind als Künstler*, als neue Kulturerrungenschaft zu preisen, jedoch niemand wird leugnen können, dass man hier dem Ursprung der künstlerischen Begabung nahe gekommen ist. Früher sah man in solchen Versuchen nur willkürliche Spässe, die der Regeln und des Zusammenhangs entbehren, und die Erziehung ging auf das Einprägen des Schemas, womit oft das Instinktiv-Künstlerische gerade erstickt wurde. Auch hier hat die Entwicklung einen anderen Standpunkt gelehrt. Was nutzlos schien, wird Ausgangspunkt eines Neuen, Eigenen. Und hier sieht man ein, wie wertlos es ist darüber zu streiten, ob denn die Volkskunst eigen wächst oder doch im Grunde nur Nachahmung anderer Modestile ist. Beides ist wahr. Mit naivem Geschick eignet sich das Volk an, was ihm passend zu sein scheint, und bildet Bekanntes zu Neuem im eigenen Sinne um. Es verfährt dabei wie ein Kind, das sorglos nimmt, was sich ihm bietet, und es seinen Zwecken dienstbar macht. Gerade in dem frischen Zupacken, naiven Umbilden und Schaffen sehen wir erneuten Reiz und die eigene Kraft. Und dieses Künstlerische, dieses Naive im Schaffen soll uns erfreuen. Statt das eine gegen das andere auszuspielen sehen wir Wechselwirkung und Zusammenhang des Ganzen. Und diese Erkenntnis führt uns tiefer ein in das Begreifen des Seins. Die soziologische Bedeutung der Kunst, die ein Netz über alles Wirkende spannt, offenbart sich hier.

BESONDERE Wichtigkeit kommt der Bauernkunst als Anregung zu und als Mittel zur Erneuerung für die Stadtkunst. Bauernkunst ist etwas Naives, Unbewusstes. Ihr gegenüber steht die Kunst der Bewusstheit, das Schaffen der Künstler. Kulturarbeit leisten beide, und gerade die moderne Auffassung von dem Werden der Kultur sieht hier eine Einheit. Wie die Entwicklung vom Primitiven zum Bewussten fortschreitet, von Land zu Stadt sich wandelt, so begleitet auch die Kunst des Menschen diese Etappen mit den entsprechenden Äusserungen seines bewussten Willens. Auf jeder Stufe in sich vollendet und den Verhältnissen angepasst wächst das Vermögen mit den komplizierten Aufgaben. Es ist willkürlich einen Gegensatz zwischen Bauernkunst und Stadtkunst zu konstruieren, er existiert gar nicht; beide sind Äusserungen des selben Geistes, der aufsteigend sich zu immer komplizierteren Formen differenziert, sind Stufen der gleichen Entwicklung, die sich nicht negieren sondern im natürlichen Zusammenhang stehen. Mit der Stadtkunst sind andere, neue Aufgaben gekommen, und schon zeitlich ist sie vor der Bauern-

kunst begünstigt. Aber zeitliche Folge entscheidet doch nicht über den Wert.²⁾ Der Landkünstler bietet in seinem Kreise das gleiche wie der städtische. Deshalb kann man nur auf die Produkte hinweisen und sagen: Es gibt gute Stadtkunst wie gute Landkunst, und ebenso gibt es auf beiden Gebieten schlechte Kunst; man muss da eben stets von Fall zu Fall unterscheiden.

Wenn dann nun die Bauernkunst dem Anprall der Stadtkunst nicht stand hält, ist das nicht natürlich? Damit ist nur ein psychologisches Gesetz erfüllt: Das Unbewusste geht in das Bewusste über und erliegt in diesem Kampf. Die Bauernkunst charakterisiert sich von diesem Standpunkt aus als eine notwendige Entwicklung, die sich in der Stadtkunst fortsetzt. Was dort primitiv war, wird hier bewusst, was Natur und Ursprünglichkeit war, wird Schaffen und Kultur. Die Bauernkunst kann also nur bis zu einer gewissen Linie vorgehen und muss sich dann verwischen. Man sieht, in welchen Fehler die einseitigen Beurteiler verfallen: Sie nehmen nur diesen Schnittpunkt der beiden Flächen, Bauernkunst und Stadtkunst, und urteilen nun nach dem, was sich in diesem Verschmelzungsprozess begibt, in dem die Bauernkunst von vornherein im Nachteil ist und schon abzusterben beginnt. Bauernkunst und Stadtkunst verhalten sich wie Natur zur Kultur; beide stehen in Wechselbeziehung zu einander. Der Bauer kommt gegenüber dem Städter nicht auf. Nun will die Bauernkunst sich anpassen, nimmt Anregungen auf und verwischt das eigene Wesen. Ist dies noch kräftig genug, so werden eben Formen übernommen, eingefügt, verwandelt, vielleicht missverstanden, und mit der Zeit geht der Zusammenhang verloren, ein eigenes Ding entsteht, dem die Verfertiger ihr eigenes Wesen gaben. Dieses Stadium ist aber schon der Anfang vom Ende. Die Stadt hat ihre Kunst und das Land hat seine; treffen beide zusammen, so begibt sich das selbe, was bei Rassenkämpfen und Rassenvermischungen eintritt: Die überlegenere Kultur siegt, saugt das Naive auf; dumpfes, unklares Streben wird zum geläuterten Kulturwillen, und eine organische Weiterentwicklung setzt ein. Wie die Stadt die Fortsetzung des Landes ist, deren Bevölkerung ständig von ihm Zuzug erhält, so ist auch die Stadtkunst die Weiterführung der Landkunst. Und wir schätzen das Werk eines Künstlers oft gerade darum, weil wir spüren, dass sich darin urwüchsige Kraft mit Kulturstreben paart. In der Bauernkunst wie in der Stadtkunst betätigt sich der gleiche Drang der Erscheinungswelt Form zu geben.

An dem Punkt aber, an dem einseitige Kritik die Bauernkunst nur als abhängig von der Stadtkunst hinstellen möchte, gerade da zeigt sich ihre Selbstständigkeit. Denn während die Stadtkunst in ihren Industrieerzeugnissen dem Land meist minderwertige Dinge bietet — der Bauer glaubt trotz seines Misstrauens an die Überlegenheit des Städtischen, übernimmt das Fremde und wird darum unselbständig gescholten —, hat die Bauernkunst einen Schatz an Werken und Schöpfungen gesammelt, den sie nun dem Künstler der Stadtkultur als unerschöpfliches Material darbietet. Und wir sehen, wie anregend die Bauernkunst auf das moderne Kunstgewerbe gewirkt hat und wirkt. Es erfrischt sich daran, es wagt mehr derbere Linien, kräftigere Farben und nimmt sich die Geschlossenheit bäuerlichen Milieus zum Vorbild. Die

²⁾ Wenn die heutigen Griechen und Italiener schlechte Kunst machen, so besagt das doch nichts gegen die griechische und italienische Kunst.

Bauernkunst gibt der Stadtkunst im ganzen zurück, was sie als einzelnes von ihr empfangen hat, und darin kommt eben das Schöpferische zum Ausdruck. Gerade in dieser Wechselwirkung liegt etwas durchaus Natürliches, Lebendiges, und das ist das Wertvolle, ist auch das Wahre. Denn woher kommt die Stadtkunst? Entsteht sie autochthon? Einflüsse, Anlehnungen, Übernahme auch hier, gerade hier. Ist dieses Nehmen und Geben nicht gerade der Sinn dessen, was wir Entwicklungsprozess nennen? Wenn Riemerschmid von der Bauernkunst ausgeht, ist das zu verwerfen? Wenn Vogeler das Derbe der Bauernkraft zu einem ganz neuen Ausdruck verfeinert, ist ihm daraus ein Vorwurf zu machen? Diese Namen könnten beliebig vermehrt werden. Und nichts anderes tut die Bauernkunst: Sie nimmt Fremdes auf und bildet es um. Und daher wollen wir das Übernehmen städtischer Vorbilder von seiten der Landkunst nicht schelten, denn gerade durch dies Vermengen und Verändern des Bestehenden hat der Bauernkünstler das Neue geschaffen. Auch die Stadtkunst ist nicht einfach aus dem Nichts als etwas Seiendes fertig hervorgesprungen. Auch sie übernimmt fortwährend bestehende Motive, über alle Lande geht ihr Netz von Beziehungen, und nur da, wo die Phantasie kraftvoll ist, ahmt sie nicht nur nach, sondern sie schafft.

Mit der Frage, woher denn nun eigentlich der Stil komme, den die Bauernkunst nachahmt, treten wir einfach aus dem Engen in einen weiteren Kreis von Beziehungen, in den Kulturzusammenhang weiter Bezirke, denen aber am Ende genau die gleichen Bedingungen des Werdens zu grunde liegen. Die Bauernkunst schöpft aus dem selben Geist wie die städtische: Umbildung, Neubildung ist beider Prinzip. Nur dass die bewusste Kunst dies vertieft; sie wird kritisch, aber wesentliche Unterschiede existieren nicht. In der Stadt das Differenzierte, auf dem Lande das Einfache. Zwischen beiden kein Abrechnen sondern fortwährendes Geben und Nehmen. Aus der Erkenntnis dieser Wechselwirkung entsteht für beide Teile die Verpflichtung ihr Höchstes zu leisten, denn was sie sich heute geben, ist der Samen zu den Früchten, die sie später von einander empfangen wollen. Jeder Teil mag das ihm Charakteristische hüten und pflegen, auf dass das Ganze um so trefflicher gedeihe.

XX

HELENE VOIGT-DIEDERICH'S · SCHATTEN



M 9 Uhr hat sie den Zug hinter den Wäldern vorbeifahren hören. Wäre ihr Mann mitgekommen, müsste er jetzt da sein. Zwei Stunden Warten nun wieder noch. Gegen Mitternacht, das ist dann für heut die letzte Möglichkeit.

Sie tritt ans Fenster, das sie vorhin geöffnet hat, um in den weiten dunklen Hof hinaus zu lauschen. Eine warme Zugluft fährt ihr entgegen, aber wieder hört sie nichts als das Schreien der Enten im Schlossgraben und das Schwellen und Brausen des Herbstwindes in den Kastanien, die nur da sind in den schweren Umrissen, mit denen sie gegen den grauen Nachthimmel stehen.

Wie der Wind unruhig macht. Hundertmal hat er ein Rollen und Knirschen von Rädern vorgetäuscht, hat sie vom Stuhl aufspringen lassen, aber bevor sie noch die Tür in der Hand hielt, wandelte er sich, und nichts war

mehr draussen als ein gespenstisches Lachen, so wissend geheimnisvoll, bis plötzlich . . . ja doch, in diesem Augenblick muss es nun endlich wirklich noch der ferne Wagen sein.

Aber sie hat die rechte Hoffnung nicht mehr, und als sie sich zum Fenster hinausbeugt, weiss sie ganz genau, dass nichts da sein wird als das schwere alte Rauschen der dunklen Bäume.

Wenn sie nur wüsste, was diese ganze plötzliche Reise zu bedeuten hat. Dass sie's nicht weiss, das eben ist ja das Unheimliche daran. Geschäftlich, nun ja. Aber drei-, viermal ist er in den letzten Wochen weg gewesen, und er, der ihr alles sagt, nichts tut, ohne es vorher ihr zu bringen, hat ihre Fragen mit einer leichten Bemerkung abgewiesen. Offizierskasino. Haferverkauf an das Proviantamt. Und was es sonst noch gibt. Aber es half nichts: wunderlich erregbar war er die ganze Zeit durch gewesen. Er hatte eine Unruhe gehabt im Haus, und wenn er draussen in der Wirtschaft war, hielt's ihn auch dort nicht lange. Vor ein paar Tagen, als sie neben ihm die Treppe hinabstieg: mit einem Mal schrie er auf und fuhr herum, jemand müsse ihn von hinten auf die Schulter geschlagen haben. Nie hat sie solchen Ton vor einem Menschen gehört. Als wenn ein gequältes Tier aus ihm heraus schreit. Und dabei schien er selber es kaum bemerkt zu haben. Ihr geht es nach bis heute.

Sie sinnt, sie sucht sich zu trösten: Vielleicht ist er krank. Man muss mit dem Arzt sprechen. Aber die Schwere bleibt, und wenn sie sich zwingt, sie mit einem mühsamen Lächeln verscheucht: gleich schliesst sie sich wieder drohend um sie herum.

Nun mag es gut sein. Heut Abend kommt er. Und dann wird sie nicht nachlassen. Ihre Liebe wird bitten und ihre Liebe wird verlangen, und er wird nachgeben müssen und alles sagen, was ihn quält. Irgend etwas Unangenehmes, kann sein auch etwas Trauriges, aber doch etwas, das sich anpacken lässt, das man vielleicht von zwei Seiten ansehen muss, und mit dem sie zusammen schon fertig werden wollen.

Sie hat ein paar Nächte nicht geschlafen, natürlich, das wirkt nach. Sie richtet sich auf. Über die zwei Stunden nun wird sie schon noch wegkommen. Irgend etwas Vernünftiges anfangen. Ein Buch zum Beispiel, nein, Lesen ist unmöglich. So sieht sie sich nach ihrer Handarbeit um.

Mitten auf dem gedeckten Tisch steht die Lampe auf ihrem grünen Bronzefuss, den drei Schwäne mit gereckten Flügeln und Hälsen umschmiegen. Die kugelige Kuppel ist zur Hälfte milchweiss, so dass das Licht auf dem spiegelnden Damast und den Schüsseln von gelblichem Porzellan milde bleibt. Aber oben ist sie von klarem Glas, ungebrochen fällt der Schein hinauf zur Stuckdecke mit ihren von Engeln gehaltenen Rosengirlanden und strahlt von dort zurück über den weiteren Umkreis des Zimmers und hellt sogar noch die Täfelung der dunklen Wände auf. Seitwärts summt der Teekessel auf einem Becken von glänzendem Messing. Stossweise kommt der Dampf, jetzt fängt der Deckel mit dem gelben Elfenbeinknopf zu tanzen an. Die Torfglut leuchtet und wärmt durch das zierliche Lochmuster, wirft sogar noch einen roten Schein auf die Stückerie, die hart daneben liegt.

Sie wendet sich zum grossen Tisch zurück, am Pfeilerspiegel vorbei. Sie er-

schrickt: drinnen geht jemand den selben Weg wie sie. Vor ihr her, ihr zur Seite, will höhnisch herein zu ihr. Sie steht still, sie lacht gereizt, sie droht der hohen blonden Frau da drinnen und wird wieder ernsthaft, als die Frau zurückdroht. Mein Gott, das ist ein Spiegel, weiter nichts. Was muss sie sich so fürchten vor dem, was drin vorbeigeht, sie angesehen hat mit Augen, die ihre eigenen Augen sind.

Sie hält's nicht aus, sie muss einen Menschen sehen, eine Stimme hören.

Sie klingelt, und als der Diener plötzlich in seiner braunen Livree an der Tür steht, weiss sie nicht mehr, warum sie ihn gerufen hat. Sie nimmt sich zusammen.

»Sie können schlafen gehen«, sagt sie, »löschen Sie die Lichter auf der Treppe aus.«

Nichts, das mit ihr spricht, nichts, das sie hält. Nichts, was nach ihrer Nähe verlangt. Wenn nur eins von den Kindern da wäre. Sie könnte eins herüberholen, auf das Sofa legen, sich daneben setzen und es weiterschlafen lassen.

Sie geht ins Nebenzimmer und beugt sich mit der Kerze in der Hand über das Bett des grösseren Knaben. Das warme schlafende Gesicht ist hell beschienen, die Schatten in den Augen und unter der Nase weichen hinauf, als sie das Licht näher an seine Brust heranzieht.

Dieser einfache Atem. Diese breite, ruhige Stirn. Sie schiebt das blondbraune Haar zurück, sie küsst ihn leise: Liebling du. Er bewegt sich und murmelt. Sie wartet ein wenig, dann greift sie heimlich nach der kleinen Hand, fühlt die süsse Wärme beruhigend zu sich herüberströmen.

Ach, wie so ein Kind einfach und gut ist. Liegt da und schläft. Voll von Zukunft und weiss nichts davon. All die dunklen Wellen werden still an ihm. Und der Wind draussen ist Wind in einer Herbstnacht, weiter nichts, und wenn die Zeit da ist, wird er, ach sicher, schon da sein.

Hundebellen im Hof. Noch eine Sekunde lang sitzt sie still, um das Glück zu fühlen: er kommt. Dann lässt sie die Hand des Kindes los und eilt an dem höhnischen Spiegel vorbei zur Treppe hinaus.

Da hält der Wagen schon. Ein warmer Regen schlägt ihr ins Gesicht, sie hebt den Arm an die Stirn. Der Lichtschein aus der offenen Tür fällt hinunter auf die dampfenden Pferde. Eine grosse dunkle Gestalt, den Kragen über den Kopf gezogen, kommt die Stufen herauf, bleibt betroffen stehen, schreitet dann vor, und ein nasses, bärtiges Gesicht berührt ihren Mund.

»Du bist noch auf? Aber Kind, das ist nicht recht von dir.«

Er wirft den Mantel ab, sieht nicht, wohin er fällt, fährt flüchtig mit dem Tuch über die Stirn.

»Zurück!« Er wehrt den freudigen Hund von sich, ruft auch dem Kutscher nach, dass er ihn im Stall einsperren und die ganze Nacht nicht herauslassen soll, lieber drinnen noch an die Kette legen mag.

Auf dem Flur, nah' der Tür, bleibt er stehen.

»Ja, warum bist du denn noch auf?« wiederholt er ungeduldig. »Du weisst doch, ich mag's nicht, wenn jemand um mich wacht.«

Sie hält seine Hand, sie sieht ihm ins Gesicht, sie lächelt, weil er da ist, sie erschrickt, wie wunderbar klar und zerbrechlich die Linien seiner Augen und Schläfen sind.

»Ich sorgte mich um dich. Und das wird leicht mehr, wenn man so allein sitzt und wartet. . . .«

Er wirft sich auf einen Stuhl:

»Wieso sorgtest du dich?« fragt er müde, gleichgültig. »Das solltest du eben nicht tun. Mein Gott, was du auch immer für eine Angst hast.«

»Aber ich seh's doch, du bist nicht wie sonst. Ich kann mir nicht helfen, ich denke immer, es muss etwas geschehen sein. . . .«

Da lächelt er und sieht sie an mit seinen Augen, die dunkel sind wie ein Wasser, das zufrieren will, und ihr graut vor der Gewalt, die er sich antut.

Nun ja, irgend was geschieht immer. Wenn man so viel Ehrenämter hat, geht's nicht ohne Scherereien ab. Das ist nun mal nicht anders. Zum Beispiel diese Sache hier, ach es ist zu dumm davon zu reden. Keinen Schuss Pulver ist das Ganze wert. Aber es hat ihn ein bisschen mitgenommen. Irgend welche Papiere, die nicht in Ordnung sind. Sie weiss doch, wie ihn so etwas ärgern kann. Doch nun löst es sich auf. Er ist grad so im Zug drin. Sie soll gutes Kind sein, ihn noch eine halbe Stunde ruhig an seinem Schreibtisch lassen.

Nein, helfen kann sie ihm nicht. Unmöglich. Es ist auch nicht viel mehr zu tun. Aber er wird nicht schlafen können sonst. Nicht wahr, das versteht sie doch? Er wird ein wenig wärmer: nicht wahr, sie ist doch seine kluge, kleine Frau, die alles versteht? Er sieht sie an, seine Augen haben Liebe für sie und eine grosse einfache Traurigkeit.

»Wenn es durchaus sein muss. Aber ich meine, du bist müde heut. Vielleicht geht doch alles morgen früh besser. Und sieht sich bei Tage leichter an.«

»Nein, nein, es muss schon noch heut Abend sein. Geh nur, ich komme bald. Du wirst sehen, dass ich dann ruhiger bin.«

Rasch wendet er das Gesicht von ihr weg, sie wartet, es kommt nicht zurück. Da gibt sie nach und sagt:

»Wenn du es willst, dann gehe ich. Aber du kommst bald, nicht wahr? Und morgen, morgen sagst du mir alles. Es ist so schrecklich, dich zu sehn und nichts, gar nichts von dir zu wissen. . . .«

»Mein Gott, du weisst doch alles!« sagt er. »Morgen, vielleicht, einiges noch, aber im Grund, sei ruhig, ist's nicht der Rede wert.«

Er hebt die Schulter, schüttelt ab, lässt sie sinken, und bleibt dann noch auf seinem Stuhl sitzen, während sie in das Schreibzimmer hinübergeht, die Lampe angezündet auf seinen Tisch stellt und die Vorhänge niederlässt. Er sieht ihren Schritten und ihren Händen zu, dann kommt sie zurück. Er steht auf, an der Tür des Kinderzimmers zieht er sie mit heissen Armen an sich.

»Gute Nacht du, sag, wie siehst du denn aus? Darfst dich nicht sorgen um mich. Sieh das an, was schön und gut ist im Leben, hörst du, versprich mir das?« Er umschlingt sie, küsst sie. »Ach, du Liebe!« Er sieht ihr in die Augen, sucht wieder ihren Mund, schüttelt den Kopf, lässt sie heftig los und wendet sich ab.

»Nun geh, du musst schlafen, versprich mir, dass du schlafen willst, wenn ich komme.«

Sie muss mitten in ihrer Unruhe lächeln, dass er so besorgt ist um sie, und wie sie lächelt, kann sie endlich auch ein bisschen weinen, und sie tut's an seinem Hals, immer bereit sich selber auszulachen.

»Du bist ja da, dass man nun noch so dumm ist und weint.«

Er küsst ihr die Tränen weg: »Gute Nacht, Liebe. Still sein musst du, viel still sein.«

Aber sie geht nicht, bis er sie loslässt und mit seinen grossen leichten Schritten an seinen Schreibtisch hinübergeht, ihr von dort noch einmal durch das dunkle Zwischenzimmer weg zuwinkt.

Sie ist allein, ein wenig beruhigt, aber ruhig nicht. Alles, was er sagt und tut, ist anders heut als sonst, fällt so langsam, hallt so nach. Sicher ist alles schlimmer noch als er zugibt.

Angekleidet bleibt sie im Dunkeln auf ihrem Bettrand sitzen. Sie will nicht schlafen, sie kann's auch nicht, solange er noch drüben wacht. Es war nicht recht von ihr, dass sie sich hat wegschicken lassen. Die Einsamkeit um sie herum wird immer lebendiger, quälender, Gestalten dringen auf sie ein. Stimmen sind da, die flüstern, und sind still, wenn sie lauscht. Ging nicht eine Tür im Haus, Schritte, sein Schritt, und wieder eine Tür? Vielleicht ist er fertig und kommt, aber wie sie wartet und horcht, alles bleibt still.

Sie hält's nicht mehr aus. Wird er böse sein? Sie kann ja leise gehen, nur sehen muss sie ihn, nur wissen, dass er da ist. Sie erhebt sich, streift die Schuhe von den Füßen und schleicht wie ein Dieb durch ihr eigenes Zimmer davon.

Sie findet seine Tür nicht mehr weit offen wie vorhin, nur ein Spalt bleibt, durch den das Licht herausfällt. Immer noch lautlos drückt sie sich heran.

Sie sieht ihn vor seinem Schreibtisch lehnen, den Stuhl ein wenig abgerückt, als hätte er alle Schubladen offen gehabt. Er hat seinen nassen Mantel umgeschlagen und den grünen Jagdhut auf dem Kopf, aber er sitzt ganz still, das Kinn gestützt, die Finger flach auf dem Gesicht, und das weiche Haar steht hoch, als hätte vielemal eine verzweifelte Hand dagegenangestrichen.

Sie kann seine Augen nicht sehen, aber etwas ist steil hineingegraben von seiner Backe bis zu seinem Mund, dass es plötzlich über sie hereinbricht: er hat den Mantel um und will hingehen und etwas Schreckliches tun.

Ihr Blut treibt Kälte in ihr Herz, wirbelt gegen ihre Stirn, will sie umreissen. Dann reisst sie sich auf und stürzt ins Zimmer hinein.

»Rudolf, mein Gott, sag mir, was ist denn? Was willst du tun, wo willst du noch hingehen in der Nacht?«

Er steht auf, sieht sie vor sich liegen.

»Frag doch nicht!« sagt er und starrt auf sie herab mit kühlem Blick, der sie nicht kennen will.

»Doch frag ich!« schreit sie auf. »Ich muss wissen, was geschehen ist. Alles, hörst du? Nicht so halb, nicht so, als ob ich nicht dazu gehörte.« Aufgerichtet steht sie vor ihm, packt ihn bei den Schultern. »Siehst du denn nicht, dass ich bei dir bin und mich tot quäle, wenn du mir nicht alles sagst!«

»Wozu denn Kind?« wehrt er ab. »Lass mich allein. Es ist genug, wenn ich allein daran trage.«

»Nein, ich lass dich nicht allein. Keinen Schritt geh ich mehr von dir, hörst du, keinen Schritt. Sag mir das eine, ist etwas geschehen, oder bist du es selber, nein, das ist ja nicht möglich, aber ich weiss ja nicht, was ich fragen soll...« Er sieht sie lange an, schüttelt den Kopf vor ihrem angstvollen Blick. Dann wirft er die Lippen vor: »Gut, so magst du's denn wissen, dass ich's selber bin. Das ändert ja nun weiter nichts daran.«

Sie nimmt seine Hand, sie nimmt seinen Arm, sie richtet seinen Kopf, der sich wegwenden will von ihr.

»So willst du denn alles hören?«

»Ja«, sagt sie. Alles in ihr strafft sich, richtet sich auf, dem Schicksal, das jetzt kommt, zu begegnen.

»Die Sache ist die, dass ich nur heimgekommen bin, um Abschied von dir zu nehmen. Am besten während du schliefst. Nun, muss es eben anders kommen.«

»Mein Gott!« Sie klammert sich an ihn. »Was ist denn. Wie soll ich das alles verstehen. Ich versteh' nichts von dem, was du sagst.«

Er schiebt sie leise von sich.

»Hör weiter: es ist jemand aufgestanden, der ein Recht hat meinen Namen mit Schmutz zu bewerfen.«

Sie fährt zusammen. Geld? wirbelt es durch ihren Kopf. Spiel? Und beides kann nicht sein.

»Aber das ist unmöglich . . .«

»Meinst du? Ja das sollte es wohl sein. Aber nun ist nichts mehr zu wollen. Da ist ein Bursche, den ich hatte. In einer Zeit meines Lebens, die dir fremd bleiben muss, und die du nicht verstehn darfst. Siehst du, nun musst du wissen, dass es keinen anderen Weg für mich gibt.«

Sie stutzt, sie versteht halb, erblassend taumelt sie zurück.

»Rudolf!« stöhnt sie auf. Dann liegt sie vor ihm, umklammert seine Kniee.

»Was auch ist, es muss einen Ausweg geben. Natürlich gibt es den. Wir werden ihn finden. Ich will dir suchen helfen . . .«

»Kind«, sagt er, »das ist unmöglich. Es ist eine von den ganz einfachen Tatsachen, denen nicht auszuweichen ist. Auf keine Weise. Ich bin Offizier. Ich trage einen alten Namen, den noch andere tragen.«

»Was willst du tun?« Sie zieht den Nacken hoch, fühlt: nun wird das nackte Beil niederfallen.

»Dich verlassen. Alles verlassen. Das ganz Gewöhnliche, das sein muss in solchem Fall.«

»Nein«, sagt sie heiser. »Es muss nicht sein. Wir können fortgehen, übers Meer. Wir können uns ein Leben bauen, das mit diesem Leben hier nichts mehr zu tun hat.«

Er schüttelt den Kopf, lächelt wie zu den Plänen, die ein Kind erfindet.

»Hättest du mich so wenig lieb, dass du willst, dass ich leben soll?«

»So nimm mich mit!« Sie liegt an seiner Brust, sie weint, sie küsst seine Augen. »Nimm mich mit!«

Er zieht ihren Kopf zwischen beide Hände. Sie sieht Tränen, Bewegung in seinem Gesicht.

»Du musst leben!« sagt er. »Die Kinder . . .«

»Was sind mir die ohne dich.«

»Also, wenn es nicht die Kinder sind, so sei es die Pflicht für die Kinder.«

»Gott im Himmel, ist denn alles Pflicht im Leben?«

»Ja. Wenigstens sollte es so sein. So gut, wie es meine einfache Pflicht ist zu gehen, solange es noch Zeit ist.«

Sie lehnt mit verschlungenen Händen an der Wand. Es ist ja gar nicht wahr, was sich da alles biegt. Seine Worte fallen mit blechernem Klang an ihr vor-

bei. Wie ist es möglich, dass er etwas sagt, das so sinnlos ist. Wär' da nicht irgend wo versteckt ein furchtbarer Ernst, so müsste man lachen drum.

»Steh nicht so da«, bittet er. »Komm her zu mir. Sag was, sag ein Wort. Sag mir, dass du mich lieb hast, dass du nicht willst, dass ich leben soll.«

Sie antwortet nicht. Langsam kommt die Wirklichkeit zurück. Sie fühlt: Schande, Armut, Einsamkeit, alles lässt sich tragen. Wie lockend leicht. Nur dieses nicht. Sie rafft sich auf.

»Ich verstehe schon«, sagt sie, tastet angstvoll mit den Worten um sich. »Ich verstehe nur nicht, dass es gleich sein muss . . . Ich meine, irgend etwas . . . Sonst, komm ich doch mit. Glaubst du wirklich, dass ich nicht mitkäme?«

Da sieht sie auf dem Schreibtisch eine kleine blanke Schachtel stehn. Sie tritt heran, greift rückwärts danach, hält sie in ihrer Hand, in ihrem Kleid, und eine Freude dämmert auf. Was will er denn machen ohne das schwere Blei? Sie weiss, dass er sieht, was sie tut, und betrügt sich doch selber damit, dass er es nicht wisse.

»Nicht wahr?« wiederholte sie. »Irgend was . . . man muss nachdenken . . .«

»Vielleicht, ja vielleicht hast du recht.« Ruhig, heiter fast sieht er sie an. »Es muss ja nicht gleich sein. Es war nur das Einfachste so. Im Grunde ist es ja ganz gleichgültig, wann . . . Aber lass uns nicht mehr davon sprechen heut. Hörst du, begrab' es in dir. Du solltest ja gar nichts wissen von all dem Elend, das es da gibt. Armes, liebes Kind, dass ich dich noch so quälen muss. Verzeih mir und vergiss. Schlafe, sieh du schläfst jetzt ein, und ich bin bei dir.« Er küsst ihre Augen und ihr Haar.

»Und bleibst bei mir?« flüstert sie an seinem Mund. »Ach versprich mir, dass du nie mehr an dies Unmögliche denkst.«

Da löscht er die Lampe aus und führt sie langsam durch die dunklen Zimmer hinüber an ihr Bett.

Sie liegt und schluchzt in seinem Arm. Er sitzt neben ihr auf dem Kissen, hält ihren Kopf, bringt Wasser und ein nasses Tuch.

»Nun nicht mehr weinen du, du Allerliebstes. Sieh, dies wird ja vorbeigehn, alles vorbeigehn. Wie viel Jahre Glück hast du mir gegeben, als ich schon dachte, es wäre nirgends Glück mehr für mich. Und nun. Es tut mir so leid, dass du noch sehen musst, wer es war, den du geliebt hast.«

»Du meinst: den ich liebe.« Sie liegt an seinem Hals. »Den ich liebe, du?«

»Ja, den du liebst? Kannst du denn das noch?«

Ein Zittern läuft durch ihren Leib. »Wäre denn sonst das Frühere Liebe gewesen? Und darum nimmst du mich auch mit, wenn du gehst?«

»Keiner von uns geht. Fühlst du mich nicht neben dir? Sag, ja, fühlst du mich?«

»Ich fühle dich.«

Sie weint, sie lächelt, sie legt sich an ihn, sie hält ihn mit ihrem Leib. »Nicht wahr, du weisst, dass ich dich halten kann? Und morgen . . . morgen wird all dies Schreckliche vorbei sein.«

Seine Hand sinkt schwer auf ihre Stirn. »Ja. Morgen«, sagt er. Dann nach einer Pause: »Weisst du, dass ich dir danke?«

»Danken? Wofür?«

»Dass du dies alles verstehst. Nun kenn' ich, nun hab' ich dich erst ganz. Und nun, nicht wahr, nun wirst du lieb sein und schlafen, da du so müde bist.«

Er bleibt neben ihr, flüstert ihr zu. Er streichelt ihre Stirn, ihr Haar, immer wieder, einschläfernd langsam. Müde und dankbar liegt sie da, betäubt, sie weiss nicht mehr wovon. Schon fallen Schleier um sie herum, wogen im Dunkeln vor ihrem Blick. Und sie fühlt einen warmen, freundlichen Traum neben sich, seine Liebe, die sie schaukelt und wiegt, so leicht und leichter noch. Da schreckt sie auf: griff nicht eine fremde Hand nach ihr? Aber sie kann ihn nicht von ihr nehmen . . . Wer sprach denn davon? Er lebt und ist neben ihr und lässt sie sein Kind sein und gibt ihr die Gewissheit, dass nichts auf der Welt mehr ist, an dem sie nicht teil hat. Ach süss ist das so geliebt zu sein. Welches Weib auf der Erde ist geliebt wie sie? Sie schwimmt auf einem breiten, ruhigen Strom dahin, das Gesicht zur Sonne gewandt. Kommt alle und sieht den roten Mantel, der mich trägt. Aber dann ist es der Mantel nicht mehr, die rote Sonne selber liegt auf ihrem Leib. Sie lässt sich treiben, süss bewegt, da wo der grosse selige Strom sie hinführt: weit hinaus in das weiche Meer, grenzenlos gebreitet, und verloren dann zu neuer Form gefügt.

O Tod im Leben, selig seliges Sein.

Ganz still liegt sie nun, eingesunken in die warme, ruhige Flut. Die trägt und hütet sie, die schmeichelt und verspricht. Hab' Dank du, die mich trägt. Aber dann, was ist das? Die weicht unter ihr zurück, und als sie tiefer ihr nachsinkt, ist es, als sänke sie in die Luft hinein, in eine kalte schneidende Morgenluft, in ein Licht, das trostlos fahl über dem Tal der Verdammnis liegt.

Sie fühlt, das Erwachen naht. Ihr müder Körper kämpft es zurück, noch einmal schwindet er wesenlos hin, aber schon schwingt es ihn wieder hoch und nochmals höher und lässt ihn hinaufschwellen in ein schmerzhaftes Bewusstsein: Noch wehr dich, aber wisse, ich komme.

Und dann steht es da, umkrallt ihre Schläfen, schüttelt sie und reisst sie auf. Nun bist du mein, trifft sie der eiserne Hohn.

Sie greift um sich. Wo ist die Hand, die sie hielt, die Flut, die sie trug, das rote Kleid von Sonne, das auf ihr war?

So lässt du mich denn und nahmst mich doch nicht mit? Sie schreckt auf, sucht im Halbdämmerlicht und sucht umsonst. Eine eisige Todesluft trifft ihr Herz.

Alles erstarrt vor dieser ungeheuren Kälte. Gelassen bleibt sie, ein fremdes Ich. Sie weiss, versteht, vertrauend fast: Liegt denn nicht Zuflucht darin, wenn kommt, was kommen muss? Und kommen m u s s t e wohl dies.

Aber dennoch, sie scheut sich es einzugestehen. Sie geht sorglich umher, zieht die Vorhänge vor die dämmernden Scheiben, auch in den Zimmern drüben, und verknotet beim letzten Fenster die Schnur, damit niemand kommt und den Tag herein lässt.

Als sie wieder an ihr Bett tritt, findet sie, dass immer noch ein wenig Licht von draussen da ist, und in diesem selben matten Morgenlicht sieht sie einen lieben dunklen Mantel an ihrem Bett hängen.

Da erschrickt sie und steht mit weiten Augen. Das ferne, tote Eisgebirg bricht über ihr zusammen, trifft ihr lebendiges Herz, ach wie strömt, wie strömt das warme Blut.

Und wie es strömt, nimmt es doch ihr Leben nicht mit. Bleiben muss sie, muss

lauschen, ob nicht ein Geschrei im Hause sich erheben wird, ob nicht Füsse von Trägern zu hören sind draussen im Hof, muss still halten dem, was dieser dumpfe, lastende Tritt ihr heut noch hereinbringt.

Da schreit sie auf und fällt nieder am Bett ihres Knaben, nichts anderes ist mehr auf der Welt, wohin sie fliehen kann.

Aber dann, sie möchte sich loslassen, hinaus, ihm, der von ihr ging, nach ins leuchtende Nichtmehrsein.

Doch wohin sie greift, greift sie ins leere Grau, und zugleich schlingt sich etwas um sie herum, das bindet sie fest mit ihrem eigenen Blut, und ob sie sich wehrt, gibt es sie doch nicht frei sondern zieht ihren Kopf tief und immer tiefer in das Bett des schlafenden Kindes hinein.

XX

LUDWIG FEUTH · DAS PROBLEM DER ENTWICKELUNG GROSS BERLINS



ONDONS Baugeschichte liefert uns ein lehrreiches Beispiel dafür, wie Kurzsichtigkeit und Mangel an vorausschauender Erwägung sich an der Wohlfahrt und dem Vermögen der kommenden Geschlechter versündigen, und wie dann unwiderbringliche ästhetische Werte verloren gehen können. Nach dem grossen Brand des Jahres 1666, der 13200 Häuser verzehrt hatte, stellte Christopher Wren, der geniale Erbauer der Londoner Paulskirche, einen neuen grosszügigen Bebauungsplan auf, dessen Durchführung damals mit verhältnismässig geringen Kosten und Schwierigkeiten möglich gewesen wäre. Indes, die Kommunalverwaltung der Londoner City lehnte ihn ab, und man baute auf den Fundamenten der verbrannten Häuser die alten, winkligen Strassen des Mittelalters von neuem auf. Heute würde es selbst dem mit den Reichtümern fremder Länder gesättigten England unmöglich sein die Kosten für eine Durchführung jenes Wrenschen Projekts aufzubringen, ohne eine Verschiebung des Verhältnisses zwischen mobilem und immobilem Vermögen herbeizuführen, die das Wirtschaftsleben des ganzen Landes gefährden müsste.

Denkt man dagegen an Paris, so könnte man um dieser Schöpfung willen, deren Schönheit alle bewundern, und die für ganz Frankreich eine Quelle des Reichtums geworden ist, seinen Herrschern manches verzeihen. Auch in Wien hat man grosse Taten zu verzeichnen, und man rüstet sich zu grösseren. Es ist das Wien von 1950, für dessen Gestaltung heute die Kommunalverwaltung auf grund einstimmigen Beschlusses des Gemeinderats Vorsorge trifft: 50 Millionen Kronen sind für den Erwerb von Wald und Wiesen bereit gestellt, und ein wundervoller Bebauungsplan ist angenommen worden. Was die Vereinigten Staaten in der freien Hergabe grosser Gelände für die Parkanlagen der Riesenstädte leisten, ist bekannt. Sie erwerben sogar dort, wo Staatsgelände nicht mehr disponibel ist, geeignete Landflächen zu hohen Preisen auf Staatskosten, weil sie erkannt haben, dass man durch geeignete Massnahmen die Nachteile ausgleichen müsse, die sich aus dem engen Zusammenwohnen in den Riesenstädten mit Notwendigkeit ergeben. Welchen immensen Einfluss diese Art von Konzentration menschlichen Lebens auf die Volksgesundheit hat, das zeigt uns deutlich die Statistik über die Mor-

talität. Nachstehend gebe ich einige Zahlen über die Sterblichkeitsverhältnisse in mehreren englischen und deutschen Städten, die im Verein mit den entsprechenden Ziffern für die Gartenstadt Letchworth bei London — die in ihrer Anlage und ihren Institutionen ein vorbildliches Beispiel modernster Stadtgestaltung darstellt — die Verhältnisse klar beleuchten. Es starben auf je 1000 Einwohner in Bethnal Green 19,1 und von 1000 Neugeborenen 155; in Shoreditch 20,6 (163); in Middlesbrough 20,3 (169); im Durchschnitt von 26 englischen Grossstädten 15,9 (145); in Essen 15,53 (139,14); in Heilbronn 22 (205); in Mannheim 17,34 (196); in Magdeburg 19,3 (217); in Köln 17,88 (191); in Nürnberg 18,9 (209); in der Gartenstadt Letchworth 4,8 (38,4). Der menschliche Organismus ist eben den Schäden, die die Massenkonzentration in Riesenstädten mit sich bringt, nicht gewachsen. Um diese Schädigungen zu paralysieren, muss dafür Sorge getragen werden, dass das neue Kulturproblem, das diese Konzentration bietet, rechtzeitig und befriedigend gelöst wird. Für Volk, Kommune und Staat ist es daher eine Lebensfrage, ob es möglich sein wird mit der Steigerung der Bevölkerungsziffer eine Besserung der gesamten Verhältnisse herbeizuführen. Dazu genügen allerdings auch die Vorkehrungen in Wien und in den amerikanischen Städten in keiner Weise, denn es fehlt ihnen vorläufig noch ein wesentliches Element: die Durchführung der *Wohnungsreform*, die mit dem Problem der Schaffung von Riesenstädten unzertrennlich verknüpft ist.

Wir haben in Berlin heute bereits eine enorme Mortalität. Speziell für die Berliner Einzimmerwohnungen ergeben sich entsetzliche Resultate; während im Durchschnitt 20,1 ‰ der Einwohner sterben, beträgt die Sterblichkeit in den Einzimmerwohnungen 163,5 ‰. Und das, obgleich noch einiges von den fiskalischen Wäldern aufrecht steht. Wie soll es nun werden, wenn der Staat die Waldverwüstung¹⁾ weiter betreibt und damit die Grundlagen einer Wandlung zum Bessern aufs schwerste gefährdet? Freilich, mit der Möglichkeit des zeitweiligen Geniessens atembarer und heilsamer Luft in den Stunden der Musse ist es allein nicht getan. Es müssen gesündere Viertel und gesündere Wohnungen geschaffen werden, und ohne eine gründliche Wohnungsreform nützen alle Wälder und Wiesen und Parkstrassen nur wenig. Es erübrigt sich angesichts der mitgeteilten Sterblichkeitsziffer in den Berliner Einzimmerwohnungen dies näher zu begründen; die jetzigen Mietskasernen des Nordens und Nordostens sind die Brutstätten der Tuberkulose, und in der Art der Zusammendrängung der Bevölkerung jeden Geschlechts und Alters in diesen *Wohnungen* ist die Ursache für die physische und moralische Verseuchung grosser Teile unseres Volkes gegeben. Es ist schmerzlich zu sehen, unter welchen Bedingungen der Nachwuchs, die Hoffnung des Landes, dort heranwächst. Hier muss eine Wohnungsreform Wandlung bringen. Das Programm zum Wettbewerb für den Bebauungsplan eines Gross Berlin der Zukunft berücksichtigt zwar ausdrücklich die soziale Seite der Aufgabe: indes, damit ist noch keineswegs gesagt, dass die Architekten, die sich an diesem Wettbewerb beteiligen, ausreichendes Verständnis dafür aufzuweisen haben. Es wäre daher dringend zu empfehlen diese sozialen Aufgaben in einer informativischen Denkschrift, die von berufener Seite verfasst sein müsste, ausgiebig zu erörtern. Mit den Lehren Camillo Sittes und der anderen Meister

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Eine neue Etappe der Waldverwüstung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 308 ff.

des modernen Städtebaus allein ist dem Problem der Riesenstädte nicht beizukommen.

Was indes auch aus dem Wettbewerb hervorgehen mag, man wird noch genügend Zeit haben die soziale Seite des Problems zu erörtern und geeignete Massnahmen vorzuschlagen. Nirgends sonst steht die Prognose für eine zweckmässige, grosszügige, weit umfassende und rechtzeitige Weltstadtentwicklung in wahrhaft modernem Sinn so ungünstig wie in Berlin. Das ist zunächst Schuld des preussischen Staats, der sich gegenüber den in betracht kommenden Fragen der Eingemeindung eines Teils der Vororte, der Erhaltung der Wälder, der Begünstigung der Verkehrsentwicklung usw., so ablehnend verhält, dass die ohnehin nicht starke Initiative der Berliner Kommunalbehörden fast völlig gelähmt wird. Eine weitere Schwierigkeit für die Entwicklung Gross Berlins hat die Kommune selbst geschaffen, indem sie den Norden, Nordosten und Osten durch die Rieselfelderbarriere sperrte. Sicherlich hat nur ein verhältnismässig geringer Teil der Berliner Bevölkerung eine Vorstellung von der Besonderheit und dem ungeheuren Umfang dieses Werkes, das, an und für sich notwendig und nützlich, dort, wo es geschaffen worden ist, auf dem ganzen für die Erweiterung Gross Berlins nach Norden, Nordosten und Osten in betracht kommenden Gelände, vollkommen deplaciert sein würde, wenn nicht Umstände, von denen ich noch sprechen werde, in späterer Zeit den Schaden zum Vorteil zu wandeln vermöchten.

Es handelt sich tatsächlich um eine Sperrung im grössten Stil. Der östliche Rieselfelderkomplex, der an Grösse dem gesamten Weichbild Berlins gleichkommt, beginnt bei Kaulsdorf an der Ostbahn und erstreckt sich, an den Grenzen von Marzahn, Hohenschönhausen und Heinersdorf vorüber, bis nach Niederschönhausen. Er umklammert also den ganzen Osten und Nordosten Berlins durchweg nur in einer Entfernung von einigen Kilometern von den Grenzen des heutigen Berlin entfernt. Dann folgt die einzige verhältnismässig schmale Lücke mit den Ortschaften Französisch Buchholz und Karow. Von dort erstreckt sich nach Norden der zweite, gleichfalls die Grösse des Weichbilds von Berlin erreichende Komplex, der sich von Wilhelmsruh und Niederschönhausen bis zur Schönwalder Forst und bis Schönow bei Bernau einerseits und von Lübars bis Buch andererseits hinzieht. Und anstossend an dieses Gelände hat die Kommune Berlin jetzt noch zur Erweiterung dieses zweiten Rieselfelderkomplexes die Schönwalder Forst erworben, einen prächtigen Hochwald von 4080 Morgen, wohl einen der schönsten nördlich von Berlin. Inmitten dieses Waldes liegt der Gorinsee, der bereits als Enklave des Ritterguts Buch Berliner Stadteigentum war. Übrigens finde ich es sehr merkwürdig, dass Berlin selbst, das sich doch mit vollem Recht gegen die fiskalischen Waldzerstörungen wehrt, an dieser Stelle eine Waldverwüstung grossen Stils betreibt. Wir haben wirklich keinen so grossen Waldreichtum, dass man, lediglich weil es bequem ist eine Erweiterung in unmittelbarem Anschluss an die bisherigen Betriebe vorzunehmen, diesen herrlichen Wald herunterzuschlagen kann, der, nur 12 Kilometer vom heutigen Berliner Weichbild entfernt, noch innerhalb des geplanten Gross Berlin belegen ist. Das Rieselfeldergebiet wird sich also nach dieser Hinzufügung in ununterbrochener Folge von den Wäldern am Wandtitzsee bis zu den Wäldern der Oberspree ausdehnen. Es handelt sich tatsächlich um eine Barriere, an der hier vorläufig

jede Entwicklung zum Stillstand kommt. Denn inmitten des Rieselfeldergebiets kann sich der Grossstädter nicht ansiedeln. Aber nicht die Rieselfelder allein bilden diese Barriere, auch ihr Dunstkreis hemmt die Entwicklung. Das sieht man an Karow, das in der Lücke zwischen den beiden Rieselfelderkomplexen liegt. Obgleich dort die Verbindung mit Berlin gut ist und sonst erhebliche Vorbedingungen für einen Aufschwung vorhanden sind, sanken die Bodenwerte, weil kein Mensch geneigt war sich in den Duftwellen der benachbarten Rieselgüter anzusiedeln. Dadurch gewinnt diese Barriere eine enorme Stärke, und sie bildet auf dieser Seite Berlins ein Hindernis, dessen völlige Überwindung erst der heranwachsenden Generation vorbehalten sein dürfte. Zu einer Zeit entstanden, in der sich die Leiter der Kommune Berlin so wenig Gedanken über die Zukunft der ihnen anvertrauten Reichskapitale machten, dass sie sich sogar die Gelegenheit der Eingemeindung der Berliner Vororte in der kurzsichtigsten Weise entgehen liessen, ist diese sonderbare Anlage, die allen Anforderungen einfachster Überlegung zuwider nicht radial vom Weichbild ausstrahlt sondern konzentrisch um dieses herumgelegt ist, dennoch berufen den Gang der Entwicklung der Weltstadt in der weitestgehenden Weise zu beeinflussen. Jede Entwicklung geht naturgemäss den einfachsten Weg, auf dem die geringsten Hindernisse zu finden sind. Daher wird unsere Zeit ihre Mittel und ihre Kraft nicht an das ungeheure Werk der Verlegung der Rieselfelder wenden, wenn noch ein anderer Weg gegeben ist. An der Rieselfelderbarriere bricht sich infolgedessen heute die Welle der Entwicklung; sie wird nach Nordwesten abgelenkt, in das Waldgebiet an der Nordbahn und am Grossschiffahrtsweg Berlin-Stettin.

Die Beseitigung der Rieselfelder, die uns heute unerträglich belasten würde, wird indessen in fünfzehn bis zwanzig Jahren eine leichte und finanziell vorteilhafte Aktion sein. Denn alsdann wird dieses Land der Rieselfelder für die Bebauung gebraucht, und dann hat es Wert. Aber schon heute können und müssen wir mit aller Kraft darauf hinarbeiten, dass den sozialen Aufgaben der Zeit dereinst auf diesem Gelände Rechnung getragen wird. Ein glücklicher Zufall hat aus behördlicher Kurzsichtigkeit ein Resultat gezeitigt, wie es die tiefste Weisheit nicht besser hätte erzielen können. Als Berlin für insgesamt 24 Millionen Mark dieses Gebiet von mehr als der doppelten Grösse des Berliner Weichbildes erwarb, gewann es gleichzeitig und gewissermassen unbewusst das ungeheure Gelände, dessen die künftige Sechsmillionenstadt für die Durchführung einer grosszügigen modernen Wohnungsreform unbedingt bedarf. Die Grundlage dafür ist der Umstand, dass dieses gesamte Gebiet Eigentum der Kommune Berlin ist. Sie ist daher in der Lage hier die Spekulation auszuschliessen und das Land nach den humanitären Grundsätzen der gemeinnützigen Baugenossenschaften aufzuschliessen.

Technische Schwierigkeiten ergeben sich bei der einstigen Verlegung der Rieselfelder nicht; man kann die Druckrohre beliebig weit legen, und billiges Land ist noch reichlich in der Mark Brandenburg zu finden. Es wäre angebracht rechtzeitig Vorkehrungen für eine allmähliche Verlegung zu treffen. Auf das dringendste wäre auf jeden Fall zu empfehlen den Schönwalder Hochwald zu verschonen und jetzt bereits irgend ein weiter belegenes Ackergelände zur Erweiterung der Rieselfelder zu verwenden.

Mit einigen Worten streife ich noch die künftige Ausdehnung Berlins. Die

Welle der Entwicklung des Westens ist allmählich verebbt; selbst die Untergrundbahn und die Döberitzer Heerstrasse haben nicht vermocht Westend aus seinem Totenschlaf zu erwecken, und es ist nicht wahrscheinlich, dass sich die Hoffnungen der Bodenspekulanten, die sich an jene Einrichtungen knüpfen, fürs erste erfüllen werden. Auch der geniale Versuch die Welle dem Süden zuzulenken ist gescheitert; die Spekulanten, die das Land am Teltowkanal erworben haben, könnte man fast bedauern. Ein neues riesenhaftes Werk der Kultur hat diese an und für sich vortreffliche Schöpfung in den Hintergrund gestellt. Die neue grosse Ader des Verkehrs, der Seekanal von Berlin, ist das belebende Element, das die Richtungslinie der durch die Rieselfeldbarriere nach Nordwesten abgelenkten Welle der Entwicklung bestimmt. Hier werden die grossen Industriezentren Gross Berlins liegen: Hennigsdorf, Pinnow und Oranienburg. Dort, umrahmt von den prächtigen Wäldern der Tegeler Forst, der Stolper Heide und der Falkenhagener Forst, wird sich an der Nordbahn Wohnviertel an Wohnviertel reihen. Schon ist Frohnau, die neue Stadt der Henckel-Donnersmark-Gesellschaft, im Bau begriffen, und die Industrie hat bereits ihren Einzug in ihre neue Stätte begonnen. Dort, wo heute noch schilfbedeckt unter den Weiden der alte Lauf der Havel von jenen längst vergessenen Tagen träumt, als hier die Prachtbarken der Oranierin auf Oranienburg gerudert kamen, da wird sich innerhalb weniger Jahre ein neues, vielgestaltiges Leben entfalten. Und jener Park und jenes Schloss, das einst die Kurfürstin aus Colignys Stamm als weitentlegenen Zufluchtsort vor der Unruhe der Hauptstadt und dem geräuschvollen Treiben des Berliner Hoflebens in Oranienburg sich schuf, werden binnen kurzem durch fortlaufende städtische Besiedelung mit der im Laufe der Zeiten zu ihnen herangewachsenen Reichsmetropole verbunden sein. Wer mag wissen, wie weit sich ihre Grenzen erstrecken werden, wenn abermals 250 Jahre in das Land gezogen sind? Es unterliegt jedenfalls, nachdem wir bereits so weit gelangt sind, keinem Zweifel, dass die ästhetischen und sozialen Probleme, die sich aus der Entwicklung der Riesenstädte ergeben, nunmehr akut geworden sind.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Maurenbrecher

Türkel

Der Gegenrevolution, die in den ersten Tagen nach dem 13. April siegreich zu sein schien, ist die zweite Revolution auf dem Fusse gefolgt. Deutlicher noch als im Sommer 1908 hat sich dabei gezeigt, dass die Kraft der sogenannten *jung-türkischen* Bewegung rein in der Armee, und zwar in dem europäischen, mazedonischen Bestandteil der osmanischen Armee liegt. Hatte diese Armee bereits im Sommer 1908 die ganze Revolution gemacht, so war sie es nun auch, die jetzt wieder die einen Augenblick siegreiche Gegenrevolution stürzte. Es ist

diesmal nicht ohne Blutvergiessen, Kampf, Kriegsgerichte und Hinrichtungen abgegangen. Aber doch folgte eine Aktion so sicher und stetig der andern, dass bereits 10 Tage nach dem Ausbruch der Gegenrevolution in der Nacht vom 23. auf den 24. April die Hauptstadt völlig erobert wurde. Senat und Kammer erklärten sich als Nationalversammlung in Permanenz; der Sultan wurde als des Hochverrats und Verfassungsbruchs hinreichend überführt abgesetzt und verhaftet, die Regierung dem verfassungstreuen Thronfolger übertragen. Die Grundlagen einer neuen, rein parlamentarischen Verfassung wurden bereits im Mai durchberaten und beschlossen. Die mazedonische Armee hat sich bis jetzt als

einheitliche und im Augenblick stärkste politische Kraft in diesem Lande gezeigt. Freilich ist dieses *im Augenblick* stark zu betonen. Einmal hat die Gegenrevolution vom 13. April gezeigt, dass die Offiziere vielleicht nicht immer ihrer Mannschaften Herr bleiben werden. Wenn auch jetzt Soldaten und Offiziere in der siegreichen Truppe einmütig sind, so bleibt bei dem starken Unterschied des Bildungsgrades und der religiösen Anschauung doch ein Auseinanderbrechen beider Teile eine immer mögliche Gefahr für das neue Regime. Andererseits aber, und das scheint die aktuellere Gefahr zu sein, stehen seit dem 13. April die Nationalitäten, soweit sie nicht Osmanen sind, nicht mehr hinter der heute siegreichen Regierung, sind vielmehr ihre Todfeinde geworden. Es ist schon heute offenkundig, dass die Gegenrevolution vom 13. April nicht nur vom Sultan und seiner Clique und von den fanatisierten Priestern sondern in ausgesprochenem Bündnis mit ihnen auch von den *Liberalen* gemacht worden ist, und unter diesem Namen verbergen sich eben die Nationalitäten, die für sich Autonomie erstreben. So sind denn auch unmittelbar hinter dem zweiten Sieg der zentralistischen osmanischen Militärpartei ungeheure Metzeleien zunächst in Armenien ausgebrochen, denen Unruhen in Anatolien (Kleinasien) und Syrien (Damasus) gefolgt sind. Und auch die Führer der Albanesen haben bereits dem Parlament die Forderung vollster staatlicher Autonomie für Albanien und Mazedonien übermittelt; widrigenfalls sie die Revolution proklamieren und den Sultan Abdul Hamid wieder einsetzen würden. In dieser Selbstständigkeitsbewegung der bisher vom Osmanentum unterdrückten Nationalitäten liegt zurzeit die stärkste Gefahr für den Bestand des türkischen Grossstaats. Und es ist aus der Ferne noch gar nicht abzusehen, wer von beiden, die militärischen Zentralisten oder die nationalen Autonomisten, auf die Dauer die Oberhand gewinnen und die endgültige Gestaltung der Dinge in die Hand nehmen wird.

X
Dreibund Diese Unsicherheit der türkischen Zukunft greift bestimmend auch in die internationalen Beziehungen der europäischen Staaten hinüber. Der Sieg der Autonomisten läge meines Erachtens so entschieden im englischen Interesse, dass man allen Grund hat zu glauben, dass bei der

Gegenrevolution vom 13. April die englische Politik ihre Hand im Spiele hatte, worauf tatsächlich mehrere Anzeichen hindeuten. Alle Zukunftspläne der englischen Politik zwischen Ägypten und Indien können nur reifen, wenn der türkische Gesamtstaat zerstört oder wenigstens gänzlich zerrüttet ist. Ist das aber geschehen, so ist das neue englische Weltreich vom Nil bis zum Ganges (und von Kapstadt bis zum Nil!) nur noch eine Frage der Zeit. Alle Nationen, und auch die Proletarier aller Nationen, denen durch eine derart monopolistische Stellung der englischen Bourgeoisie der Atem bis zum Ersticken zusammengeschnürt werden müsste, haben ein lebhaftes Interesse daran, dass dieses Zukunftsbild englischer Weltherrschaft nicht verwirklicht werde. Und dazu ist im Augenblick die sicherste Vorbedingung die Erhaltung der gesamtstaatlichen Energie und Disziplin in der sich verjüngenden Türkei. Die Herrschaft der osmanischen Militärpartei ist daher das, was auch wir um unserer selbst willen wünschen müssen. In diesem Punkt hat die deutsch-österreichische Orientpolitik der Regierungen wirklich das Interesse der Nationen, und auch der Proletarier in diesen Nationen, gewahrt. Hier hat das Bündnis der deutschen und der österreichischen Regierung zurzeit auch seine aktuellste Bedeutung und die Garantie seiner Dauer. Es ist aber darüber hinaus ein sehr erfreuliches Zeichen für die Entspannung der internationalen Lage, dass alle Interessengegensätze Österreichs und Italiens in Balkanfragen nicht vermocht haben den formellen Bestand des Dreibunds zu erschüttern. Italien könnte die Ziele grosser Politik, die für seine Bourgeoisie traditionell sind, nur bei Zerrüttung des türkischen Gesamtstaats durchführen; denn sowohl Albanien wie Tripolis, die beiden Gegenüber Italiens jenseits der Meere, sind zurzeit feste Bestandteile des türkischen Reichs. Das ist es, was es in kritischen Zeiten immer wieder auf die Seite Englands gedrängt hat und auch ferner drängen wird. Demgegenüber muss es Ziel der deutsch-österreichischen Politik sein es vom formellen Anschluss an die englisch-antideutsche Koalition so lange fern zu halten wie es nur eben geht. Es ist also ein nicht nur kindliches sondern sogar recht gefährliches Vergnügen den Dreibund vor der Zeit totzusagen und jetzt schon davon zu reden, dass er im Jahre 1913 unter keinen Umständen werde erneuert werden. Viel richtiger ist es die

Welt auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass Italiens Zugehörigkeit zum Dreibund zurzeit noch besteht und auch durch die jüngste Krisis formell noch nicht verändert wurde. Das war der Zweck des Besuchs, den der deutsche Kaiser auf der Rückkehr von Korfu dem italienischen König gemacht hat, und der Reden und Telegramme, die dabei und danach gewechselt wurden. So wenig die internationale Politik durch solche Fürstenbesuche gemacht wird, so sehr kann unter Umständen ein solcher Besuch doch ein Symptom und eine Feststellung sein, die auch ihren Wert hat. Jedenfalls kann es nicht im Interesse einer international-proletarischen Politik liegen sich von London aus vor der Zeit suggerieren zu lassen, dass Italien fest und endgültig zur englischen Gruppe hinübergeglitten sei. Um der Deutlichkeit willen sei bemerkt, dass dieser Satz sich gegen einen Artikel des Genossen Beer in der *Fränkischen Tagespost* vom 24. Mai richtet.

× **Finanzreform** Von den Arbeiten der Reichsfinanzreformkommission ist in dieser Rundschau zuletzt die Rede gewesen, als die Abstimmung über die Erhaltung der Branntweinliebesgabe zum erstenmal den Antizentrumsblock gesprengt und die Konservativen mit dem Zentrum, die Liberalen aller Schattierungen aber mit der Sozialdemokratie zusammengeführt hatte (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 446). Die Parteikonstellation, die nach langem Schwanken sich damals zuerst festgestellt hatte, ist auch in den letzten 8 Wochen trotz aller Beschwörungsversuche bei jeder entscheidenden Abstimmung wieder zu tage getreten. Zunächst ist die Regierung bald nach Ostern (Rede Bülow's an die süd- und mitteldeutschen Deputationen vom 20. April) vor der konservativen Opposition einen Schritt zurückgewichen: sie hat die Nachlasssteuer fallen gelassen und wollte nur auf einer verschärften Erbanfallsteuer bestehen. Und der gesamte Liberalismus ist ihr ohne erhebliche Opposition auf diesem Wege gefolgt. Ausserdem kündigte die Regierung an Stelle der in der Kommission abgelehnten Gas-, Elektrizitäts- und Inseratensteuer Ersatzsteuern an, über deren näheren Charakter sie zunächst schwieg. Später teilte sie mit, es handle sich um Erhöhung des Kaffeezolls, Besteuerung der

Zündhölzer und Verschärfung der Fahrkartensteuer. Es soll also an Stelle von Steuern, die das Geschäftsleben und den bemittelten Konsumenten getroffen hätten, auch diese Last auf den notwendigen Bedarf der breitesten Massen abgewälzt werden. Die Kommission wird über die neuen Entwürfe nach Pfingsten verhandeln. Trotz dieses Entgegenkommens gegen ihre Wünsche rückten die Konservativen aber noch einmal in die Opposition. Es galt die Erbschaftssteuer möglichst ganz totzuschlagen und die sogenannten *Besitzsteuern*, wenn man sie nicht ganz vermeiden konnte, möglichst auf das Geldkapital und den städtischen Grundbesitz abzuwälzen. Diesem Zweck diente der Antrag auf eine Wertzuwachssteuer beim Umsatz mobiler und immobiler Werte, der zweimal in etwas verschiedener Gestalt verhandelt wurde. Das eine Mal fiel er mit 14 gegen 14 Stimmen; aber auch der freisinnige Gegenantrag auf Erbschaftssteuer ward mit der selben Stimmengleichheit abgelehnt. Der Block war damit wieder gesprengt. Das zweite Mal vereinigte der konservative Antrag 16 Stimmen gegen 12 auf sich, war also angenommen. Beide Male hatten Konservative, Zentrum und Polen geschlossen gegen Gesamtliberalismus und Sozialdemokratie gestanden. Die Blockkonstellation war, trotz aller Bemühungen der Regierung, in der realen Abstimmung zu gunsten einer neuen Gruppierung in agrarische und antiagrarische Parteien zersprengt. Die Regierung selbst hat unverdrossen erklärt die Reform nicht gegen die Liberalen machen zu wollen; der Schatzsekretär persönlich hat sich noch einmal auf die Erbanfallsteuer festgelegt; und der preussische Finanzminister hat sich der konservativen Wertzuwachssteuer gegenüber im preussischen Herrenhaus sehr skeptisch geäußert. Die Parteien selbst aber sind so scharf an einander geraten, dass der nationalliberale Vorsitzende der Finanzkommission Paasche sein Amt niederlegte und einem Konservativen Platz machte. Die neuesten konservativen Anträge wurden von dem Freisinnigen Mommsen als *Raub*, von dem Nationalliberalen Paasche als *unannehmbar* bezeichnet. Trotzdem hat die neue Mehrheit sich nicht stören lassen in rascher Arbeit alle noch schwebenden Vorlagen aufzuarbeiten, um ihre Steuerreform Mitte Juni an das Plenum bringen zu können.

×

×

Kurze Chronik Die Justizkommission des preussischen Landtags hat die sozialdemokratischen und freisinnigen Anträge abgelehnt, wonach auf Wunsch des Abgeordnetenhauses ein Strafvollzug gegen Abgeordnete auf die Dauer der Session suspendiert werden müsste. X Der Sultan von Marokko hat Mitte Mai eine Proklamation erlassen, in der er sich entschuldigt, dass er noch nicht, wie die Algecirasakte verlangt, Europäern habe das Recht geben können Grundbesitz in der Nachbarschaft der Küstenstädte zu erwerben. Er begründet dieses Hinausschieben damit, dass seine Herrschaft noch zu jung und zu unbefestigt sei, um für die Sicherheit der Europäer Garantie leisten zu können. X Das Plenum des preussischen Abgeordnetenhauses hat dem Antrag seiner Mandatsprüfungskommission auf Kassierung von 4 Berliner sozialdemokratischen Mandaten (siehe den Artikel Arons' *Terrorismus* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 611 ff.) zugestimmt. X Das Schiedsgericht zwischen Deutschland und Frankreich in der Frage der französischen Fremdenlegionäre in Casablanca hat am 22. Mai seinen Spruch gefällt. Es bestätigt im wesentlichen die Darstellung, die seinerzeit von der französischen Regierung gegeben war, belastet aber einen untergeordneten Konsulsbeamten und nicht den deutschen Konsul selbst und weist auch die körperlichen Angriffe der französischen Soldaten gegen jenen Beamten als ungerechtfertigt zurück. X Das preussische Herrenhaus hat nach längerem Sträuben seinen Widerspruch gegen die vom Abgeordnetenhaus erledigte Lehrbesoldungsvorlage zurückgezogen und ist den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses beigetreten. X Bei den Neuwahlen zum finnischen Landtag erreichten die Sozialdemokraten 40 % der abgegebenen Stimmen und 84 von 200 Abgeordneten.

X Literatur

Über die türkische Revolution des Sommers 1908 und über ihre Konsequenzen für die internationale Politik hat Dr. Paul Rohrbach eine sehr lehrreiche und aufklärende Arbeit geschrieben. Rohrbach hat den meisten, die über diese Dinge geschrieben haben, gegenüber den einen grossen Vorsprung, dass er nicht nur Konstantinopel und seine Journalisten sondern vor allem auch die orientalische

Bevölkerung selbst kennt. Im letzten Jahrzehnt hat er in mehreren grossen Forschungsreisen Anatolien, Syrien, Palästina, Armenien und anderes wirklich gesehen, und er hat eine prachtvolle Begabung mit den Eingeborenen selbst zu verkehren und etwas Wirkliches zu sehen und zu hören. Seine neueste Arbeit ist als Nachtrag zu seinem grösseren Buch *Deutschland unter den Weltvölkern* /Berlin, Buchverlag der *Hilfe*/ erschienen, aber auch separat unter dem Titel *Das politische Krisengebiet Europas 1908-1909*. Rohrbach ist seiner politischen Parteistellung nach alter Nationalsozialer rechten Flügels. Das wird ihm manchem Parteigenossen von vornherein unsympathisch machen. Trotzdem bleibt bestehen, dass er für die Aufhellung tatsächlicher Beziehungen und wirklicher Hintergründe der internationalen Politik auch uns als ein guter und zuverlässiger Führer dienen kann. In diesem Sinne sei sowohl sein grösseres Buch wie dieser Nachtrag allen denjenigen Parteigenossen empfohlen, die über die Tatsachen der auswärtigen Politik zunächst einmal etwas Tatsächliches zu wissen wünschen.

Wirtschaft / Rudolf Wissell

Arbeitsmarkt Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage lässt sich vor allem aus dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit erkennen, die noch nie so gross gewesen ist wie im 1. Quartal dieses Jahres. Die Arbeitslosigkeit betraf nach den Berichten der Gewerkschaften an das reichsstatistische Amt im 1. Quartal 1907 6,5 % der Mitglieder, im 2. Quartal 6,1, im 3. 6,7 und im 4. 7,1 %; für das Jahr 1908 ergaben sich in den gleichen Zeiträumen 9,2, 9,4, 9,6 und 11,2 %, während sich die Durchschnittsquote für das 1. Quartal dieses Jahres auf 12,7 % stellt. Die berichtenden Verbände hatten im 1. Vierteljahr 1909 161 583 Fälle von Arbeitslosigkeit am Orte mit 3 130 951 Arbeitslosen Tagen und ausserdem 142 997 Arbeitslosentage auf der Reise zu verzeichnen. Die Dauer eines Arbeitslosenfalles am Orte war im Gesamtdurchschnitt aller Verbände 22,7 Tage. Die Zahl der Tage, für die Unterstützung gezahlt wurde, betrug 2 348 777. Naturgemäss deckt sich die Zahl der Unterstützungstage, der Karenzzeit wegen, nicht mit der Zahl der Arbeitslosentage. Die gezahlte Unterstützungssumme belief sich auf 2 965 112 M.

Ein Vergleich dieser Zahlen mit denen für den gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres ist nicht so ohne weiteres möglich, weil die Zahl der berichtenden Verbände differiert. Indes lässt die Steigerung der Arbeitslosenunterstützung bei den gleichen Verbänden, die im 1. Quartal 1908 1701833 M. und in diesem Jahre 2814680 M. betrug, die fortschreitende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Zeitraum erkennen. Diese Verschlechterung spiegelt sich auch deutlich in den zuletzt bekannt gegebenen Abrechnungen für 1908 der beiden grössten deutschen Organisationen, des Metallarbeiter- und des Holzarbeiterverbandes, wider. Ein Vergleich dieser Abrechnung mit denen der beiden Vorjahre ergibt folgendes Bild: Die Ausgaben des Metallarbeiterverbandes für Reise- und Arbeitslosenunterstützung betrugen im Jahre 1906 811548 M., 1907 1257817 M. und 1908 3495166 M.; die des Holzarbeiterverbandes 1906 435789 M., 1907 594646 M. und 1908 1076966 M. Dabei wäre noch zu berücksichtigen, dass die Mitgliederzahl dieser Verbände von 1906 zu 1907 gestiegen ist, wodurch die Steigerung der Ausgaben erklärlich wird, dass diese Zahl aber im Jahre 1908 doch eine geringere ist als 1907.

Inzwischen hat zwar der April und Mai grössere Arbeitsgelegenheit gebracht, aber die Hoffnungen, die namentlich auf eine Belebung der Bautätigkeit gesetzt wurden, sind nicht im entferntesten in Erfüllung gegangen.

× Eisenindustrie Namentlich in der Eisenindustrie wird lebhaft geklagt, dass die Nachfrage nach eisernen Trägern für Bauzwecke auch nicht annähernd den Erwartungen entsprochen hat. Die Absatzverhältnisse sind bisher in diesem Jahre noch schlechter als im vorigen. Die erheblicheren Abschlüsse nach dem Ausland sind nicht das Zeichen einer Geschäftsbelebung, denn sie sind erfolgt, um nur überhaupt Absatz für die Produktion zu haben. Dabei ist schon die Roheisenproduktion im deutschen Zollgebiet von 13045760 t in 1907 auf 11813511 t in 1908 zurückgegangen. In den letzten Wochen kamen aus den Vereinigten Staaten Berichte über eine Besserung der Lage in der Eisenindustrie, die indes nur mit grosser Skepsis aufzunehmen sind, denn sie stehen mit den bisherigen Berichten im Widerspruch. Sicher ist in Deutsch-

land von einer Besserung noch nichts zu spüren. Hat doch auch erst der Stahlwerksverband, der gedrückten Marktlage wegen, die sogenannte *Tonnendividende* von 8 auf 3 M. für die t herabgesetzt. Das ist ein deutliches Zeichen für die schlechten Absatzverhältnisse.

× Montanindustrie Bei dieser Sachlage könnte es im erstem Augenblick etwas wunderlich erscheinen, dass in den letzten Wochen die *Gelsenkirchener Bergwerks A. G.* den schon längst in Aussicht genommenen Beschluss gefasst hat das Grundkapital von 130 auf 156 Mill. M. zur Erweiterung der Produktion zu erhöhen. Aber die Produktionserweiterung verfolgt den Zweck die Produktionskosten zu verhindern, denn das genannte Werk will die Produktion auch auf die Fertigfabrikation erstrecken. Es ist einleuchtend, dass bei einem Werk, das auch die Roh- und Halbfabrikate erzeugt, die Kosten für die Fertigfabrikate geringer sein müssen als bei solchen Werken, die gezwungen sind die Roh- und Halbfabrikate erst zu kaufen. Dieser Vorsprung gegenüber der Konkurrenz drückt sich durch billigere Preise oder höheren Profit aus. Aber auch rein volkswirtschaftlich betrachtet ist das ein Fortschritt. Mit der Durchführung des gefassten Beschlusses ist die Gelsenkirchener Gesellschaft mit ihren 156 Mill. M. Aktienkapital und 70 Mill. M. Anleihen an die zweite Stelle der gleichartigen deutschen Unternehmungen gerückt, deren erste Stelle die Firma Krupp mit 181 Mill. M. Aktienkapital und 84 Mill. M. Anleihen einnimmt. An dritter Stelle steht die *Phönix, A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb* in Hörde mit 100 Mill. M. Aktienkapital und 35 Mill. M. Anleihe, und an vierter Stelle die Firma Thyssen & Co., über deren Kapitalverhältnisse allerdings keine Angaben vorliegen.

Die Gelsenkirchener Gesellschaft hat ihren bisherigen Aktionären auf die neu ausgegebenen 26 Mill. M. ein Vorkaufrecht zum Kurse von 137½ % zugestanden. Da der Kurs ihrer Aktien am 31. März auf 180,75 stand, ist damit den Aktionären ein Geschenk von 11245000 M. gemacht worden.

Ganz allgemein betrachtet und die wirtschaftliche Lage zunächst ausser acht gelassen, scheinen sich der Entwicklung dieser Riesenbetriebe aber schliesslich doch Hemmnisse entgegenzustellen, die aus dieser Entwicklung selbst entspringen.

gen. Vielleicht machen sie sich auch bei dem grössten Werk (Krupp) schon jetzt geltend, denn anscheinend ist bei diesem Werk im letzten Jahrzehnt eine erhebliche Entwicklung nicht mehr eingetreten; es ist nur auf seiner Höhe stehen geblieben. Es erscheint nicht so undenkbar, dass schliesslich auch einmal der Punkt erreicht ist, wo eben ein Werk an seiner Grösse krankt.

× ×

Schiffahrt Bei den beiden grossen Reedereigesellschaften Deutschlands, dem *Norddeutschen*

Lloyd und der *Hamburg-Amerika-Linie* ist schon die Frage aufgeworfen, ob die schlechten Geschäftsergebnisse des letzten Jahres nicht etwa auf die Krankheit der Grösse zurückzuführen seien. Der Bruttogewinn des *Norddeutschen Lloyd* betrug 1906 31,62 Mill. M., 1907 24,88 Mill. M. und 1908 1,25 Mill. M.; die *Hamburg-Amerika-Linie* hatte in den gleichen Zeitabschnitten einen solchen von 30,58, 23,41 und 14,14 Mill. M. Diese Geschäftsergebnisse des letzten Jahres haben naturgemäss lebhafteste Pressen-angriffe gegen die Geschäftsleitungen hervorgerufen. Dabei sind recht eigentümliche Geschäftspraktiken bekannt geworden. Beide Gesellschaften haben versucht durch stillschweigende Reserveentnahmen den Gewinnausfall kleiner erscheinen zu lassen als er tatsächlich ist. So soll bei dem *Norddeutschen Lloyd* statt des Buchgewinns von 1,25 Mill. M. in Wirklichkeit ein Verlust von 4,27 Mill. M. vorhanden sein. Was aber wichtiger als diese gewissermassen persönlichen Angriffe erscheint, ist die auch zugleich aufgeworfene weitere Frage, ob die beiden Reedereien nicht schon an ihrer Grösse kranken, und ob es sich nicht empfiehlt einen Teil des Betriebs an Tochtergesellschaften abzugeben. Es handelt sich hier in der Tat um eine für das heutige Wirtschafts-wesen wichtige Frage, und es verlohnte sich einmal eine eingehende Untersuchung, ob nicht der Entwicklung eines Unternehmens eine bestimmte Grenze gezogen ist, über die hinaus die Leitung des Betriebs nicht mehr dem Zweck der heutigen Wirtschaftsweise, der Gewinnung von Mehrwert, im vollen Masse entsprechen kann.

× ×

Viehzählung Die Ergebnisse der Viehzählung vom 2. Dezember 1907 liegen nunmehr vor. Danach waren im Deutschen Reich vor-

handen: 4 345 043 Pferde, 942 Maultiere und Maulesel, 10 349 Esel, 20 630 544 Rinder, 22 146 532 Schweine, 7 703 710 Schafe, 3 533 970 Ziegen, 6 901 187 Gänse, 2 819 164 Enten, 66 904 494 Hühner, 477 800 Truthühner, 2 594 690 Bienenstöcke.

Unter den Pferden waren 198 204 unter 1 Jahr alte Fohlen, 190 352 1 bis 2 Jahre alte, 191 718 2 bis 3 Jahre alte, und 213 931 3 bis 4 Jahre alte Pferde.

Über den Viehbestand am Zählungstage sowie über die Schlachtungen, die in der Zeit vom 1. Dezember 1906 bis zum 30. November 1907 erfolgten, gibt folgende Tabelle Aufschluss:

Art	Haus-schlach-tungen	Gewerbliche Schlachtungen	Insgesamt Schlachtungen	Viehbestand am 2. Dezember 1907
Ochsen	6675	578968	585643	1260529
Bullen	9600	428471	438071	203098
Kühe	50213	1580782	1630995	10966998
Jungrinder	32335	928813	961148	6368741
Kälber	94968	4343736	4418704	1831187
Schweine	6087315	16153193	22240508	22146532
Schafe	588649	2183208	2771857	7703710
Ziegen	750675	491074	1241749	3533970

×

×

Fleischverbrauch

Nimmt man die vom Reichsgesundheitsamt für 1906 ermittelten Durchschnittsschlachtgewichte an (330 kg für Ochsen, 310 für Bullen, 240 für Kühe, 185 für Jungrinder, 40 für Kälber, 85 für Schweine, 22 für Schafe und 15 kg für Ziegen), so würden die Schlachtungen für die Zeit vom 1. Dezember 1906 bis zum 30. November 1907 ein Schlachtgewicht von zusammen 3 048 515 t ergeben. Rechnet man noch aus gewerblichen Pferdeschlachtungen 32 015 t und aus der Mehreinfuhr an Fleisch, Schinken, Speck, Fett usw. 184 711 t dazu, so sind für den Verkehr überhaupt 3 265 241 t Fleisch verfügbar gewesen. Das macht auf den Kopf der Bevölkerung 52,7 kg. Nimmt man den sich aus den Haus-schlachtungen ergebenden Verbrauch auf 9,16 kg für das Jahr an, so ergibt sich zusammen mit den gewerblichen Schlachtungen, für die ja durch die Fleischbeschau genaue Zahlen vorliegen, und der Mehreinfuhr für die vollen Jahre 1906 50,07 kg, 1907 52,41 kg, 1908 52,96 kg Fleischverbrauch. Das Jahr 1908 zeigt also noch eine geringe Zunahme des Fleischverbrauchs, während die Statistik

der gewerblichen Schlachtungen für das 1. Vierteljahr 1909 eine Abnahme des Fleischkonsums um etwas mehr als ein halbes Pfund pro Kopf der Bevölkerung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs ersehen lässt.

× **Kurze Chronik** Im 1. Quartal dieses Jahres belief sich die deutsche Einfuhr auf 1932,6

Mill. M. (1908 1933,7 und 1907 2121

Mill. M.); die Ausfuhr auf 1631,1

Mill. M. (1908 1576,3 und 1907 1637,6

Mill. M.) × Der Wert der Einfuhr

Großbritanniens bezifferte sich

im verflossenen 1. Vierteljahr auf 3119,5

Mill. M. (1908 3217,6 Mill. M.); der

der Ausfuhr auf 1774,6 Mill. M. (1908,3

Mill. M. 1908). × Hochwasser und

Überschwemmungen haben im

Jahre 1907 in Preussen einen Schaden

von insgesamt 23 892 076 M. angerichtet.

× Die Auswanderung hat im

Jahre 1908 erheblich abgenommen. Im

Jahre 1907 betrug sie über Bremen

234 013 (17 130 Deutsche und 216 883

Ausländer), 1908 dagegen nur 74 626

(10 122 Deutsche, 64 504 Ausländer);

über Hamburg 1907 155 982 (9250

Deutsche, 144 732 Ausländer), 1908

48 595 Personen (6600 Deutsche, 41 995

Ausländer).

× **Literatur** In der Sammlung *Kultur*

und *Fortschritt* /Leipzig,

Dietrich/ erschien A.

Pöhlmann-Hohenaspes Schrift

Der erste Schritt zu gesunden Fi-

nanzen, in der der Verfasser als Bei-

trag zur Reichsfinanzreform die Ein-

führung von Grundwertsteuern ange-

legentlich empfiehlt. Durch keine andere

Steuer lasse sich der notwendige Aus-

gleich der Lasten, die Stadt und Land

für das Reich zu tragen haben, besser,

leichter und gerechter herbeiführen als

durch die Heranziehung der Boden-

werte als Steuerobjekt. Eine Ein-

schätzung des gesamten vaterländischen

Grund und Bodens sowie seiner Natur-

schätze und -kräfte nach ihrem Ver-

kaufswert, abzüglich der Meliorationen,

müsse als erster Schritt dazu eingeleitet

werden. × In seiner kleinen Broschüre

Die wahren Ursachen der Kohlennot

/Berlin, Walther/ wendet sich O. Har-

mann gegen die Preispolitik der Koh-

lensyndikate. Als Hauptmittel dem

schädigenden Treiben der Kohlensyndi-

katen müsse ein Generalkohlenkonsum-

mentensyndikat entgegengesetzt werden.

× Der 2. Band des *Berliner Jahrbuchs*

für Handel und Industrie, 1908, das von

den Ältesten der Kaufmanns-

schaft herausgegeben wird, bringt die

von den Vertretern der einzelnen Ge-

schäftszweige zusammengestellten Spe-

zialberichte über Berlins Handel und In-

dustrie. × Der 2. Teil des Jahresberichts

der Handelskammer zu Berlin für

1908 enthält zum Teil Auszüge der Ab-

handlungen des *Jahrbuchs*, ergänzt jedoch

dessen Darlegungen auch in vielfacher

und eingehender Weise. In beiden Bü-

chern wird nicht nur das Berliner Er-

werbsleben berücksichtigt, sondern es

werden auch umfassende Rückblicke

auf das ganze deutsche Wirtschaftsleben

geworfen. × In seinem Buch *Die Höher-*

belastung fundierter Bezüge /Berlin,

Trenkel/ gibt Dr. Clemens Wage-

ner einen recht erschöpfenden und

interessanten Überblick über die Ent-

wicklungsgeschichte dieser Forderung

und über ihre praktische Gestaltung in der

bisherigen Steuergesetzgebung des Deut-

schen Reichs, Italiens, Luxemburgs und

Englands. Seine Darlegungen fasst er

dahin zusammen, dass mit der zuneh-

renden Höhererschätzung der Person und

ihrer Arbeit dem Kapital gegenüber, mit

dem Anwachsen der Steuerlasten und

der Verschärfung der Gegensätze von

arm und reich, das dem Gerechtigkeits-

gefühl entspringende Gebot der Höher-

belastung fundierter Bezüge an Boden

gewonnen hat. × Obwohl die Regierung

inzwischen auf die Gas- und Elektrizitäts-

steuer verzichtet hat, ist die *Denkschrift*

zu dem Gesetzentwurf über die Besteuerung

von Elektrizität und Gas /Berlin, Steueraus-

schluss der deutschen Elektrizitäts- und Gasinter-

essenten/ doch eine recht interessante Lektüre. Die

Verfasser, Dr. R. Bürner und Dr. H.

Lux, besprechen eingehend die schäd-

igenden Wirkungen solcher Besteuerung

auf Gewerbe, Verkehrswesen und Land-

wirtschaft. Die durch sie bewirkte Ver-

teuerung und Erschwerung der Pro-

duktion auf den in der Denkschrift be-

sprochenen Gebieten wird als ganz enorm

nachgewiesen.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Hamburg: Pro- Es sind nun 10 Jahre ver-

duktion flossen, seitdem die so viel

umstrittene Hamburger

Konsumgenossenschaft *Produktion* von

einer kleinen Zahl Genossenschafts-enthusiasten ins Leben gerufen wurde, und wenn man heute auf diese Zeitspanne zurückblickt, so kann man ohne Übertreibung sagen, dass es 10 Jahre eines beispiellosen, vielleicht von keiner Seite erhofften Erfolgs gewesen sind. Der kürzlich erschienene Bericht über das 10. Geschäftsjahr, der mit einem Rückblick auf die seitherige Entwicklung der Genossenschaft verknüpft ist, bringt eine Reihe interessanter Einzelheiten dieser Entwicklung.

Den Anstoss zur Begründung der Genossenschaft gab bekanntlich der Streik der Hamburger Hafenarbeiter und Seeleute vom Jahre 1896. Nachdem das Statut, dessen weitgegriffene Aufgaben so manches Kopfschütteln erregten, im Hamburger Gewerkschaftskartell durchberaten und angenommen worden war, fand am 24. Januar 1897 in Anwesenheit von 800 Mitgliedern die konstituierende Versammlung des *Bau-, Konsum- und Sparvereins Produktion* statt. Am 17. Juli konnte die erste Verkaufsstelle eröffnet werden, der bis zum Schluss des Jahres noch 5 weitere folgten. Der Umsatz betrug in diesen ersten 5 Monaten 163 478 M., während die Zahl der Mitglieder auf 2859 stieg. Bis zum Schluss des letzten (10.) Geschäftsjahres hatte sich die Anzahl der Mitglieder auf 35 098 vermehrt; der in 71 Verkaufsstellen erzielte Umsatz betrug 8 041 755 M. und der hierbei erzielte Reinüberschuss 381 234 M., wovon eine Rückvergütung (respektive Rabatt) von $\frac{1}{4}$ % verteilt werden konnte.

Von den von der Genossenschaft abgesetzten Waren wurden im letzten Jahr bereits für $3\frac{1}{2}$ Mill. M. oder 44 % in eigenen Produktivwerkstätten hergestellt oder verändert. An der Spitze der Produktivbetriebe steht die Schlächtereier, die, mit den modernsten maschinellen Einrichtungen ausgestattet, 1908 einen Umsatz von 1 960 246 M. hatte und 60 Angestellte beschäftigte. Es wurden in ihr 10 815 Schweine, 670 Ochsen und 379 Kälber geschlachtet. Die Bäckerei, gleichfalls ein Musterbetrieb, stellte im verflossenen Jahre Waren im Werte von 1 090 081 M. her, darunter auch ein grösseres Quantum Weissgebäck und Kuchen. Sie beschäftigt 54 Angestellte und braucht zur Fortschaffung ihrer Erzeugnisse nach den Verkaufsstellen 9 Gespanne und 2 Automobile. Ausserdem besitzt die *Produktion* noch eine grosse Kaffeerösterei, eine Dampfwascherei, eine

Schlösserei, Tischlerei, Klempnerei. In allen Produktivbetrieben zusammen beschäftigt sie 187 Personen, dazu kommen 66 im Hauptlager, 297 in den Verkaufsstellen und 42 in Kontor und Verwaltung, zusammen also 592 angestellte Personen. Die Arbeitsbedingungen dieser Angestellten sind durchweg sehr günstige; im Kontor und den meisten Produktivbetrieben beträgt die Arbeitszeit 8 Stunden, in den Verkaufsstellen, der Schlächtereier und der Klempnerei 9 Stunden, während die Kutscher eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden haben.

Auch als *Bauverein* hat die Genossenschaft geradezu Vorbildliches geleistet. Ihrem ersten grossen Grundstück in der Wendenstrasse am Kanal, hat sie im Lauf der Jahre noch eine Anzahl weiterer, zum grössten Teil in den Vororten, hinzugefügt. Insgesamt sind auf Grundstücken von rund 900 000 M. Einkaufswert für $3\frac{1}{2}$ Mill. M. Bauwerke errichtet, die neben den Verwaltungs- und Verkaufsstellen 512 gesunde, schöne und preiswerte Wohnungen enthalten.

Endlich ist noch der Tätigkeit der Genossenschaft als *Sparverein* zu gedenken. Dank der vielumstrittenen Einrichtung des Notfonds, derzufolge jedem Mitglied seine Dividende zunächst bis zur Höhe von 100 M. aufgeschoben wird, konnte sie bis Ende 1908 für 11 812 Mitglieder 419 368 M. ansammeln, von denen 4368 Mitglieder im letzten Jahr Abhebungen im Gesamthöhe von 112 704 M. machten. Für wie manches Mitglied mag dieser genossenschaftliche Notfonds in der jetzigen schweren Zeit allgemeiner Arbeitslosigkeit zum Rettungsanker geworden sein. In der eigentlichen Sparkasse der Genossenschaft hatten ausserdem 9637 Einleger Ende des Jahres die erkleckliche Summe von 3 778 058 M. stehen.

In einer verhältnismässig kurzen Spanne Zeit ist die *Produktion* zu einem starken wirtschaftlichen Rückhalt eines grossen Teils der Hamburger Arbeiterschaft geworden. Möge es ihr gelingen im zweiten Dezennium ihres Bestehens immer festeren Fuss in der Bevölkerung zu fassen, um so ihrer selbstgestellten Aufgabe: der wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterschaft, in immer höherem Mass gerecht werden zu können.

× *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine* ×
Die allgemeine schlechte Wirtschaftslage, die massenhafte Arbeitslosigkeit sind im letzten Jahr auch auf die Genossen-

schaftsbewegung nicht ohne Einfluss geblieben und haben sich einem rascheren Vorwärtsschreiten in den Weg gestellt. So kann die G. E. G. diesmal nur über eine weit geringere Umsatzsteigerung berichten als im Vorjahr. Der Warenumsatz der Gesellschaft — zu dessen Bewältigung ausser dem Zentrallager in Hamburg 5 Inlandlager dienten — vermehrte sich von 59 866 220 M. in 1907 auf 65 778 277 M. in 1908 oder um 9,5 %, gegenüber einer Steigerung von fast 30 % im Vorjahr. Er wurde im Verkehr mit 560 (1907 499) angeschlossenen und 921 (920) nicht angeschlossenen Vereinen erzielt. Von diesem Gesamtumsatz entfielen 4 194 401 M. auf das Geschäft in Manufaktur- und Schuhwaren und ein grösserer Posten auf Brennmaterialien. Sonst wurden nur Kolonialwaren und andere Lebensmittel sowie kleinere Haushaltsartikel vermittelt. Ein nicht geringer Teil der verkauften Waren, nämlich für 2 056 440 (1 842 200) M. stammte aus anderen genossenschaftlichen Quellen. Allen voran hat die *Tabakarbeitergenossenschaft*, die ja zu einer eigenen Produktivabteilung der G. E. G. werden wird (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, I. Band, pag. 450), für 695 660 M. Waren geliefert. Von deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften stammten für 53 590 M., vom V. S. K. für 63 450 und von der englischen C. W. S. für 12 130 M. Produkte. Die eigene Kaffeerösterei der Gesellschaft hat ihren Umsatz von 1 398 360 kg im Jahre 1907 auf 1 504 744 kg vermehrt. Wie ich bereits berichtete hat auch der weitere Ausbau der Eigenproduktion im Berichtsjahre Fortschritte gemacht (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, I. Band, pag. 449 ff.).

Der erzielte Reingewinn beträgt diesmal 544 786 M. gegen 504 910 M. im Vorjahr, was einer Steigerung von 7,9 % entspricht. Nach Vorschlag der Verwaltung würde sich die Verteilung dieses Überschusses folgendermassen gestalten: 5 % Kapitaldividende auf die Stammeinlagen = 47 886 M., 2 % Umsatzrückvergütung an die angeschlossenen und 1 % an die nicht angeschlossenen Vereine = 121 587 M., 375 313 M. Zuweisungen an die verschiedenen Fonds, wodurch diese auf den Betrag von 1 275 402 M. = 85 % des Stammkapitals von 1 ½ Mill. M. anschwellen würden. Die Verwaltung beantragt ausserdem die Erhöhung des Stammkapitals um ½ Mill. M. Die Ta-

gesordnung der auf den 17. Juni in Mainz anberaumten Generalversammlung weist ausserdem keine besonders hervorhebenswerten Punkte auf.

× **Gartenstadt bei Nürnberg** ×

Eine Gartenstadt, deren Bewohner hauptsächlich Arbeiter sein werden, ist bei Nürnberg im Entstehen begriffen. Die am 1. September 1908 gegründete Baugenossenschaft beabsichtigt in erster Linie kleine Einfamilienhäuser mit Gärten zu errichten; ausserdem sollen auch Wohlfahrtseinrichtungen auf dem Gebiet der Jugenderrziehung (Spiele, Aufsicht, Musikunterricht etc.), auf dem Gebiet der Gesundheitspflege, der geistigen Bildung der Mitglieder geschaffen werden. Auch ist die Errichtung von Reformgasthäusern zum Kampf gegen den Alkohol in Aussicht genommen.

Mitglied der Genossenschaft kann jeder werden. Der Geschäftsanteil, der bereits die Anwartschaft auf eine Wohnung gibt, beträgt 200 M., und zwar erfolgt die Vermietung der Häuser durch Verlosung, wobei die Anzahl der Lose, die der einzelne zu ziehen berechtigt ist, sich nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Höhe der bereits eingezahlten Geschäftsanteile richtet. Ein Verkauf der Häuser ist ausgeschlossen, um dauernd billige Mieten zu ermöglichen. Das Unternehmen hat in der Bevölkerung grossen Anklang gefunden. Die Mitgliederzahl betrug am 1. März bereits 550, und ununterbrochen treten neue Mitglieder bei.

Erfreulicherweise zeigt auch die Regierung ein recht grosses Entgegenkommen. Sie hat für die Baugenossenschaft ein 80 ha grosses Gelände reserviert, das Raum für 2000 Einfamilienhäuser bietet; und das je nach Bedarf zum Verkauf kommt. Die zunächst abzutretenden 3 ha, auf denen bereits in diesem Sommer der Bau von Häusern beginnen soll, müssen von der Genossenschaft entsprechend den gesetzlichen Vorschriften noch zum Schätzungswert bezahlt werden. Für das übrige Gelände wird der Verkehrsminister vom Landtag die Genehmigung zum Verkauf zu einem ganz billigen Preis verlangen, die auch zweifellos erteilt werden wird.

× **Frankreich** ×

Das französische Arbeitsministerium hat Anfang dieses Jahres eine Statistik über den Stand der Produktiv-, Konsum- und Kreditgenossenschaftsbewegung des Landes veröffentlicht. Frankreich, das

Land der Produktionsassoziationen, zählte demnach am 1. Januar 1908 ohne die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, die zum grössten Teil mit fremden Angestellten arbeiten, 414 dieser Unternehmungen, von denen 50 während des Jahres 1907 neu gegründet waren. Die meisten Produktivgenossenschaften, nämlich 126, finden sich im Baugewerbe, sodann in der Buch-, der Papier- und der Metallindustrie. Bei 399 dieser Genossenschaften, die zur Statistik berichteten, betrug die Mitgliederzahl 17 320; davon ist die grösste die *Familière* in Guise mit 1986 Mitgliedern. 242 Genossenschaften mit 10 457 Mitgliedern beschäftigten in ihren Werkstätten 6181 Arbeiter gegen Lohn, so dass 59,1 % der Arbeit von Nichtmitgliedern geleistet wurde, ein allerdings immer noch weit günstigeres Verhältnis als in den englischen oder deutschen Produktivgenossenschaften. Der Umsatz von 365 Genossenschaften war 52 885 500 fr. Dabei hatten nur 4 Genossenschaften einen Umsatz von über 1 Mill. fr. Die Produktivgenossenschaften sind in 3 Verbände, der *Chambre consultative des associations ouvrières de production* (Paris), der *Fédération des associations ouvrières de production* (Lyon) und der *Bourse des coopératives socialistes de France* (Paris) zusammengeschlossen.

Am 1. Januar 1908 gab es 2301 Konsumvereine in Frankreich oder 135 mehr als im Vorjahr. Davon hatten 2078 eine Mitgliederzahl von 677 998 und einen Umsatz von 216 507 000 fr. Viele von ihnen pflegten nur einen einzigen Zweig der genossenschaftlichen Warenvermittlung oder dienten nur der Eigenproduktion eines bestimmten Bedarfsartikels. So waren 881 ausschliesslich Bäckereigenossenschaften; 479 hatten neben dem allgemeinen Warengeschäft noch einen Bäckereibetrieb. 86 waren Konsumgenossenschaftliche Brauereien (für Gastwirte), 31 ebensolche Schlächtereibetriebe, 16 genossenschaftliche Restaurants, 40 Weinkonsumgenossenschaften, 28 Kohlenverkaufsgenossenschaften. Der grösste Konsumverein ist der Verband der Staatsbeamten in Paris mit 20 000 Mitgliedern und einem Umsatz von 8 Mill. fr. Die Konsumvereine sind in 2 Verbänden vereinigt. Der eine ist die neutrale *Union coopérative des sociétés françaises de consommation* in Paris. Dieser Verband zählt 346 Mitglieder und besitzt auch eine Grosseinkaufsgesellschaft, die 1907 einen Umsatz

von 1 008 307 fr. und einen Überschuss von 3065 fr. machte. Der zweite ist die *Bourse des coopératives socialistes de France* in Paris, der 288 Konsumvereine angeschlossen sind. Auch diese Vereine haben ihre Grosseinkaufsgesellschaft, die einen Umsatz von 3 789 323 fr. erzielte. Die Kreditvereine endlich blühen wie bei uns vorzüglich auf dem Lande. Es wurden am 1. Januar 1908 17 Volksbanken gezählt, davon 1 in Algier. Dagegen bestanden 2168 ländliche Kreditgenossenschaften mit 96 192 Mitgliedern, gegenüber 1638 mit 76 188 Mitgliedern im Jahr vorher. Die ausgeliehene Summe betrug 70 708 456 fr., das Geschäftsguthaben der Mitglieder 5 654 291 fr. Dem *Centre fédératif du crédit populaire en France* in Mentone waren am 1. Juli 1908 892 Kreditgenossenschaften angeschlossen, der *Union des caisses rurales et ouvrières françaises à responsabilité illimitée* 1364. Wie man sieht, ist die französische Genossenschaftsbewegung in ziemlich lebhafter Entwicklung begriffen, wenn auch ihre Resultate noch weit hinter denen der eigentlichen Genossenschaftsländer zurückbleiben. Bedauerlich ist, dass wie seinerzeit in der politischen Bewegung auch hier die Zersplitterung der vorhandenen Kräfte ein rascheres Fortschreiten und eine planmässige Erreichung der gesteckten Ziele verhindert.

X

Kurze Chronik Der 6. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbands deutscher Konsumvereine wird vom 14. bis zum 16. Juni in Mainz abgehalten werden. Auf der Tagesordnung stehen neben den Berichten des Vorstands (Radestock-Dresden) und des Generalsekretärs (Kaufmann-Hamburg), Produzentenkartelle und Konsumentenorganisationen (Dr. Müller-Hamburg), Bericht über die Unterstützungskasse des Verbands (Kaufmann), Genossenschaftliche Ferienheime (Kreischer-Hamburg), Revision der bestehenden Tarifvereinbarungen (von Elm-Hamburg), Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts (Lorenz-Hamburg). X Am 20. Februar hat das preussische Abgeordnetenhaus die Gesellschaftssteuer endgültig abgelehnt. Es treten an ihre Stelle Steuerzuschläge, die aber für die Konsumvereine keine höheren sind als für physische Personen, während Aktiengesellschaften, Bergwerksgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem höheren Steuersatz belegt werden sollen. X

Die Mitgliedschaften Krimmitschau, Glauchau, Gössnitz, Meerane, Schmölln, ferner Herold-Glauchau des *Deutschen Metallarbeitervverbandes* haben zu seiner diesjährigen Generalversammlung einen Antrag gestellt, der die Errichtung von Produktivgenossenschaften bezweckt, die ihre Erzeugnisse an die G. E. G. abzugeben hätten. X Der *Bund der Landwirte* beabsichtigt die Errichtung einer grossen Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, zu der ein Konsortium von Mitgliedern bereits 4 Mill. M. gezeichnet hat. X Die englische *Agricultural Association* umfasste Ende 1908 295 Genossenschaften gegen 168 Ende 1907. Es waren dies 131 Bezugs- und Verwertungsgenossenschaften, 111 Genossenschaften mit kleinem Grundbesitz, 13 Genossenschaftsmolkereien, 21 Kreditkassen und 19 sonstige Genossenschaften. X Die belgische Arbeiterpartei hat eine Schule für Genossenschaftsbeamte errichtet. X Die Grosseinkaufsgesellschaft *Hangya* der ungarischen Konsumvereine, die im letzten Jahr das Fest ihres 10jährigen Bestehens feierte, hatte 1908 bei 842 angeschlossenen Genossenschaften einen Umsatz von 10 522 433 M., 8 % mehr als im Jahr vorher. Von dem Überschuss in Höhe von 82 155 M. wurden 16 100 M. auf den Umsatz der angeschlossenen Vereine rückvergütet, das übrige dem Reserve- und dem Pensionsfonds der Angestellten zugewiesen, der damit die Höhe von 153 000 M. erreichte. X

Literatur

In Deutschland hat sich die genossenschaftliche Initiative der Gründung von Cafés und Restaurants bis jetzt noch nicht zugewandt. Dagegen finden wir in Belgien und Frankreich, zum Teil in Anschluss an die bekannten *Maisons du Peuple*, sowohl in der Stadt als auf dem Land ziemlich zahlreiche derartige Schöpfungen, die zugleich einen Zentralpunkt der genossenschaftlichen und sozialistischen Propaganda darstellen. Wer glaubt in der kleinen Broschüre A. Laroppes *Estaminets et cafés coopératives* aus der Publikationsserie der *Action populaire* einen Überblick über diese Gründungen zumeist der organisierten Arbeiterschaft zu finden, wird sich allerdings enttäuscht sehen. Der Verfasser ist ein begeisterter Anhänger der angeblich politisch neutralen, in Wirklichkeit katholischen genossenschaftlichen Cafés und Restaurants, in denen

er wichtige Pflegestätten des sozialen Friedens sieht, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei einem Glase alkoholfreien Getränks freundschaftlich bei einander sitzen und sich menschlich näher treten. Der Wert, den diese Schöpfungen, von denen der Verfasser einige anschaulich schildert, zweifellos für die Arbeiter haben könnten, besonders weil sie sie vom Wirtshausleben fernhalten, ihnen eine feinere Geselligkeit bieten, sie zu Kunst-, Bildungs-, Sport- und sozialen Zwecken zusammenfassen, wird leider völlig durch die ihnen zugewiesene Aufgabe aufgehoben ihre Mitglieder und Besucher vor dem Gift des Sozialismus und des Klassenkampfes zu bewahren. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, dass eine eifrige und geschickte Propaganda in Gegenden mit noch rückständiger Arbeiterschaft diese genossenschaftlichen Restaurants zu erheblicher Blüte bringen könnte.

Sozialpolitik / Robert Schmidt

Krankenkassenkongress

Die Reichsversicherungsordnung, die gegenwärtig dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorliegt, hat den Krankenkassen Anlass zu der Einberufung eines Kongresses gegeben, auf dem die Vorschläge der Regierung, soweit sie die Krankenkassen angehen, einer eingehenden Besprechung unterzogen wurden. Die Referate hatten Rechtsanwalt Dr. Mayer, Julius Fräsdorf, Albert Kohn, Julius Zaffke, Amtsgerichtsrat Hahn, Abgeordneter Giesberts und die Arbeitersekretäre Gräf und Bauer übernommen. In sehr entschiedener Weise wurde sowohl von den Referenten als auch in der Diskussion die Beschränkung in der Selbstverwaltung zurückgewiesen. Mit der Erweiterung der Versicherung war man einverstanden, jedoch wurde empfohlen die Versicherungspflicht bis zum Jahreseinkommen von 3000 M. und auf die kleinen Gewerbetreibenden auszu dehnen. Ferner verlangte man im Anschluss an die Krankenversicherung die Ausgestaltung der Mutterschaftsversicherung und Gewährung freier ärztlicher Behandlung für die Familienangehörigen der Versicherten. In der Frage der Organisation hätte der Kongress den Standpunkt einer einheitlichen Organisation aufrecht erhalten sollen. Die Konzession für das Weiterbestehen der grossen Betriebskrankenkassen, die Teilung in Orts- und Landkrankenkassen ist durchaus unbegründet. Die Krankenfürsorge hat

mit Berufs- und Betriebsgliederung gar nichts zu tun oder nur insofern als man Betriebe, die besondere Gefahren für die Gesundheit bieten, zu höheren Beiträgen verpflichtet. Ferner hat der Standpunkt des Referenten Frässdorf, der in seinen Leitsätzen den Ärzten verbieten will in wirtschaftlichen Fragen ein Ehrenwort abzugeben, seine grossen Bedenken, die auch dann nicht verschwinden, wenn man einwendet, dass die Hilfeleistung des Arztes nicht mit der Stellung des Arbeiters im Betrieb gleichzustellen ist. Begibt man sich auf die schiefe Ebene den Gebrauch des Koalitionsrechts für einen Stand einzuschränken, dann können die Konsequenzen sehr unangenehme sein.

Hinsichtlich der neu zu errichtenden Landkrankenkassen für landwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten und Hausgewerbetreibende stellte sich der Kongress auf den Standpunkt, dass für diese Kassen volle Selbstverwaltung gefordert werden müsse, da kein Grund vorliege die Rechte einer Arbeiterkategorie niedriger einzuschätzen. Für die freien Hilfskassen forderte man die gleichen Pflichten, aber auch die gleichen Rechte, die den übrigen Kassen zustehen. Es sollen auch für diese Kasse die Beiträge von den Arbeitgebern gezahlt und den Arbeitern bei der Lohnzahlung angerechnet werden. Besonders hervorzuheben wäre noch die Forderung die Altersgrenze für den Bezug von Altersrente auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen, und ferner die einer Erhöhung der in Aussicht genommenen Witwen- und Waisenrenten.

An dem Kongress nahmen 1696 Delegierte (darunter 484 Arbeitgeber, 792 Arbeitnehmer und 420 Beamte) teil, die 1036 Kassen mit 6748 622 Mitgliedern vertraten.

×

×

Zentralverband deutscher Industrieller

Abermals hat diese grosse Unternehmerorganisation in diesem Jahre seinen Delegiertenausschuss zusammenberufen, um gegen einige sozialpolitische Gesetze Stellung zu nehmen. Es ist in diesem Jahre das drittemal, dass die Herren ihre heftigen Angriffe gegen sozialpolitische Fortschritte der Gesetzgebung ertönen lassen. In dieser letzten Sitzung nun, die am 22. April stattfand, zog besonders der Leiter des Verbands, A. Bueck, gegen den Arbeitskammergesetzentwurf los, der angeblich den Unternehmer aus seiner autoritären

Stellung hebt und der Sozialdemokratie in die Hände arbeitet. Man sehe ja jetzt besonders an Frankreich, wohin die Untergrabung von Autorität in Staat und Gesellschaft führe. Es sei ein Zug fast revolutionärer Bewegung durch einen Teil der niederen Beamenschaft gegangen; die Sache mache Schule, denn etwas anderes sei der Beamtentag in Berlin auch nicht. Drohend schloss der Redner: Es werde eine Zeit kommen, in der es die Regierung bedauern wird dieses Gesetz befürwortet zu haben. Die Herren mögen sich gesagt sein lassen: nicht durch dieses Gesetz wird ihre Autorität erschüttert sondern durch ihr Auftreten gegen sozialpolitische Forderungen. Denn ihre Argumente sind sehr geeignet die Arbeiter über ihre wirtschaftliche Abhängigkeit und die wohlwollenden Absichten der Unternehmer aufzuklären.

Natürlich fanden die Beschlüsse der Reichstagskommission, die die Gewerbeordnungsnovelle zu beraten hat, auch keine Gnade vor den Augen der um ihre Autorität besorgten Herren. So wandte sich Regierungsrat ausser Dienst Dr. Bartels besonders gegen die obligatorische Einrichtung der Arbeiterausschüsse und gegen die Einschränkung der Konkurrenzklausel. Auch seine Ausführungen gipfelten in dem in diesen Kreisen üblichen Vorwurf, dass man nur der Sozialdemokratie in die Hände arbeite. Wie gesagt, die Herren irren. Die Betonung des krassen Unternehmerstandpunkts wird uns für die Agitation mehr Dienste leisten als die immerhin bedeutungslose Ausdehnung der Arbeitersausschüsse.

×

×

Unfallversicherung

In 2 sehr umfangreichen Bänden hat das Reichsversicherungsamt die Jahresberichte 1907 der gewerblichen Berufsgenossenschaften über Unfallverhütung veröffentlicht. In diesen Berichten der technischen Aufsichtsbeamten wird eine Fülle wichtigen Materials über Unfallverhütungen, ferner zahlreiche Anregungen für Schutzvorrichtungen an Maschinen und gefährlichen Betriebsrichtungen gegeben. Die Lektüre der Berichte ist keine angenehme, in den Beschreibungen reiht sich Unfall an Unfall, vielfach wohl auch, um darzutun, dass gegen die Tücken vieler Betriebe auch der beste Unfallschutz nichts ausrichten könne. Die Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften wird von

den Berufsgenossenschaften nicht allgemein mit gleichem Eifer betrieben, denn die Zahl der revidierten Betriebe erreicht bei einigen Berufsgenossenschaften noch nicht 10 %, während sie bei anderen bis 95 % und darüber betrug. Auch in der Festsetzung der Strafen bei Übertretung der Unfallverhütungsvorschriften scheinen sehr verschiedene Verfahren Geltung zu haben. So haben 23 Berufsgenossenschaften von 66 überhaupt keine Geldstrafen verfügt. Auffallend ist dagegen die grosse Zahl der Strafen, die von den Baugewerksberufsgenossenschaften erlassen wurden. So verzeichnet die hannoversche Baugewerksberufsgenossenschaft allein 1796 Strafverfügungen. Diese Zahl übersteigt diejenige beträchtlich, die von allen übrigen Berufsgenossenschaften registriert wird. 4 Berufsgenossenschaften haben bisher überhaupt keine technischen Beamten zur Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften angestellt, es sind das die Berufsgenossenschaften der Molkerei-, Brennerei- und Stärkeindustrie, die Töpferei-, Schornsteinfeger- und Privatbahnberufsgenossenschaft. Sollte es nicht möglich sein diese Berufsgenossenschaften im Aufsichtswege zur Erfüllung einer so wichtigen Aufgabe anzuhalten?

×
Kurze Chronik Gegen die neue Reichsversicherungsordnung erheben sich von

allen Seiten scharfe Proteste. Über den Krankenkassenkongress, auf dem die Vorlage scharf kritisiert wurde, habe ich am Anfang dieser Rundschau berichtet. Auf einer Konferenz, die in Kassel tagte, wandten sich auch die Vorsitzenden der Versicherungsanstalten mit zahlreichen Einwänden gegen die Vorlage. Die Angestellten der Berufsgenossenschaften gaben in einer Versammlung, die von 1000 Personen besucht war, ihrer Unzufriedenheit mit der Regelung ihrer Anstellungsverhältnisse Ausdruck. In gleichem Sinn äusserte sich auch ein Kongress der Krankenkassen- und Berufsgenossenschaftsbeamten, den der Zentralverband der Bureauangestellten einberufen hatte. × Ein *Internationaler Reederbund*, dem die Reederorganisationen Englands, Schwedens, Frankreichs, Hollands, Dänemarks, Belgiens und Deutschlands angehören, will sich bei Arbeitseinstellungen gegenseitig unterstützen. × In Österreich sind Bestrebungen im Gange 3 grosse Unternehmerorganisationen zu einem Bund

zusammenzufassen, um gegen die Gewerkschaften Front zu machen; auch soll über den politischen Einfluss dieser Organisation Beratung gepflogen werden. × Nachdem das schwedische Parlament ein Verbot der Nachtarbeit für Frauen ergehen liess, ist Schweden nunmehr auch der Berner Konvention, die ein Verbot solcher Nachtarbeit anstrebt, beigetreten. × In der Schweiz hat ein Ausschuss von Sachverständigen über die Ausgestaltung des Tarifvertrags sich dahin ausgesprochen, dass Verträge, die dem Tarifvertrag in einem Gewerbe widersprechen, ungültig sein müssten, ferner, dass es wünschenswert erscheine Tarifverträge auch auf solche Arbeitgeber auszudehnen, die sich dem Abschluss des Tarifvertrags widersetzen.

×
Literatur Der Verhandlungsbericht

der 5. Generalversammlung des Komitees der *Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz* /Jena, Gustav Fischer/ enthält unter anderem die wichtigen Referate über Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter, über internationale Arbeiterschutzverträge, Heimarbeit, Kinderarbeit und Maximalarbeitstag. × Unter dem Titel *Die Fürsorge für uneheliche Kinder* /Wien, Deuticke/ sind 2 Vorträge erschienen, die die Professoren A. Keller und H. Reicher auf dem vorjährigen Naturforscherkongress in Köln gehalten haben. Beide Vortragende behandeln die so wichtige Frage der Säuglingsfürsorge und fordern einen Schutz für die Schwangere durch die Kommunen. Ferner treten sie der Frage der Findelhäuser näher, und fordern mit grossem Nachdruck die Ausgestaltung der Vormundschaft zu einer Berufsvormundschaft. × Das reichsstatistische Amt hat als 9. und 10. Band seiner *Beiträge zur Arbeiterstatistik* /Berlin, Heymann/ *Die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Gemeindearbeiter in deutschen Städten* erscheinen lassen. Es handelt sich um eine Umfrage des reichsstatistischen Amtes von 1903, die im Jahre 1907 eine Ergänzung erfahren hat. Im 9. Band wird eine sehr detaillierte Darstellung der Löhne- und Arbeitszeiten gegeben, der nun im 10. Band die Bearbeitung der einzelnen Bestimmungen des Arbeitsvertrages gefolgt ist. Das umfangreiche Material haben Regierungsrat Dr. Feig und Dr. Claus recht übersichtlich zusam-

mengestellt und sorgfältig bearbeitet. Unsere Parteigenossen in den Gemeindevertretungen haben hier Gelegenheit interessante Vergleiche über recht verschieden geartete kommunale Sozialpolitik anzustellen. X Der *Zentralverband der Bäcker und Konditoren* hat an den Reichstag eine Denkschrift gerichtet, in der die Antwort auf eine Umfrage bei hervorragenden Ärzten und Sozialpolitikern über die Forderung eines Ruhetages in der Woche wiedergegeben wird. Nahezu uneingeschränkt lauten die Antworten zustimmend; die Begründung bietet auch für die nicht Interessierten manche allgemeingültigen, sozialpolitisch bemerkenswerten Betrachtungen.

WISSENSCHAFT

Hygiene / Heinrich Grün

**Wohnungs-
hygiene** In den letzten Jahren, die auf dem Gebiet sozialer Fürsorge manches Positive brachten, ist auch die Wohnungshygiene mehr in den Mittelpunkt der Erörterungen und Studien gezogen worden. Allerdings ist dies Kapitel von einigen Autoren, wie das auch sonst oft geschieht, dadurch zu theoretisch behandelt worden, dass sie wohl die Hygiene im absoluten Sinn, nicht aber die Volksverhältnisse berücksichtigten. Es sind da in der einschlägigen Literatur direkt ideale Forderungen erhoben worden, doch sobald es sich um die Frage ihrer Realisierung handelt, schweigt des Autors Weisheit. Indes sei betont, dass man unter der grossen Schar von Autoren auch solche findet, die sich durch theoretisches Wissen, sozialpolitisches Verständnis und ihren Mut zu Vorschlägen besonders auszeichnen. Eine besondere Bedeutung haben einige Fachausdrücke gewonnen, denen man in den Zeitungen oft begegnet. Das sind vor allem die Begriffe *Wohnungsnot* und *Wohnungselend*. Ernst Kürz definiert in seiner Schrift *Soziale Hygiene* /Berlin, Urban & Schwarzenberg/ die *Wohnungsnot* als »den am einzelnen Ort bestehenden Mangel an solchen Wohnungen, welche dem Bedürfnis und vor allem den wirtschaftlichen Verhältnissen, dem Einkommen der betreffenden Bevölkerung entsprechen«, und das *Wohnungselend* als »die Summe all der gesundheitlichen, sittlichen und sozialen Übelstände, welche teils die Wohnungsnot teils alle Ursachen der-

selben in den Wohnungen hervorgerufen haben.

In der Wohnungshygiene machen sich zwei Richtungen geltend: die eine fordert die Herstellung und Benutzung gesunder Wohnungen, die zweite eine Wohnungskontrolle, eine Überwachung des gesunden Wohnens. Die erste Richtung ist ein gemeinsames Wirkungsgebiet der wissenschaftlichen Hygieniker, der Techniker, der Baupolizei und noch anderer, die wir als Mitarbeiter an der einschlägigen Literatur wie an den Vorschriften und Verordnungen verzeichnet finden. So kamen unter Mitwirkung dieser Kreise die baupolizeilichen Verordnungen zu stande, die die Bewohner gegen die Gefahren sichern wollen, die a. durch ungenügende Festigkeit der Gebäude, b. durch Mängel der Einrichtungen, c. durch Feuchtigkeit und Unreinlichkeit, d. durch Mangel an Luft und Licht verursacht werden. Allerdings scheitern die besten Vorschriften, wie in vielen wohnungshygienischen Schriften geklagt wird, wenn ihre Durchführung nicht von den Behörden genau überwacht wird. Immerhin hat jedoch die fortschreitende Erkenntnis auch die Behörden schon zu weitergehenden Massnahmen auf dem Gebiet der Wohnungshygiene geführt, die in den Bauordnungen ihren Ausdruck finden. Von diesen Bauordnungen hat jeder Kulturstaat schon eine stattliche Anzahl aufzuweisen, die steten Veränderungen unterliegend und in Einzelheiten von einander abweichend, im grossen und ganzen jedoch genaue Vorschriften enthalten: 1. über die Lage der Wohnhäuser zur Strasse und zu einander, 2. über den überbauungsfähigen Teil eines Grundstücks, 3. über Gestalt und Minimalgrösse der mit Gebäudeteilen ganz oder zum Teil umschlossenen Grundstücksteile, 4. über die Höhe der Gebäude und Geschosse, 5. über die Minimalhöhe der Wohnräume, 6. über die Lage, Anzahl und Konstruktion der Treppen, 7. über die konstruktive Sicherheit, die Verhütung von Feuergefahr, die Vermeidung der Gefahren durch Grundwasser, 8. über die Bedingungen für die Bewohnbarkeit von Keller- und Dachräumen, 9. über Lage und Beschaffenheit von Nebenräumen, wenn diese Menschen zum Aufenthalt dienen sollen, 10. über den Termin der Beziehbarekeit von Wohnungen, 11. über Lage und Einrichtung der Aborte und Stallungen, 12. über die Beseitigungsweise der flüssigen und festen Abfallstoffe.

13. über die Wasserversorgung des Hauses.

Eine besondere Bereicherung der Fachliteratur wie der Theorie überhaupt erfolgte durch die nähere Beschreibung der Wechselbeziehungen zwischen Wohnung und ansteckenden Krankheiten. Diese Spezialwissenschaft, die Hueppe-Prag *Bakteriologie und Biologie der Wohnung* benennt, beschäftigt sich also damit die Einwirkungen von Feuchtigkeit und Schmutzstoffen der Wohnung auf die Gesundheit der Bewohner zu untersuchen und die Krankheitserreger (Gifte und Umsetzungsgifte) zu beschreiben, die sich in feuchtem Gemäuer finden, und denen ansteckende Krankheiten entstammen.

Eine direkt ins Unermessliche wachsende Literatur hat die Lehre von den Abfallstoffen und deren Beseitigung hervorgerufen. Man versteht darunter die Absonderungen der Menschen und Haustiere, den Kehrriech aus Haus und Küche und auch die flüssigen und halbflüssigen Küchenabfälle. Über die Systeme zur Beseitigung menschlicher Sekrete (Gruben-, Kübel-, Tonnensystem, Kanalisation) werde ich noch referieren. Hier will ich noch der englischen *Fever Gases Theorie* gedenken, die annimmt, dass Kana'gase eine Reihe von Infektionskrankheiten hervorrufen können.

Für Wohnungen der Arbeiter können natürlich nicht Schriften gelten, die sich mit der Hygiene des Wohnungsluxus beschäftigen. Immerhin kann aus der einschlägigen Literatur viel Brauchbares entnommen werden. Danach ergeben sich die meisten Übelstände aus der Feuchtigkeit der Wohnungen. Die Behörden erteilen den Benutzungskonsens für Neubauten viel zu früh, und die Arbeiter lassen sich gegen eine Herabsetzung des Mietspreises von den Unternehmern als sogenannte *Trockenwohner* der in kürzester Frist fertig gestellten Mietskasernen gebrauchen. Von fast allen Sozialhygienikern wird geschildert und durch zahlreiche Statistiken bewiesen, dass die Feuchtigkeit der Wohnung mit der Verbreitung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und der Säuglingskrankheiten eng zusammenhängt. Es ist also vollkommen gerechtfertigt, wenn eine grosse Anzahl von Autoren eine strenger gehandhabte Wohnungsaufsicht fordert.

Einen nachweisbaren Einfluss auf die Zahl der Erkrankungen und der Todesfälle hat die Übervölkerung der

Wohnungen. Zuverlässige Statistiker haben berechnet, dass die Übervölkerung der Wohnungen im geraden Verhältnis zu der Zahl der Todesfälle steht. Eine besondere Rolle spielt auch das Schlafstellenwesen. Wohl sind Vorschriften über die Massenquartiere in allen Kulturstaaen vorhanden, in denen sowohl die Höchstzahl der Insassen als hygienische Anordnungen festgesetzt sind, aber leider verzeichnet uns die Literatur immer noch direkt erschreckende Fälle von Wohnungsüberfüllungen, von Brutstätten der Infektions- und Geschlechtskrankheiten, von Kindersterblichkeit, von Unsittlichkeit usw. Von den meisten Autoren wird mit Recht für die Arbeiterwohnungen die Benutzung eines Aborts für jede Partei verlangt.

In ausgezeichnete Weise hat Dr. med. Alfons Fischer *Die hygienischen Mindestanforderungen an die Beschaffenheit der Arbeiterwohnungen* (Sammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/) zusammengestellt und dabei ein sehr brauchbares Material für die Realisierung der hygienischen Wünsche abgegeben.

Kurz gefasste und zugleich klare und für jedermann verständliche Lehren für die Wohnungshygiene findet man in M. Grubers *Merkblatt für gesundes Wohnen*. Freilich, wenn er darin für jeden Bewohner eines Zimmers 12 cbm Luftraum verlangt, so ist das eine Forderung, die mit den wirtschaftlichen Kräften der Arbeiter nicht in Einklang zu bringen ist. Allerdings hat Gruber nur vom absoluten wissenschaftlichen Standpunkt gesprochen, der nur Thesen kennt; die Aufgabe der sozialen Hygiene ist es einen Kompromiss mit den Verhältnissen zu schliessen. Als wirksame Mittel zur Hebung respektive Verhütung der Wohnungsnot dürfen gelten: die Erstellung gesunder und billiger Wohnungen a. durch gemeinnützige Baugenossenschaften, b. durch die Gemeinden selbst.

×
Kurze Chronik Die 8. internationale Tuberkulosekonferenz findet vom 7. bis zum

10. Juni in Stockholm statt. × Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses wurden unter dem Vorsitz des Genossen Dr. Ellenbogen Beratungen über die Unfallversicherung der baugewerblichen Arbeiter gepflogen. × Der österreichische Verwaltungsgerichtshof hat in einer

Klage des Spitalsfonds gegen eine Krankenkasse entschieden, dass Kleiderläuse als Krankheit zu behandeln seien, für deren Behandlung die Kasse die Kosten tragen müsse. X Auf der Generalversammlung des dänischen Vereins zur Bekämpfung der Prostitution erklärten sämtliche Redner, Professor Pontoppidan, Kriminalassessor Cold, Polizeinspektor Schoperlen, übereinstimmend, dass seit der Aufhebung der Reglementierung im Oktober 1906 die sanitären und sittlichen Verhältnisse bedeutend schlechter geworden, und dass die Geschlechtskrankheiten (von 6666 im Jahre 1906 auf 10.249 im Jahre 1908) gestiegen seien. X In Leipzig hielt Dr. Windscheid im Verein für Volkshygiene einen Vortrag über die Berufsnervosität, ihre Entstehung und Verhütung. X Die australische Regierung hat die Einfuhr des weissen Phosphors verboten.

X
Literatur

Eine sonderbare Schrift ist W. Sparks *Über die Be-soldung der Ärzte* /Berlin, Funcke/; ein Angriff auf die ärztliche Wissenschaft, eine merkwürdige Lobpreisung des Nichtstudiums und gleichzeitig ein Hymnus auf diejenigen Personen, die nicht Medizin studiert haben. Man kann über Kurfuscherei denken, wie man will, indes, selbst der am wenigsten zünftlerisch Gesinnte kann unmöglich der Unbildung in einem so verantwortungsvollen Fach das Wort reden. Das einzig Richtige, das die Schrift enthält, ist die Forderung einer staatlichen Ärzteschaft, aber diese Forderung kann man bei sozialdemokratischen Autoren weit besser und geistreicher begründet finden. X In seiner Abhandlung *Schäden und Gefahren der sexuellen Un-sittlichkeit* /Leipzig, Dürr/ gibt Rektor Dr. Wohlrabe eingehende Erläuterungen über die Sittlichkeitsverhältnisse, die gewerbsmässige Unzucht und deren Einwirkung auf den körperlichen, geistigen und moralischen Zustand der Menschen. Er gibt soziale und pädagogische Mittel zum Schutz der Jugend vor den Gefahren des Geschlechtslebens an und unterwirft alle Methoden der Belehrung einer strengen Kritik. Der Autor verfügt über gründliche Kenntnisse auf diesem Gebiet und besitzt vor allem eine ausserordentliche Vorurteilslosigkeit. Das Werkchen ist für Fachleute äusserst lesenswert. X Ein Vortrag des Professors G. von Bunge, *Die zunehmende Un-*

fähigkeit der Frauen ihre Kinder zu stillen /München, Reinhardt/, ist ein interessantes, durch zahlreiche Statistiken und Untersuchungen begründetes Plaidoyer für die Ernährung der Kinder mit der Mutterbrust. Als Ursachen der zunehmenden Stillunfähigkeit stellt Bunge erbliche Disposition (Tuberkulose und Nervenkrankheiten) Alkoholismus in der Familie usw. hin. Bunge gibt zugleich Mittel an, um diesem beklagenswerten Defizit an säugenden Müttern zu steuern. Das Schriftchen muss alle Sozialhygieniker interessieren.

KUNST

Bühnenkunst / Hans Winand

Faustaufführungen Die letzten Wochen brachten die Feuerprobe der Regie-kunst, die mit Max

Reinhardts Namen verknüpft ist. *Faust* von Goethe, der Tragödie erster Teil. Die Kinder des 20. Jahrhunderts müssen sich mit Bescheidenheit wappnen, wenn sie ausziehen einen *Bühnenfaust* zu erleben. Seit dem Jahre des Heils 1829, da zu Braunschweig August Klingemann Goethes Lebenssumme für die Bretter herrichtete, kämpften deutsche Bühnen-männer einen Verzweigungskampf wider den *Faust*. August Wilhelm von Schlegel, Bürgers lieber Sohn in Apoll, ahnte, vor drei Menschengenerationen schon, das U-msonstige dieses Ringens. Um den *Faust* einzufangen, zwischen Rampe, Kulisse und Hintergrund, dazu, meinte er, bedürfte man Faustens Zauberstabes. Diesen Zauberstab besitzt keiner (und keiner wird ihn je besitzen). Auch Max Reinhardt nicht. Der *Faust* ist im Grunde kein technisches Problem; und kaum noch ein darstellerisches. Dass seit dem Jahre 1819, dem Versuch der Berliner Hofgesellschaft, keine Bühne den Goethe-*faust* ganz eroberte, verankert seine Ursachen in psychologischen Gewalten. Vielleicht wäre eine eindruckseinheitliche *Faust*aufführung 1830 noch möglich gewesen. Seitdem türmten die Schwierigkeiten sich höher mit jedem Tage, der zeitlich von Goethe sich entfernte; mit jedem Jahre, da man den *Faust* inniger begriff und erlebte. *Faust* ist der Nachwelt kein Einzeleben mehr, das in der Spiegelung eines Genies Makrokosmos und Mikrokosmos einigt. Die *Faust*-gestalt ist späterem Bewusstsein über das Einzelschicksal hinausgewachsen. Seine Dimensionen haben die Grenzlinien eines bestimmten Individuums gesprengt. Er

ist zu einer Idee geworden, die — seitdem die Vorstellung die Skala von Faust zum Begriff des *Faustischen* durchlaufen — unser Erleben und Werten begleitet. Diese Fülle auseinanderstrebender Assoziationen wird nie restlos in dem Rahmen einer Abendvorstellung zurückgebannt werden; so wenig, wie etwa ein Schauspieler einen Christus, ja selbst einen Don Juan spielen wird, der alle letzte Gefühlswerte zum Schwingen bringt, die die Begriffe *Christus* oder *Don Juan* umfassen. Es tut gut, dies zu sagen, ehe man über einen verwandten Versuch spricht.

Immerhin blieb mehr zu fassen als die Aufführung des *Deutschen Theaters* fasste und rettete. Man soll Reinhardt keinen Strick daraus winden, dass seine Bühne kein Darstellungsgenie von Dimensionen eines Mitterwurzers in den Kampf senden kann. Er kann nichts dafür. Er tut, was er kann: aber mehr als er sollte. Diese *Faust*aufführung — immer wieder keimt der Drang zu sagen: diese *Faust*inszenierung — gibt einen Endpunkt dessen, was dem Regisseur Reinhardt erreichbar; doch auch die schmerzliche Aussicht auf das, was seiner Kunst verschlossen bleibt. In fünf Jahren rastlosen Suchens liegt die Entwicklungsgeschichte einer neuen Dekorationskunst zu Tage. Von tastendem Wagen und rücksichtslosem Erproben führt die Bahn zu diesem *Faust*. Über innere Stilwidrigkeiten, Dissonanzen, über niegehörte Harmonien bis zu dieser letzten gerundeten Einheitlichkeit des Szenischen, die freilich die Maske ruhiger Selbstverständlichkeit noch nicht zu tragen weiss und immer wieder, in unbewachter Sekunde, zur Selbstkokerterie zurückfällt. Das Errungene enthüllt die Frage: worin, wie weit vermögen das Bild, die *Stimmung* der Kulisse, die Abtönung der Formwerte, die Symbolik der Farbe, die Mystik des Schattenspiels, das Geheimnis des Lichts und der Atmosphäre, die Formengewalt des Linienspiels eine vor dem Letzten strauchelnde Darstellungskunst zu stützen? Ich stocke, zögere; doch schwer wird's, anders zu reden als: gar nicht. Was bei einer Maeterlinckdarstellung, bei Hofmannsthal ein köstlicher Gewinn, wird hier, am *Faust*, zum kalten Minus. Man könnte in dieser *Faust*aufführung auch szenisch noch manches anders empfinden — die Zwingerszene etwa, auch Marthens Raum, vielleicht auch die Kirche —, aber *Verbesserungen* würden nie zur

Steigerung. Die jetzt erreichte — Verzeihung — *stilisierte Naturalistik* wäre vielleicht Gewinn inmitten höchster Schauspielerschaften. In dieser *Faust*aufführung wird sie zum Feind des Darstellers: weil sie die Aufnahmebegierde der Sinne zum Höchsten steigert, die Wertung emporschraubt, das Verlangen schürt und damit die Relativität des Darstellerischen betont statt verschleiert. Die Höchstdifferenzierung der Hilfsmittel steigert das Verlangen an das Schauspielersische: inmitten solcher Kulissen will man einen Faust von Mitterwurzer — der ihn, glaube ich, nie gespielt —; einen Kaiznischen Mephisto. So zeigt sich an höchsten Aufgaben der Rechenfehler eines phantasiereichen Regisseurs, der durch Verschönerung des Spielfeldes den Schauspieler stützen wollte: und in Wahrheit nur das Distancegefühl im Beschauer steigert. Die dreifache Besetzung, ein wenig posaunenhaft verkündet, stärkt dies Gefühl. Kaysslers Faust, von parsifalhafter Reinheit des Fühlens, muss das Lodernde Faustscher Leidenschaft liegen lassen und schiebt das ihm Unzugängliche in die friedlichere Sphäre schönen Seelenedelmuts. Moissi daneben, der phantasiezuckende Sänger, pochte mit schlankem Italienerfinger umsonst an die Pforten nordischer Grüblerleidenschaft und metaphysischer Weltallsehnacht. Romanische Freude an den Formen aller Erscheinung übertönt die tragische Religiosität des Wissensdranges: Ich glaube ihm nicht, dass die Erkenntnis des Nichtwissenkönnens ihm schier das Herz verbrennen will. Wenn er Mephisto die Hand zum Pakt reicht, ist's nicht die tragische Resignation des Pessimisten, der im Genuss eine letzte Möglichkeit zur Erkenntnis sucht, sondern der lebenshungrige Romane, der nach fruchtloser Arbeit bereut die bunten Genussmöglichkeiten des irdischen Seins verpasst zu haben. Die Reue um ein versäumtes Genussleben gibt dem Entschluss den Unterton. Daraus — es gibt kein Fallen, das nicht zugleich ein Steigen wäre — ersteht eine neue Kraft: dieser erdensüchtige Faust konnte den Liebesszenen einen Zauber der Zärtlichkeit, eine Ganzheit der Hingabe, eine Musik der Seligkeit leihen, die — wenn gleich unaufstisch — unwiderstehlich ist und darum unwidersprochen bleiben muss. Schildkrauts Mephisto brachte weniger als ich erwartete; doch auch Wegeners geistzuckende Verkörperung fand nicht den Weg zu den schlanken,

fast stählernen Linien der Goetheschen Mephistophelesgestalt: so zerschlug er die unerreichbare Einheit und reihte die Scherben, eckige, runde, spitze, stumpfe, zur wechsellvollen Kette von klugen, schillernden Einzelheiten. Die drei Gretchen Reinhardts aber, die Höflich, die Heims und Camilla Eibenschütz — die letzte zu Beginn in Gefahr im himbeer-süssen Gefühlssee zu ertrinken, jenenoch eine wackere Schwimmerin, die bald ans Ufer sich rettete —, füllten die Umrisse ihrer Aufgaben.

✕
Ibsenzyklus *On revient toujours:* In der Mitte der Bretterwelt thront der Schauspieler; kein prächtiger Thronessel kann ihn retten, wenn die launische Natur das Herrschertalent ihm versagt. Im *Les-singtheater* bleibt dieser Thron bequeme Sitzgelegenheit, hat nichts vom Schmuckstück, kennt keinen Selbstzweck: aber man hat die Herrscher. In langer Reihe sind die Ibsenwerke jetzt an uns vorübergezogen: schwer wird's zu sagen, welches die tiefsten Werte brachte. Denn jeder neue Abend schien die Vorläufer zu töten: und doch stehen sie alle eingegraben in die Erinnerung als Glieder jener kurzen Kette heimlichster Erlebnisse, an die man dereinst denken wird, wenn man im Sterbebettchen liegt, den rätselhaften Gesellen mit der Sense grin-sen sieht und nicht mehr die Faust ballen kann ihn niederzuschlagen. Ich denke an den *Gespensterabend*: Bassermanns Oswald, die schmerzvoll verhaltenen, aus fernsten Muttergefühlsgründen zuckend aufsteigenden Angstwerte dieser (so gar nicht kammerherrinhaften, ja fast biedere-nen, und dennoch tragisch gewaltigen) Frau Alving-Lehmann. Ich sehe die weltfremde Kindlichkeit Sauers als ahnungsreicher Pastor Manders, höre seinen dunkeln, aus fremden Tiefen einer flügelgelähmten armen Seele emporsteigenden Stimmklang. Das war ein Abend, da die schwarze Unabwendbarkeit tragi-schen Geschehens wie ein qualvoll-herber Ring sich über die Seele legte und einem ganz verstohlen, man schämte sich da-bei, die Augen feucht werden liess vor dumpfem, bebendem Verzwiefeln. Die Triesch daneben lässt immer noch Raum für kritisches Abwägen; wenn sie auftritt, kompnen lange Strecken ruhiger Bewunderung artistischer Meisterschaft; man denkt: famos macht sie dies, prach-tvoll jenes . . . und möchte sie manch-mal bitten: nicht zu deutlich; wir wissen,

wir wissen; ach, lasse unserer Scham noch ein Etwas zum Erraten. Bis-dann die Augenblicke kommen, da eine tiefschwarz aufquellende Leidenschaft Dämonenfittiche breitet: eine blutende Seele schreit in Qualen auf und hebt dabei eine meisterhafte *Schauspielerin* zu Höchstpunkten schauspielerischer Grösse.

✕
Berliner Bühnen Ich möchte nach diesen Abenden nicht von anderen sprechen: etwa, dass man

im *Hebbeltheater* Andrejews *Möwe* gab und kurz danach das waschechte (und schlecht zusammengestrichene) fran-zösische Einbrecherstück *Arsène Lupin*. Oder dass man hier diese, dort jene alte Posse mit Gesang spielt; oder dass die Ägide Lindau im königlichen Schauspiel-hause für die Abonnenten eine gutabge-rundete und leichtvergessliche — Ibsen-aufführung veranstaltet hat, *Nora* näm-lich, besser *Ein Puppenheim*.

Ein grosser Eindruck bleibt zu beich-ten: Anna Pawlowa, Ewgenia Edwardowa, Solotänzerinnen des kaiserlich russischen Balletts aus Petersburg. Doch um davon zu sprechen, muss ich noch mehr Superlative suchen als diesmal Raum fänden. Sie bleiben der nächsten Rundschau vorbehalten.

✕
Kurze Chronik Die neugegründete *Aka-demische Bühne* hat Raffs *Letztem Streich der Königin von Navarra* inzwischen zwei weitere Aufführungen folgen lassen: im *Hebbeltheater* Wedekinds trotz aller thea-tralischen Mängel köstlich erheiternden Schwank *Die junge Welt* und im *Les-singtheater* das schlechte, ehrliche (in der Gestaltung einiger neckischen Zärt-lichkeitsszenen nicht unbegabte) Werk eines jungen Ungarn, mit Namen Fekete. Es führt den Titel *Die Verhüllte*, könnte ebenso gut *Der Schrei nach Quecksilber* heissen und steht völlig im Dienst höch-ster hygienischer Ziele. ✕ In den *Kam-merspielen* lächelte und weinte Eleo-nora Duse an zwei Abenden, und liess die Andächtigen schwermütig zu-rück. ✕ Max Reinhardt, der während der Sommerspielzeit im Münchener *Künstlertheater* die Leitung übernimmt, wird seine Neueinstudierungen klassi-scher Werke mit *Hamlet* eröffnen.

✕
Literatur Ausgezeichnete Wesensbil-der Berliner und Wiener Bühnenkünstler gibt das Buch *Deutsche Schauspieler* von Julius

Bab und Willi Handl /Berlin, Oesterheld/. Das Werk hätte vielleicht an Wert gewonnen, wenn man die Anwendung der Taineschen Milieutheorie auf die Wesenserklärung einzelner Darsteller zu gunsten der literarischen Nachgestaltung der einzelnen Rollenauffassungen etwas gekürzt hätte. X In einem Buche *Sagen aus Mynheim* /Berlin, Reiss/ gibt Kayssler eine neue Probe seines dichterischen Ehrgeizes, die in ihrer schönen Übereinstimmung mit dem ernst ringenden Wesen des Schauspielers Kayssler das Bild dieser Persönlichkeit glücklich abrundet. X Die vor einiger Zeit erschienenen Memoiren der Helene Odilon /Berlin, Walther/ werden zu dem schauspielerischen Ruf der Künstlerin schwerlich literarischen Ruhm fügen. Denn diese salopp geschriebenen Erinnerungen sind nicht viel mehr als Aufzählungen allerlei kleiner Wechselfälle des Schicksals und Abenteuer des Herzens, die in der ein wenig selbstgefälligen Art der Erzählung jene etwas oberflächliche egozentrische Betrachtungsart verraten, die alle privaten Nichtigkeiten für wesentliche Kapitel der Weltgeschichte ansieht. Einer reizenden Frau und klugen Schauspielerin kann eine mit Anmut getragene kleine Eitelkeit entzückend stehen: wo sie, fern der Persönlichkeit der Schreiberin, aus nüchternen Drucklettern einem entgegenkichert, verliert sie allen Charme und lässt den Leser die Brauen furchen.

KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Elektrizität in der Landwirtschaft Seit einiger Zeit beginnt die Elektrizität als Kraftquelle in der Landwirtschaft mehr und mehr Anwendung zu finden. In vielen Gegenden Deutschlands, vor allem im Süden am Fusse der Alpen und im Gebiete der deutschen Mittelgebirge, werden die natürlichen Wasserkräfte ausgebaut und zu ihrer Verwertung elektrische Überlandzentralen errichtet, von denen aus auch landwirtschaftliche Betriebe bis auf zirka 40 km Entfernung mit Licht und Kraft versorgt werden. Auch die künstlich geschaffenen Wasserkräfte der Talsperren werden besonders in den Rheinlanden und in Schlesien (Marklissa und Mauer) zur Erzeugung elektrischer Kraft für Landwirtschaft und Industrie nutzbar gemacht. An der Nordseeküste hat man zum gleichen Zweck die Kraft

von Ebbe und Flut auszunutzen gelernt. Die erste durch die Kraft des Meeres betriebene Überlandzentrale wird bei Cuxhaven an der Unterelbe errichtet und soll eine tägliche Leistung von 11 000 PS erreichen. In der bayerischen Oberpfalz sucht man schlechte, nicht marktgängige Kohlen durch Erzeugung von Elektrizität für die Bedürfnisse von Industrie und Landwirtschaft zu verwerten, während im Herzen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks auch vollwertige Steinkohle billig genug zu stehen kommt, um das ganze Gebiet zwischen Bochum und Düsseldorf mit elektrischer Energie zu versorgen. Am Rhein bestreicht die mit wohlfeiler Braunkohle gespeiste Überlandzentrale *Berggeist* bei Brühl den ganzen Bezirk zwischen Köln, Bonn und Solingen mit ihrer Elektrizitätslieferung. In der nord-deutschen und besonders in der nordwestdeutschen Tiefebene bergen ausgedehnte Moorflächen einen unerschöpflichen Vorrat an einem noch billigeren Heizstoff. Hier dürfte das Riesenelektrizitätswerk bahnbrechend wirken, das die *Siemens-Schuckert-Werke* in Hamburg im Verein mit dem preussischen Domänenfiskus zu Vossbarg im Markardsmoor errichtet haben. Nach dem Frank-Caroschen Verfahren soll hier Torf mit 60 % Wassergehalt in Generatoröfen vergast und zur Erzeugung von Elektrizität verwendet werden. Von hier aus will man die umliegenden Landwirtschaftsbetriebe und die ostfriesischen Städte Aurich, Emden, Leer, Wilhelmshaven, Norden und Wittmund mit Licht und Kraft versehen. Zu beiden Seiten der Kanäle, deren Bau den Brennstoff für die Kraftzentrale liefert, werden breite Moorstreifen von Torf freigelegt, um zugleich Kulturboden für die innere Siedelung zu gewinnen; denn die Veenkultur der früheren Jahrhunderte hat ergeben, dass die abgetorften Moore, wenn sie alle paar Jahre mit dem in der Ems- und Jademündung massenhaft ausgebagerten Seeschlick gedüngt werden, vorzügliche Dauerweiden, ja sogar Getreideäcker ergeben, die gutem Marschboden an Fruchtbarkeit gleichkommen. Ist auch die Veenkultur in landwirtschaftlich-technischer Beziehung der neuen Hochmoorkultur nicht überlegen, so ist doch der Häuserbau auf abgetorftem Lande weit leichter und billiger zu bewerkstelligen als auf dem tragfähigen Boden des Hochmoors. Nach dem Vorbilde dieses ostfriesischen Elek-

trizitätswerks plant man gegenwärtig die Errichtung einer Überlandzentrale im Lande Hadeln, um die grossen Moorflächen zwischen Lüdینگworth und Wanna auszunutzen. In allen diesen Fällen beruht die Rentabilität der Überlandzentrale darauf, dass sie nicht nur die Landwirtschaft mit ihrem in den einzelnen Jahreszeiten sehr schwankenden Bedarf sondern zugleich und vornehmlich auch industrielle Werke und Städte mit Licht und Kraft versorgt, wodurch eine möglichst gleichmässige dauernde Beschäftigung der Maschinen erreicht wird. Die Rechtsform, in der sich die Landwirte zur Gründung einer Überlandzentrale oder zum Bezug der elektrischen Kraft von einem Unternehmer zusammenschliessen, ist vorwiegend die der eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Im Verlauf der letzten 1½ bis 2 Jahre wurden allein in der Provinz Sachsen 18 Elektrizitätsgenossenschaften gegründet.

Auch die Elektrokultur nach dem Sefströmschen Verfahren, das heisst die Erzeugung einer mit Elektrizität geladenen Atmosphäre über dem betreffenden Acker zwecks Beförderung der Vegetation wird demnächst auf Betreiben der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* auf zwei Versuchsfeldern in der Nähe Berlins, in Falkenrehde und Friedrichsfelde, erprobt werden.

Es lässt sich noch nicht absehen, ob und wie die bevorstehende reichlichere Anwendung der elektrischen Kraft in der Landwirtschaft die Produktivität und Rentabilität der einzelnen Betriebsgrössen beeinflussen wird. Aber es ist doch sehr bemerkenswert, dass in der reichhaltigen Literatur, die sich in letzter Zeit mit diesen Problemen befasste, niemand mehr, soviel ich sehe, die Erwartung hegt, dass nun der Grossbetrieb ein Übergewicht über den Kleinbetrieb erlangen werde. Im Gegenteil, nach der Mitteilung des Ökonomierats Dr. Rabe im deutschen Landwirtschaftsrat ist der Arbeitermangel, unter dem die Grossbetriebe und besonders auch die grösseren Bauernbetriebe leiden, die Haupttriebkraft der auf Bildung von Elektrizitätsgenossenschaften gerichteten Bewegung und deren Träger, die Gutsbesitzer und grösseren Bauern, werden dabei von der Hoffnung geleitet durch Verwendung der elektrischen Kraft wenigstens einigermaßen den Vorsprung auszugleichen, den der mit den Arbeitskräften seiner Familie auskommende Kleinbesitz durch

die neuere Gestaltung des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes erlangt hat. Am wenigsten aber hat der elektrische Pflug, von dem schon vor einem Jahrzehnt gewisse Agrarmarxisten die Überwindung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs erhofften, die an ihn geknüpften phantastischen Erwartungen erfüllt. Noch gibt es ganze Provinzen, in denen kein einziger elektrischer Pflug in Tätigkeit ist, und nach einem im Teltower landwirtschaftlichen Verein gehaltenen Vortrag des Rittergutsbesitzers von Zitzewitz-Besswitz, dem als Begründer der grossen Überlandzentrale im Kreise Rummelsburg und als Referenten des deutschen Landwirtschaftsrats die nötige Sachkenntnis nicht abzusprechen ist, wird der elektrische Pflug in nächster Zeit auch nicht eingeführt werden können, weil seine Zweckmässigkeit noch nicht ausser Zweifel stehe.

× ×

Kurze Chronik Nachdem die vor 15 Jahren begonnenen Erhebungen darüber, wie sich in Preussen die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes tatsächlich vollzieht, bis auf die Provinz Brandenburg beendet sind und in 14 Bänden vorliegen, hielt es das preussische Landesökonomiecollegium für zeitgemäss wiederum die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Preussen zum Gegenstande seiner Verhandlungen zu machen und die Ausdehnung der mit dem Anerbengesetz für die Provinz Westfalen vom 2. Juli 1908 begonnenen Reform auf den ganzen Bereich der Anerbensitte zu fordern. So grosszügig und reich an historischen Kenntnissen und agrarpolitischer Einsicht aber auch das in diesem Sinne gehaltene Referat Serings war, so wurde es doch der in einem immerhin recht grossen Teil Deutschlands üblichen Naturalteilung nicht gerecht. Wenn er nun gar verlangte, dass das Anerbenrecht auch auf den ganzen ostdeutschen Grossgrundbesitz auszudehnen sei, um in einer Anzahl »historischer und mit dem Lande eng verbundener Familien . . . der Landwirtschaft starke politische und wirtschaftliche Führer zu erhalten«, so steht das in einem für mich unlösbaren Widerspruch mit seiner verdienstvollen Propaganda für innere Kolonisation, die doch erst im Osten und Norden auf künstlichem Wege jene Bodenbesitzverteilung zu verwirklichen suchen muss, die sich im Süden und Westen durch die Naturalteilung in allmählicher Entwicklung herausgebildet

hat. × Endlich haben die langjährigen Versuche ein technisch einwandfreies, feuersicheres und billiges Verfahren zur Kartoffeltrocknung auszubilden zu Erfolgen geführt. Sowohl die Heissdampftrocknung wie die Heisslufttrocknung hat sich in der Praxis bewährt und ist in den letzten Monaten in vielen Betrieben zur Einführung gelangt. Umfangreiche Fütterungsversuche, die mit Unterstützung des Reichsamts des Innern durch den deutschen Landwirtschaftsrat unter der Oberleitung des Professors Kellner-Möckern veranstaltet wurden, haben ergeben, dass die durch Heissdampftrocknung erzeugten Kartoffelflocken ebenso wie die durch erhitzte Luft getrockneten Kartoffelschnitzel geeignet sind nach Massgabe der in ihnen enthaltenen Stärkewerte andere kohlehydratreiche Futtermittel wie Mais, Gerste, Hafer bei der Fütterung unserer Haustiere in weitem Umfange vollwertig zu ersetzen, und dass sie dabei günstige diätetische Wirkungen auf den Tierkörper ausüben. Bürgert sich die Kartoffeltrocknung ein, so können dadurch ausserordentlich grosse Nährstoffmengen, die bisher bei der Einwinterung durch Keimung und Fäulnis alljährlich verloren gingen, für die Fleischproduktion erhalten bleiben. Vor allem aber können durch die neuen Konservierungsmethoden reiche und magere Kartoffelernten, die einander zu folgen pflegen, ausgleichend werden. Besonders die Schweinehaltung, die ja in hohem Grade vom Ausfall der Kartoffelernte abhängig ist, dürfte dadurch eine viel gleichmässiger werden. Ihre krisenhafte Auf- und Abwärtsbewegung mit dem verderblichen Wechsel zu hoher und zu niedriger Schweine- und Fleischpreise dürfte zum Vorteil der Konsumenten wie der Produzenten einem ruhigeren Gange Platz machen, was einen weiteren Aufschwung der Schweinehaltung besonders auch in den Kreisen der Kleinbauern und der landwirtschaftlichen Arbeiter zur Folge haben muss.

× Literatur

In 3. Auflage erschien neuerlich Heinrich Sohneys *Wegweiser für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege* /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/. Er kann mit einigem Vorbehalt als ein im grossen und ganzen vortreffliches Handbuch ländlicher Sozialpolitik empfohlen werden. Reichhaltige Literaturangaben machen das Werk auch dem unentbehrlich, der sich wissenschaftlich mit agrari-

schen Problemen zu beschäftigen hat. × Professor Dr. Hitzes *Abriss der Agrarfrage* /M.-Gladbach, Volksverein/ verrät zwar durch seine überaus gedrängte Darstellung sehr deutlich, dass er den Vorlesungen des Verfassers als Unterlage diene und erst durch den mündlichen Vortrag seine Erklärung und Ergänzung fand, ist aber doch, weil er eine Menge Tatsachen und Gesichtspunkte in wohldisponierter Darstellung zusammendrängt, als Einführung in das Studium der grösseren Werke von von der Goltz, Buchenberger, David und anderen ganz zweckmässig. Das Werkchen wird daher auch Parteigenossen, die sich über den gegenwärtigen Stand der agrarischen Probleme orientieren wollen, gute Dienste leisten.

DIVERSA

Notizen

In eigener Sache

Trotz der Erklärung, die der unterzeichnete Verlag im vorigen Jahr in den

Sozialistischen Monatsheften (1908, 3. Band, pag. 1250) abgegeben hat, schreibt die *Leipziger Volkszeitung* am 18. Mai in einer Notiz, die sich mit einem Artikel des Genossen Fehlinger beschäftigt, das folgende: »Die unbekannten bürgerlichen Geldgeber dieser Zeitschrift [der *Sozialistischen Monatshefte*], deren Existenz ihr Herausgeber bekanntlich seinerzeit selbst eingestehen musste, können mit diesem Organ zufrieden sein. Um in Zukunft auch den böswilligsten Verleumdern eine Wiederholung derartiger Behauptungen unmöglich zu machen, hat uns der Genosse, der allein seit einer Reihe von Jahren uns die Herausgabe der *Sozialistischen Monatshefte* ermöglicht und sie auch für weitere Jahre sicher gestellt hat, ermächtigt seinen Namen zu nennen. Genosse Dr. Leo Arons hat dem Herausgeber der *Sozialistischen Monatshefte* wiederholt grössere Summen gegeben, die von diesem unter seinem Namen in die Gesellschaft, die den Verlag bildet, eingebracht worden sind: Genosse Arons wollte ebenso wenig wie auf die redaktionelle Haltung der Zeitschrift auf die Geschäftsführung irgend welchen Einfluss ausüben. Er hat sich nur vorbehalten, dass für die Annahme etwaiger Zuwendungen von anderer Seite seine Zustimmung eingeholt werden müsse: Bisher hat er keine Veranlassung gefunden Einspruch zu erheben.

DER VERLAG